



universität  
wien

# MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Die Rolle von Frauen für die Europäische Einheit seit  
dem Zweiten Weltkrieg am Beispiel von  
Friedensaktivistinnen“

verfasst von / submitted by

Doreen Blake, BA MA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree  
of

Master of Arts (MA)

Wien, 2016 / Vienna, 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt /  
degree programme code as it appears on  
the student record sheet:

A 066 686

Studienrichtung lt. Studienblatt /  
degree programme as it appears on  
the student record sheet:

Masterstudium Historisch-kulturwissenschaftliche  
Europaforschung

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Schmale



*Für Opa*



# **INHALTSVERZEICHNIS**

|                                                                                   |    |
|-----------------------------------------------------------------------------------|----|
| <b>1. Einleitung</b>                                                              | 7  |
| 1.1. Forschungsfragen                                                             | 9  |
| 1.2. Forschungsstand                                                              | 10 |
| <b>2. Frauen- und Gleichstellungspolitik in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg</b> | 16 |
| 2.1. Gleichstellungsstrategien                                                    | 20 |
| 2.1.1. Gender Mainstreaming                                                       | 26 |
| 2.1.2. Gleichstellungsmaßnahmen der Europäischen Kommission                       | 28 |
| 2.2. Repräsentation von Frauen in der Europapolitik                               | 30 |
| <b>3. Friedensaktivistinnen</b>                                                   | 33 |
| 3.1. Exkurs: Europäische Nichtregierungsorganisationen                            | 34 |
| 3.2. „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“                         | 36 |
| 3.2.1. „Erster Internationaler Frauen-Friedenskongress“ 1915                      | 37 |
| 3.2.2. „Zweiter Internationaler Frauenfriedenskongress“ 1919                      | 40 |
| 3.2.3. Die deutsche Sektion der IFFF                                              | 41 |
| 3.2.4. Europäische Koordination                                                   | 44 |
| <b>4. Europa als Friedensidee</b>                                                 | 46 |
| <b>5. Analysekapitel</b>                                                          | 48 |
| 5.1. Methodische Vorgehensweise                                                   | 48 |
| 5.1.1. Beschreibung der Quellen                                                   | 52 |
| 5.1.2. Analyseablauf                                                              | 56 |
| 5.2. Zusammenfassung                                                              | 59 |
| 5.2.1. Repräsentation und Stellung der Frau/Frauenrechte/Gleichstellung           | 59 |
| 5.2.2. Frauen als Friedensstiftende/Frauen als Friedensaktivistinnen              | 61 |
| 5.2.3. Europas Rolle bei der Friedenssicherung/Europäische Friedenspolitik        | 64 |
| 5.2.4. UN 1325                                                                    | 66 |
| 5.2.5. Frauen und Armut                                                           | 66 |
| 5.2.6. Vernetzung                                                                 | 68 |
| 5.2.7. „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“                       | 68 |
| 5.3. Häufigkeitsanalyse                                                           | 69 |
| 5.4. Die Kategorieninhalte                                                        | 70 |
| <b>6. Beantwortung der Forschungsfragen</b>                                       | 78 |
| <b>7. Zusammenfassung</b>                                                         | 84 |

|                                                                           |     |
|---------------------------------------------------------------------------|-----|
| <b>8. Quellen- und Literaturverzeichnis</b>                               | 86  |
| 8.1. Quellenverzeichnis                                                   | 86  |
| 8.2. Literaturverzeichnis                                                 | 92  |
| <b>9. Kurzzusammenfassung und Abstract</b>                                | 99  |
| <b>10. Anhang</b>                                                         | 101 |
| 10.1.    Beschlüsse des „Ersten Internationalen Frauenfriedenskongresses“ | 101 |
| 10.2.    UN-Resolution 1325                                               | 106 |

## 1. Einleitung

Es wird oft von den „Vätern Europas“ bzw. den „Vätern der Europäischen Einheit“ gesprochen, doch wo finden wir die „Mütter Europas“? Diese Arbeit stellt die Frage nach den Partizipationsmöglichkeiten für Frauen in der Europapolitik seit 1945 und wie Frauen diese wahrnehmen konnten. Zentrale Aspekte sind hierbei die Maßnahmen, die zur Entwicklung der aktuellen europäischen Gleichstellungspolitik beigetragen haben – welche Handlungsmöglichkeiten wurden und werden Frauen dadurch eröffnet? Traten Verbesserungen ein, gibt es einen Stillstand? Welche Effizienz hatten und haben die durchgeführten Maßnahmen? Mit dem Titel „Die Rolle von Frauen für die Europäische Einheit seit dem Zweiten Weltkrieg“ ist, neben der aktiven Teilhabe von Frauen an der Politik, auch der Stellenwert gemeint, den frauenspezifische/-politische Themen im Laufe der Europäischen Integration einnahmen bzw. momentan einnehmen. Welche Gewichtung haben Themen die Frauenfrage betreffend?

Dieser erste Teil der Arbeit befasst sich somit mit der Frage, wie der europäische Integrationsprozess aus frauenspezifischer Sicht bewertet werden kann. Wie wird auf EU-Ebene die Gleichberechtigung von Frauen thematisiert? Wie stark sind Frauen in der Europapolitik vertreten und gibt es hier Länderunterschiede?

Aus feministischer Sicht wird das Politisch-Sein oftmals untrennbar mit Vorstellungen von Macht und Öffentlichkeit verknüpft, und beides ist männlich konnotiert. Gemäß der traditionellen Rollenzuschreibung – Männer bewegen sich in öffentlicher, Frauen in privater Sphäre – wird somit der Ausschluss von Frauen auch von Politik, als männlich dominierter öffentlicher Sphäre, legitimiert.<sup>1</sup> Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist zwar ein Vertragsgrundsatz der Europäischen Union, welcher neben der rechtlichen Gleichheit von Frauen und Männern auch die Gestaltung der Geschlechterverhältnisse auf EU-Ebene regeln soll.<sup>2</sup> Aber ob diese Maßnahmen in allen Mitgliedsstaaten der EU auch entsprechend umgesetzt wurden und werden, ist fraglich.

Anhand der wissenschaftlichen Literatur zu diesem Thema werden in der Arbeit zuerst die politische Rolle von Frauen und ihre Möglichkeiten auf europäischer Ebene nachge-

---

<sup>1</sup> Vgl. Birgit Locher, „Identitätsexperiment“ Europa. Nationalstaat, Geschlecht und supranationale Integration. In: Eva Kreisky, Sabine Lang, Birgit Sauer (Hg.), EU. Geschlecht. Staat (Wien 2001), 270.

<sup>2</sup> Vgl. Birgit Erbe, Anpassung oder Emanzipation der Frauen? Die Gleichstellungspolitik der Europäischen Union. In: Ulrike Allroggen, Tanja Berger, Birgit Erbe (Hg.), Was bringt Europa den Frauen? Feministische Beiträge zu Chancen und Defiziten der Europäischen Union (Hamburg 2002), 11.

zeichnet, bevor die reellen Partizipationsmöglichkeiten und Vernetzungsaktivitäten anhand des Beispiels einer weiblichen Friedensorganisation aufgezeigt werden. Frieden, als ein wichtiger Bestandteil des europäischen Einigungsprozesses, begründet die Auswahl der hier beispielhaft analysierten Nichtregierungsorganisation. Aufgrund von gewissen Berührungspunkten feministischer sowie pazifistischer Forderungen<sup>3</sup> ist die Fokussierung auf eine Frauenfriedensorganisation gut begründbar. Die Forderung nach dem Recht auf politische Beteiligung kann sowohl als pazifistischer wie auch als feministischer Ansatz betrachtet werden – das Recht als „zivilisatorische[...] Errungenschaft gegenüber Gewalt und Willkür“<sup>4</sup> kann sowohl staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Geschlechter als auch „völkerrechtliche[...] Zählung der Gewalt zwischen Staaten“<sup>5</sup> bedeuten. In dieser Arbeit wird also die „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“ (IFFF) in den Mittelpunkt der Analyse gestellt. Die IFFF ging aus dem „Internationalen Frauenfriedenskongress“, der vom 28. April bis zum 1. Mai 1915 in Den Haag stattfand, hervor. An diesem Kongress nahmen über 1100 Delegierte, unter anderem aus den Niederlanden, den USA, aus Deutschland, Schweden, Norwegen, Italien, Belgien und England, sowie weitere hunderte Interessierte teil.<sup>6</sup> Die wichtigsten Ziele der IFFF sind unter anderem das Zusammenleben in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit sowie die Gleichberechtigung aller Menschen durch Abschaffung jeglicher Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Herkunft oder Religion.<sup>7</sup> Als Verfechterinnen einer geschlechtergerechten Politik setzten sich die Aktivistinnen seit jeher für Frauenrechte ein. Die Ursprünge der Frauenfriedensorganisation finden sich in der – teils radikalen – Frauenbewegung, die sich Anfang des 20. Jahrhunderts u.a. für das Frauenwahlrecht stark gemacht hatte. Demnach sind die Friedensaktivistinnen der Frauenliga, als Expertinnen auf den für die Arbeit zentralen Themengebieten, ein geeignetes Sprachrohr.

---

<sup>3</sup> Vgl. Eva *Senghaas-Knobloch*, Zu einer unterbelichteten Problemstellung in der Friedens- und Konfliktforschung: Bewusstwerdung der Frauen und Politik gegen Gewalt. In: Bernhard *Moltmann* (Hg), Perspektiven der Friedensforschung (Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V. Bd. XV, Baden-Baden 1988), 111.

<sup>4</sup> *Senghaas-Knobloch*, Zu einer unterbelichteten Problemstellung in der Friedens- und Konfliktforschung: Bewusstwerdung der Frauen und Politik gegen Gewalt, 112.

<sup>5</sup> *Senghaas-Knobloch*, Zu einer unterbelichteten Problemstellung in der Friedens- und Konfliktforschung: Bewusstwerdung der Frauen und Politik gegen Gewalt, 112.

<sup>6</sup> Vgl. Kristina *Schulz*, Sozialistische Frauenorganisationen, bürgerliche Frauenbewegung und der Erste Weltkrieg. Nationale und internationale Perspektiven. In: Historische Zeitschrift Bd. 298/2014, 653.

<sup>7</sup> Vgl. Heidi *Meinzolt*, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF)/Women's International League for Peace and Freedom (WILPF) und der Frauensicherheitsrat in Deutschland/FSR. In: Franziska *Dunkel*, Corinna *Schneider* (Hg.), Frauen und Frieden? Zuschreibungen – Kämpfe – Verhinderungen (Berlin/Toronto 2015), 186.



Im zweiten Teil der Arbeit werden, mittels qualitativer Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring, die organisationseigenen Publikationen der IFFF – Broschüren, Online-Artikel, Presseaussendungen – anhand der im nächsten Abschnitt vorgestellten forschungsleitenden Fragestellungen untersucht.

Diese Arbeit gliedert sich in verschiedene Schwerpunkte. Zu Beginn wird in einem kurzen Abriss ein Überblick über die Entwicklungen und Maßnahmen der europäischen Gleichstellungspolitik gegeben und erläutert, welche Handlungsmöglichkeiten Frauen in NGOs haben, bevor die Geschichte, die Ziele und die Strukturen der IFFF beschrieben werden. Auch die Verbindung von Europa und Frieden wird in einem eigenen Kapitel, soweit es der Rahmen dieser Arbeit zulässt, thematisiert, bevor im empirischen Teil die inhaltsanalytische Bearbeitung der Quellen zur Beantwortung der Forschungsfragen durchgeführt wird.

## **1.1 Forschungsfragen**

Die erste forschungsleitende Fragestellung wird anhand der wissenschaftlichen Literatur aufgearbeitet, die Fragen 2 bis 4 beziehen sich auf die für die Analyse ausgewählten Quellen, welche mittels qualitativer Inhaltsanalyse untersucht werden.

### **1. Welche Handlungsmöglichkeiten gab es für Frauen in der europäischen Politik seit 1945?**

- Welche maßgeblichen gleichstellungspolitischen Richtlinien wurden nach dem Zweiten Weltkrieg beschlossen und mit welchem Erfolg wurden sie durchgesetzt?
- Nahmen frauenpolitische Themen einen großen Stellenwert innerhalb der Europapolitik ein?
- Welche Möglichkeiten gab es für Frauen um sich aktiv an der europäischen Politik zu beteiligen?

### **2. Wie oft wird Europapolitik in den Veröffentlichungen der IFFF thematisiert und in welchem Kontext?**

**3. Wie wird Europa im Zusammenhang mit frauenpolitischen Themen erwähnt?**

**4. Wie kann eine rein weibliche Friedensorganisation – am Beispiel der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“ – auf EU-Ebene agieren?**

- Wird deutlich, welche Handlungsmöglichkeiten sich für die Friedensaktivistinnen auf Europa-Ebene bieten?
- Welche innereuropäischen Vernetzungsaktivitäten werden unternommen und mit welchem Ziel?
- Welchen Problemen sehen sich die Aktivistinnen ausgesetzt?

## **1.2 Forschungsstand**

Das Hauptthema dieser Arbeit, die europäische Gleichstellungspolitik, ist ein ausführlich behandelter Aspekt innerhalb der – feministischen bzw. politischen – Europaforschung. Für diese Arbeit wurden einige maßgebliche Werke ausgewählt, die, neben online veröffentlichten Stellungnahmen und Informationen der EU-Institutionen selbst, als Grundlage für einen Überblick und die Beantwortung der ersten Forschungsfrage dienen. Auffallend ist, dass bei Überblickswerken zur europäischen Integration die Rolle von Frauen meist ausgeklammert wird, dieses Thema wird lediglich in eigenen Publikationen mit ebendiesem Schwerpunkt behandelt. Werden frauenspezifische Themen doch in den Überblickswerken erwähnt, so beziehen sie sich meist ausschließlich auf die aktuelle Gleichstellungspolitik der EU-Institutionen, wie beispielsweise der Aufsatz von Brigitte Kiechle, „Ein Europa der Vaterländer und des Kapitals ist kein Frauenhaus“<sup>8</sup> im Sammelband von Winfried Wolf und Jutta Klaub.

Bei der Auswahl der hier verwendeten Publikationen wurde insbesondere auf den jeweiligen darin behandelten Schwerpunkt geachtet. Viele Werke befassen sich mit einem bestimmten Aspekt der Gleichstellungspolitik, wie beispielsweise der Situation von Frauen

---

<sup>8</sup> Brigitte Kiechle, Ein Europa der Vaterländer und des Kapitals ist kein Frauenhaus. In: Winfried Wolf, Jutta Klaub (Hg.), Festung Europa. Von den Freiheiten des Kapitals im EU-Supermarkt und weltweit (Köln 1994), 129-163.

auf dem europäischen Arbeitsmarkt oder Familienpolitik. In dieser Masterarbeit liegt der Fokus allerdings auf den Handlungsmöglichkeiten von Frauen im Politikfeld, deshalb dienen unter anderem folgende Publikationen als Basis: Das Buch von Yvonne Rebecca Ingler-Detken<sup>9</sup> befasst sich mit der Frage, ob die „lange gewachsene[n] männliche[n] Strukturen und Netzwerke“<sup>10</sup>, mit denen Frauen in der Politik konfrontiert wurden, nach wie vor eine Rolle spielen, oder ob, wie der Titel bereits andeutet, Politikerinnen die sogenannte „Fremdheit in der Politik“<sup>11</sup> überwunden haben. Anhand von Interviews mit Politikerinnen und Politikern versucht Ingler-Detken der Frage nachzugehen, wie „Geschlechterdifferenzen in der Politik erzeugt werden“<sup>12</sup>, aber auch, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um die politische Repräsentation von Frauen zu fördern.<sup>13</sup> Die Frage nach der politischen Repräsentation von Frauen in der Europäischen Union ist ebenfalls in den Aufsätzen von Johanna Kantola, „Women’s Political Representation in the European Union“<sup>14</sup>, und Daniel Stockemer, „Women’s Representation in Europe“<sup>15</sup>, das zentrale Thema. Nora Fuhrmann beschreibt in ihrer Publikation<sup>16</sup> die maßgeblichen Entwicklungen der Geschlechterpolitik auf europäischer Ebene seit 1957; diese dient damit ebenfalls als eine Grundlage des ersten Teils dieser Arbeit. Als Einführung in aktuelle gleichstellungspolitische Maßnahmen und Strategien auf Europa-Ebene fungiert das Buch von Uta Klein, „Geschlechterverhältnisse, Geschlechterpolitik und Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union“<sup>17</sup>. Neben einem Überblick über Akteurinnen und Akteure sowie Institutionen und Konzepte der europäischen Gleichstellungspolitik werden erreichte Ziele und Fortschritte, aber auch Grenzen dargestellt. Das Werk von Stefanie Wöhl, „Mainstreaming Gender? Widersprüche europäischer und nationalstaatlicher Geschlechterpolitik“<sup>18</sup>, beschäftigt sich mit Gender Mainstreaming, also der Gleichberechti-

---

<sup>9</sup> Yvonne Rebecca Ingler-Detken, *Doing Gender auf der politischen Bühne Europas. Politikerinnen und ihre Überwindung der „Fremdheit in der Politik“* (Wiesbaden 2008).

<sup>10</sup> Ingler-Detken, *Doing Gender auf der politischen Bühne Europas*, 10.

<sup>11</sup> Ingler-Detken, *Doing Gender auf der politischen Bühne Europas*, 10.

<sup>12</sup> Ingler-Detken, *Doing Gender auf der politischen Bühne Europas*, 193.

<sup>13</sup> Vgl. Ingler-Detken, *Doing Gender auf der politischen Bühne Europas*, 193.

<sup>14</sup> Johanna Kantola, *Women’s Political Representation in the European Union*. In: *The Journal of Legislative Studies* 15/4, 2009, 379-400.

<sup>15</sup> Daniel Stockemer, *Women’s Representation in Europe – A Comparison Between the National Parliaments and the European Parliament*. In: *Comparative European Politics* 6/2008, 463-485.

<sup>16</sup> Nora Fuhrmann, *Geschlechterpolitik im Prozess der europäischen Integration* (Forschungen zur Europäischen Integration Bd. 11, Wiesbaden 2005).

<sup>17</sup> Uta Klein, *Geschlechterverhältnisse, Geschlechterpolitik und Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union. Akteure – Themen – Ergebnisse* (Wiesbaden 2013).

<sup>18</sup> Stefanie Wöhl, *Mainstreaming Gender? Widersprüche europäischer und nationalstaatlicher Geschlechterpolitik* (Königstein/Taunus 2007).

gung der Geschlechter in allen Politikbereichen<sup>19</sup>. Die zentrale Frage des Buches ist, welche Wirkungskraft Gender Mainstreaming innerhalb des Prozesses der europäischen Einigung überhaupt haben kann. Die Beiträge des Sammelbands „EU. Geschlecht. Staat.“<sup>20</sup>, herausgegeben von Eva Kreisky, Sabine Lang und Birgit Sauer, befassen sich mit der „feministische[n] Einschätzung[...] der europäischen Frauen- und Geschlechterpolitik“<sup>21</sup> auf Basis der dem Buch vorangegangenen Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft 1998 zum Thema „Europa zwischen Integration und Ausschluß. Die Europäisierung der Politik als Chance und Herausforderung“<sup>22</sup>. Der Kern des Bandes ist die Frage nach der „geschlechtsspezifischen „Produktivität“ des EU-Staatsdiskurses“<sup>23</sup>, also der Umgang von EU-Institutionen mit frauenpolitischen Themen und den umgesetzten geschlechtergerechten Maßnahmen auf staatlicher wie auf europäischer Ebene.

Das „Referat Fraueninformation“ der Kommission, im Jahr 1977 gegründet, befasste sich mit frauenpolitischen Themen der EU und der Verbesserung der Stellung von Frauen. Das diesbezügliche Buch von Hilde Albertini-Roth<sup>24</sup> dient als Rückblick über zwei Jahrzehnte Engagement in der europäischen Frauenpolitik. Sowohl die Stellung von Frauen in Europa, auf dem Arbeitsmarkt und innerhalb des Politikfeldes, als auch zukünftige Chancen und Maßnahmen für die politische Gleichberechtigung der Geschlechter werden thematisiert.

Mit der europäischen Integration aus Frauensicht beschäftigt sich auch das Buch „Das unsichtbare Geschlecht der Europa“<sup>25</sup>, herausgegeben unter anderem von Brigit Sauer und Elke Biester. Grundgedanke ist die „Vision eines sozial gerechten, demokratischen, friedlichen und frauenfreundlichen Europa[s]“<sup>26</sup>; ausgehend davon werden in den Beiträgen die frauenpolitischen Maßnahmen der EU kritisch reflektiert und analysiert. Das Zusammenspiel zwischen der Umsetzung von Gleichstellungsmaßnahmen in den einzelnen Mitgliedsstaaten und den Vorgaben durch die EU sowie die tatsächlichen Auswirkungen

<sup>19</sup> Vgl. *Wöhl*, *Mainstreaming Gender?*, 9.

<sup>20</sup> Eva *Kreisky*, Sabine *Lang*, Birgit *Sauer* (Hg.), *EU. Geschlecht. Staat* (Wien 2001).

<sup>21</sup> Eva *Kreisky*, Sabine *Lang*, Birgit *Sauer*, *Geschlecht und Staatlichkeit der EU. Eine Einleitung*. In: Eva *Kreisky*, Sabine *Lang*, Birgit *Sauer* (Hg.), *EU. Geschlecht. Staat* (Wien 2001), 7.

<sup>22</sup> *Kreisky*, *Lang*, *Sauer*, *Geschlecht und Staatlichkeit der EU*, 11.

<sup>23</sup> *Kreisky*, *Lang*, *Sauer*, *Geschlecht und Staatlichkeit der EU*, 8.

<sup>24</sup> Hilde *Albertini-Roth*, *Europa – Eine Chance für die Frauen. 20 Jahre Fraueninformation der Europäischen Kommission* (Köln 1998).

<sup>25</sup> Elke *Biester*, Barbara *Holland-Cunz*, Mechthild M. *Jansen*, Eva *Maleck-Lewy*, Anja *Ruf*, Birgit *Sauer* (Hg.), *Das unsichtbare Geschlecht der Europa. Der europäische Einigungsprozeß aus feministischer Sicht* (Reihe „Politik der Geschlechterverhältnisse“ Bd. 2, Frankfurt am Main/New York 1994).

<sup>26</sup> Barbara *Holland-Cunz*, Anja *Ruf*, Birgit *Sauer*, *Das unsichtbare Geschlecht der Europa. Einleitung*. In: Elke *Biester*, Barbara *Holland-Cunz*, Mechthild M. *Jansen*, Eva *Maleck-Lewy*, Anja *Ruf*, Birgit *Sauer* (Hg.), *Das unsichtbare Geschlecht der Europa. Der europäische Einigungsprozeß aus feministischer Sicht* (Reihe „Politik der Geschlechterverhältnisse“ Bd. 2, Frankfurt am Main/New York 1994), 12.

auf Frauen sind das zentrale Thema des Sammelbandes. Die Vorträge der Tagung des „Arbeitskreises Europäische Integration e.V.“ und der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland beschäftigen sich, zusammengefasst in dem Band „Frauenpolitik in der europäischen Union“<sup>27</sup>, mit unterschiedlichen Betrachtungsweisen der Frauenpolitik unter dem Aspekt der Verbindung von nationaler und europäischer Politik. Der Frage „Bringt Europa Frauen nach vorn?“<sup>28</sup> widmet sich der gleichnamige Sammelband herausgegeben von Kirsten Rölke, Christiane Wilke und Mechthild Kopel. Die Beiträge untersuchen die Grenzen und Möglichkeiten der europäischen Gleichstellungspolitik aus unterschiedlichen Blickwinkeln – zum Beispiel aus der Perspektive unterschiedlicher Länder und Regionen wie zum Beispiel Österreich oder der Region Südosteuropa. Die richtungsweisende Frage im Titel trägt auch der Sammelband von Ulrike Allroggen, Tanja Berger und Birgit Erbe, „Was bringt Europa den Frauen?“<sup>29</sup>. Der Inhalt widmet sich, anschließend an eine Einführung in die verschiedenen Themen und Aspekte der europäischen Gleichstellungspolitik, einer feministischen Bewertung zentraler Politikfelder der Europäischen Union, wie beispielsweise der Beschäftigungspolitik oder der Debatte über eine europäische Verfassung.

Der Band „Wie geht es Ihnen, Madame Europe? Gendering in Politik und Verfassung in der Europäischen Union“<sup>30</sup>, herausgegeben von Regine Roemheld, beschäftigt sich mit der Frage nach dem Stellenwert von Frauen innerhalb der Europapolitik, welche Erfolge mittels Maßnahmen wie Gender Mainstreaming erzielt werden können und wo Europa zur Verbesserung der Situation von Frauen beiträgt.<sup>31</sup> Der Ansatz ist, mit dem Projekt EU zu einer Erweiterung der politischen, kulturellen, rechtlichen und beruflichen Chancen für Frauen beizutragen.<sup>32</sup>

Neben der Frage nach europäischer Gleichstellungspolitik steht die Friedensbewegung im Kontext der Frauen- und Geschlechterforschung im Fokus der Arbeit. Die Geschichte der europäischen sowie internationalen Friedensbewegung ist mittlerweile gut dokumentiert,

---

<sup>27</sup> Melanie *Pieperschneider* (Hg.), *Frauenpolitik in der europäischen Union* (Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V. Bd. 37, Baden-Baden 1996).

<sup>28</sup> Kirsten *Rölke*, Christiane *Wilke*, Mechthild *Kopel* (Hg.), *Bringt Europa Frauen nach vorn? Chancen und Risiken für Gleichstellungspolitik nach der EU-Erweiterung* (Hamburg 2005).

<sup>29</sup> Ulrike *Allroggen*, Tanja *Berger*, Birgit *Erbe* (Hg.), *Was bringt Europa den Frauen? Feministische Beiträge zu Chancen und Defiziten der Europäischen Union* (Hamburg 2002).

<sup>30</sup> Regine *Roemheld* (Hg.), *Wie geht es Ihnen, Madame Europe? Gendering in Politik und Verfassung in der Europäischen Union* (Frauen. Gesellschaft. Kritik Bd. 39, Herbolzheim 2002).

<sup>31</sup> Vgl. Regine *Roemheld*, Einleitung. In: Regine *Roemheld* (Hg.), *Wie geht es Ihnen, Madame Europe? Gendering in Politik und Verfassung in der Europäischen Union* (Frauen. Gesellschaft. Kritik Bd. 39, Herbolzheim 2002), 3-5.

<sup>32</sup> Vgl. *Roemheld*, Einleitung, 5.

die Aufarbeitung der Frauenfriedensbewegung allerdings wurde lange vernachlässigt. Ab den späten 1970er Jahren etablierte sich die historische Friedensforschung als Forschungsfeld, vorangetrieben vor allem durch die Gründung des „Arbeitskreises Historische Friedensforschung“ im Jahr 1984. Wissenschaftliche Studien zu Friedensaktivismus von Frauen entstanden erst ab den 1980er und 1990er Jahren, meist durchgeführt von Historikerinnen.<sup>33</sup> Eine grundlegende Publikation zur Friedensforschung als Geschlechterforschung ist der Sammelband von Jennifer A. Davy, Karen Hagemann und Ute Kätzel.<sup>34</sup> Als Basis dienen Beiträge der im Mai 2003 in Berlin abgehaltenen Tagung „PazifistInnen/Pazifismus. Friedens- und Konfliktforschung als Geschlechterforschung“, die vom Feministischen Institut der Heinrich-Böll-Stiftung und des Zentrums für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung der Technischen Universität Berlin, in Kooperation mit der „Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung“ und dem „Arbeitskreis Historische Friedensforschung“, durchgeführt wurde.<sup>35</sup> Der Sammelband, zusammengesetzt aus Beiträgen von Autorinnen und Autoren verschiedener Fachgebiete, vereint durch seine Interdisziplinarität unterschiedliche Ansätze zur Friedensforschung.

Für die Beschreibung der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“ (IFFF) dient die 2015 erschienene organisationseigene Publikation von Brigitte Schuchard<sup>36</sup> als Grundlage. Darin wird die Geschichte der IFFF von ihrer Gründung an nachgezeichnet, der Schwerpunkt liegt hierbei auf der deutschen Sektion. Des Weiteren sind die Werke von Corinna Oesch<sup>37</sup> und Franziska Dunkel und Corinna Schneider<sup>38</sup> ebenfalls hilfreich. Oesch befasst sich mit der österreichischen Frauenrechtlerin Yella Hertzka, die unter anderem auch eine führende Rolle in der IFFF einnahm. Der Sammelband von Franziska Dunkel und Corinna Schneider, entstanden aus der 2014 vom Verein Frauen & Geschichte durchgeführten Tagung „Die Waffen nieder? Frauen und Frieden: Zuschreibungen –

---

<sup>33</sup> Vgl. Jennifer A. Davy, *Pacifist Thought and Gender Ideology in the Political Biographies of Women Peace Activists in Germany, 1899-1970: Introduction*. In: *Journal of Women's History* Vol. 13, Nr. 3/ 2001, 36f.

<sup>34</sup> Jennifer A. Davy, Karen Hagemann, Ute Kätzel (Hg.), *Frieden – Gewalt – Geschlecht. Friedens- und Konfliktforschung als Geschlechterforschung* (Frieden und Krieg. Beiträge zur Historischen Friedensforschung Bd. 5, Essen 2005).

<sup>35</sup> Vgl. Barbara Unmüßig, Vorwort. In: Jennifer A. Davy, Karen Hagemann, Ute Kätzel (Hg.), *Frieden – Gewalt – Geschlecht. Friedens- und Konfliktforschung als Geschlechterforschung* (Frieden und Krieg. Beiträge zur Historischen Friedensforschung Bd. 5, Essen 2005), 11f.

<sup>36</sup> Brigitte Schuchard, *Frauen. Freiheit. Frieden. 100 Jahre Women's International League for Peace and Freedom WILPF/Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit IFFF. Jubiläumsschrift unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte der deutschen Sektion* (Berlin 2015).

<sup>37</sup> Corinna Oesch, *Yella Hertzka (1873-1948). Vernetzungen und Handlungsräume in der österreichischen und internationalen Frauenbewegung* (Innsbruck 2014).

<sup>38</sup> Franziska Dunkel, Corinna Schneider (Hg.), *Frauen und Frieden? Zuschreibungen – Kämpfe – Verhinderungen* (Berlin/Toronto 2015).

Kämpfe – Verhinderungen“, beinhaltet Beiträge zu den Zusammenhängen von Krieg, Frieden und Geschlecht im und nach dem Ersten Weltkrieg.

Das Thema Frieden in Verbindung mit Europa bzw. dem europäischen Einigungsprozess ist ebenfalls Teil dieser Arbeit. Da hier jedoch lediglich ein Überblick geboten werden kann, wird an dieser Stelle auf die umfassenden Publikationen zu Frieden und Europa nur kurz eingegangen. Friedenssicherung als europäisches Projekt wird auch in den bereits oben genannten Werken zur Friedensbewegung thematisiert. Für den Abschnitt „Europa als Friedensidee“ dient zusätzlich noch folgende Publikation als Basis: Der Sammelband von Otto Maschke<sup>39</sup> versucht, den Blick mehr auf die Bemühungen um ein europäisches Friedensprojekt zu richten, die Distanz zwischen EU-Bürgerinnen und Bürgern und den EU-Institutionen zu verringern<sup>40</sup> und die Möglichkeiten einer funktionierenden europäischen Einheit aufzuzeigen.

---

<sup>39</sup> Otto M. *Maschke* (Hg.), Europa auf Friedenssuche. Vom Europarat zur Osterweiterung der Union (Wien 2004).

<sup>40</sup> Vgl. Otto M. *Maschke*, Die Europäische Union als Friedensprojekt – von Anfang an. In: Otto M. *Maschke* (Hg.), Europa auf Friedenssuche. Vom Europarat zur Osterweiterung der Union (Wien 2004), 29.

## 2. Frauen- und Gleichstellungspolitik in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg

Das folgende Kapitel thematisiert die Frage, wie der europäische Integrationsprozess aus frauenspezifischer Sicht bewertet werden kann. Wie wird auf EU-Ebene die Gleichberechtigung von Frauen thematisiert, welche Maßnahmen im Bereich Gleichstellungspolitik gibt es und wie weit werden diese umgesetzt? Wie stark sind Frauen in der Europapolitik vertreten, welche Vernetzungsaktivitäten gibt es und bestehen hier Länderunterschiede?

Die Europäische Union braucht die Unterstützung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Doch ein vielbeklagtes Demokratiedefizit und große Intransparenz verhindern für viele, an den supranationalen Entscheidungen, die die europäische Bevölkerung oftmals maßgeblich betreffen, beteiligt zu werden. Deshalb ist die Stärkung einer quantitativen und qualitativen Repräsentation von Geschlecht auf EU-Ebene unerlässlich, machen Frauen doch die Hälfte aller BürgerInnen aus.<sup>41</sup> Für eine gerechte Verteilung der politischen Positionen in den europäischen Institutionen sprechen verschiedene Gründe – zum Beispiel die Forderung, dass sich in einem Parlament die soziale Zusammensetzung der Gesellschaft, die es repräsentieren soll, widerspiegelt. So sollen Repräsentantinnen und Repräsentanten beider Geschlechter sowie religiöser, ethnischer oder sprachlicher Minderheiten vertreten sein. Frauen in politisch wichtigen Positionen können auch eine gewisse Vorbildwirkung auf andere Frauen ausüben.<sup>42</sup>

Im folgenden Abschnitt werden in einem Überblick die von der Europäischen Union getätigten Maßnahmen, um das Geschlechterverhältnis auf EU-Ebene und in den Mitgliedsstaaten zu regulieren, thematisiert, sowie auch die Möglichkeiten, die sich Frauen in der Europapolitik bieten. Der Fokus liegt hierbei besonders auf den westeuropäischen Ländern.

Zu Beginn muss eine Differenzierung der zwei verschiedenen für die Arbeit zentralen Begriffe vorgenommen werden. Frauenpolitik und Gleichstellungspolitik sind als unterschiedliche institutionalisierte Politikformen zu betrachten. Unter Frauenpolitik wird Politik für Frauen verstanden, um den Abbau von Ungleichheiten voranzutreiben. Dabei kön-

---

<sup>41</sup> Vgl. Gabriele Abels, Das „Geschlechterdemokratiedefizit“ der EU. Politische Repräsentation und Geschlecht im politischen Mehrebenensystem. In: Eva Kreisky, Sabine Lang, Birgit Sauer (Hg.), EU. Geschlecht. Staat (Wien 2001), 198.

<sup>42</sup> Vgl. Kantola, Women's Political Representation in the European Union, 380.



nen aber auch wiederum Geschlechterungleichheiten entstehen<sup>43</sup>, wenn sie von „gemeinsamen vermeintlichen Eigenschaften der Frauen ausgeht.“<sup>44</sup> Die Gleichstellungspolitik hingegen befasst sich mit der Veränderung der Geschlechterverhältnisse und bezieht die Situation von Frauen und Männern in ihre Maßnahmen mit ein.<sup>45</sup>

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein Vertragsgrundsatz der Europäischen Union. Damit wird, wie in der Einleitung bereits kurz angesprochen, die rechtliche Gleichheit von Frauen und Männern geregelt, so wie auch die Gestaltung der Geschlechterverhältnisse auf EU-Ebene.<sup>46</sup> Um zu diesem vertraglich festgehaltenen Schritt zu gelangen war jedoch einige Zeit nötig. In den Jahren 1945 bis 1957 wurden keine gleichstellungspolitischen Maßnahmen eingeführt. Der Fokus lag in diesen Jahren auf dem Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Beginn des europäischen Einigungsprozesses, frauenpolitische Themen und Forderungen wurden in dieser Zeit nicht berücksichtigt. In der Nachkriegszeit waren Frauen in allen westeuropäischen Regierungen stark unterrepräsentiert und frauen- und geschlechtsspezifische Themen waren lange kein Teil der politischen Agenda.<sup>47</sup> In den ersten Jahrzehnten nach der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957 gab es mit Artikel 119 – gleicher Lohn für gleiche Arbeit – lediglich einen einzigen vertraglich regulierten Ansatz zur Förderung der Chancengleichheit.<sup>48</sup> Diese Regelung wurde allerdings weniger aufgrund von Gleichberechtigungsbestrebungen eingeführt, sondern vielmehr aus Befürchtung einer Wettbewerbsverzerrung im neu geschaffenen gemeinsamen Markt. Bekamen Frauen lediglich Niedriglöhne in einem Land, so wurde ein Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Ländern, in denen der Anteil an Frauenerwerbstätigkeit geringer wäre, befürchtet.<sup>49</sup> Die geschlechterpolitischen Maßnahmen beschränkten sich auch in der Folge zumeist auf den Bereich Arbeitsmarkt.<sup>50</sup> Dadurch werden alle auf Artikel 119 bezogenen Handlungen als „arbeitsmarktbezogene Gleichstellungspolitik“<sup>51</sup> bezeichnet. Generell lässt sich sagen, dass sich die europäische

---

<sup>43</sup> Vgl. *Klein*, Geschlechterverhältnisse, Geschlechterpolitik und Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union, 110.

<sup>44</sup> *Klein*, Geschlechterverhältnisse, Geschlechterpolitik und Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union, 110.

<sup>45</sup> Vgl. *Klein*, Geschlechterverhältnisse, Geschlechterpolitik und Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union, 110.

<sup>46</sup> Vgl. *Erbe*, Anpassung oder Emanzipation der Frauen?, 11.

<sup>47</sup> Vgl. *Stockemer*, Women's Representation in Europe, 465.

<sup>48</sup> Vgl. *Erbe*, Anpassung oder Emanzipation der Frauen?, 11f.

<sup>49</sup> Vgl. *Ute Haller-Bock*, Gestalten statt verwalten: die frauenpolitische Arbeit der Kommission. In: *Melanie Piepenschneider* (Hg.), *Frauenpolitik in der europäischen Union* (Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V. Bd. 37, Baden-Baden 1996), 11f.

<sup>50</sup> Vgl. *Wöhl*, Mainstreaming Gender?, 147.

<sup>51</sup> *Fuhrmann*, Geschlechterpolitik im Prozess der europäischen Integration, 155.

Geschlechterpolitik bis in die 1990er Jahre mit der arbeitsmarktbezogenen Gleichstellungspolitik als ihrem zentralen Schwerpunkt befasste.<sup>52</sup> Dennoch war die Einführung des Lohnleichheitsgrundsatzes ein maßgeblicher erster Schritt für die spätere europäische Gleichstellungspolitik.<sup>53</sup> Artikel 119 kann somit als Ursprung der Gleichstellungspolitik betrachtet werden, denn er galt bis zum Vertrag von Amsterdam 1997 als vertragliche Basis für alle weiteren geschlechterpolitischen Maßnahmen.<sup>54</sup> Durch den Vertrag von Amsterdam wurde das „Instrument der verstärkten Zusammenarbeit“<sup>55</sup> geschaffen, das bedeutet, eine Gruppe von Mitgliedsstaaten kann nun in der EU-Politik enger zusammenarbeiten, ohne dass sich alle anderen Mitgliedsländer ebenfalls daran beteiligen müssen. So sollen Fortschritte im Integrationsprozess auch in dem Fall ermöglicht werden, wenn sich einzelne EU-Mitgliedsstaaten nicht beteiligen wollen.<sup>56</sup> Dies kann jedoch auch unterschiedliche Entwicklungen innerhalb einzelner Mitgliedsstaaten im Bereich der Gleichstellungspolitik begünstigen. Die eingeführten Richtlinien zur Durchführung des Gleichheitsgrundsatzes sind nur hinsichtlich ihrer Ziele verbindlich, mit welchen Mitteln und Maßnahmen diese erreicht werden, ist jedoch jedem Mitgliedsland selbst überlassen.<sup>57</sup>

Der Prozess der europäischen Einigung wurde also vor allem im Bereich der Wirtschaft vorangetrieben, der Fokus war auf die Steigerung des Wohlstandes und die Lösung wirtschaftlicher Probleme gerichtet. Dadurch wurden die anderen Gebiete vernachlässigt.<sup>58</sup> Nach der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft folgte demnach eine Phase, in der die Fortschritte im frauenpolitischen Bereich stillstanden. Erst ab Mitte der 1970er Jahre bekam die Gleichstellungspolitik einen etwas größeren Stellenwert. Die Jahre 1975 bis 1985 sollten den Rechten der Frau gewidmet werden. In dieser Zeit fanden die zweite und dritte Weltfrauenkonferenz statt, um Frauenrechte in allen Bereichen zu stärken und Frauen mehr miteinzubeziehen.<sup>59</sup> Auch die Beschäftigungspolitik konzentrierte sich wieder stärker auf Frauenerwerbsarbeit. Das Vorhaben war, „eine graduelle Veränderung des Geschlechterverhältnisses im Beschäftigungsbereich“<sup>60</sup> herbeizufüh-

---

<sup>52</sup> Vgl. *Fuhrmann*, Geschlechterpolitik im Prozess der europäischen Integration, 154.

<sup>53</sup> Vgl. *Haller-Bock*, Gestalten statt verwalten: die frauenpolitische Arbeit der Kommission, 12.

<sup>54</sup> Vgl. *Fuhrmann*, Geschlechterpolitik im Prozess der europäischen Integration, 154.

<sup>55</sup> Hans Georg *Fischer*, Die verstärkte Zusammenarbeit nach dem Amsterdamer Vertrag – Option für eine differenzierte Integration in der Europäischen Union. In: Wilfried *Loth* (Hg.), Das europäische Projekt zu Beginn des 21. Jahrhunderts (Grundlagen für Europa Bd. 8, Opladen 2001), 203.

<sup>56</sup> Vgl. *Fischer*, Die verstärkte Zusammenarbeit nach dem Amsterdamer Vertrag, 203.

<sup>57</sup> Vgl. *Kiechle*, Ein Europa der Vaterländer und des Kapitals ist kein Frauenhaus, 132.

<sup>58</sup> Vgl. *Maschke*, Die Europäische Union als Friedensprojekt – von Anfang an, 21.

<sup>59</sup> Vgl. Angelica *Dullinger* (Hg.), „Wir sind der Gipfel“. Peace-Train zur 4. Weltkonferenz. Lebensläufe von Frauen – Perspektiven für Frieden (Leipzig 1997), 11.

<sup>60</sup> *Erbe*, Anpassung oder Emanzipation der Frauen?, 12.

ren, denn nicht alle Mitgliedsstaaten setzten die verordneten Richtlinien zur Anpassung der Löhne entsprechend um.<sup>61</sup> Das Ziel der daraufhin eingeführten Aktionsprogramme war die „Verankerung [...] der Chancengleichheit in allen gemeinschaftlichen Politikbereichen sowie die Beseitigung bestehender Ungleichheiten.“<sup>62</sup> Mehr zu den Strategien der Gleichstellung und den Aktionsprogrammen im nachfolgenden Abschnitt.

Die Entwicklung einer europäischen Frauenpolitik seit der Gründung der EGKS 1957 kann in verschiedenen Stufen beschrieben werden: Zum einen die Festschreibung der Forderung, Frauen und Männer für gleiche Arbeit gleich zu bezahlen und dies als Maßnahme in allen Mitgliedsstaaten umzusetzen. Zum anderen die Ausweitung des Gleichheitsgrundsatzes auf andere politische Bereiche, wie zum Beispiel Bildungs- oder Familienpolitik. Ebenso sollte die Unterstützung von Frauen, die in politischen Belangen selbst aktiv werden und handeln wollen, vorangetrieben werden. Frauen sollten Akteurinnen in politischen Prozessen werden<sup>63</sup> – es sollte also ein „Wandel vom Objekt zum Subjekt politischer Entscheidungen“<sup>64</sup> vollzogen werden. Die praktische Umsetzung ebensolcher Regelungen ist jedoch noch nicht vollständig erreicht. Gleicher Lohn für gleiche Arbeitsleistung von Frauen und Männern ist in vielen Mitgliedsstaaten noch nicht Realität. Zwar ist der Anteil an berufstätigen Frauen gestiegen, doch trifft dies nicht auf Führungspositionen zu – im Gegenteil: die meisten Teilzeitstellen sind von Frauen besetzt.<sup>65</sup>

Auch die politische Repräsentation von Frauen hat zwar in den letzten Jahrzehnten zugenommen, doch muss hier differenziert werden zwischen nationaler und europäischer Ebene. In vielen Ländern sind Frauen politisch gesehen noch nicht gleichberechtigt vertreten.<sup>66</sup> Die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament 1979 zeigten, dass Frauen auf Europaebene besser repräsentiert waren als in ihren jeweiligen nationalen Parlamenten. Ein Ansatz, dies zu erklären, liegt darin, dass die Bedeutung des Europäischen Parlaments zu diesem Zeitpunkt noch relativ gering war und deshalb bei männlichen Politikern kein großes Interesse weckte. Seit dem Vertrag von Amsterdam 1997 wurde das Europäische Parlament jedoch zu einer bedeutenderen europäischen Institution und erlangte immer mehr Kompetenzen. Dadurch gewann es an Attraktivität als Arbeitsplatz

---

<sup>61</sup> Vgl. *Erbe*, Anpassung oder Emanzipation der Frauen?, 12.

<sup>62</sup> *Fuhrmann*, Geschlechterpolitik im Prozess der europäischen Integration, 13.

<sup>63</sup> Vgl. Melanie *Pieperschneider*, Vorwort. In: Melanie *Pieperschneider* (Hg.), Frauenpolitik in der europäischen Union (Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V. Bd. 37, Baden-Baden 1996), 7.

<sup>64</sup> *Pieperschneider*, Vorwort, 7.

<sup>65</sup> Vgl. *Pieperschneider*, Vorwort, 8.

<sup>66</sup> Vgl. Yvonne Rebecca *Inglter-Detken*, Doing Gender auf der politischen Bühne Europas. Politikerinnen und ihre Überwindung der „Fremdheit in der Politik“ (Wiesbaden 2008), 12.

und die Konkurrenz zwischen weiblichen und männlichen Politikerinnen und Politikern hat zugenommen.<sup>67</sup>

Die 1990er Jahre brachten schließlich mit der „Europäischen Frauenlobby“ (EFL) die erste europaweit vernetzte Frauenlobby hervor. Die EFL, als Dachverband nationaler Frauenverbände gegründet und mit Sitz in Brüssel, sieht ihre Aufgabe darin, die Forderungen der diversen Frauenverbände innerhalb der Europäischen Union durchzusetzen.<sup>68</sup>

Auch die „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“ ist, als Teil des Vorstandes, Mitglied der „Europäischen Frauenlobby“.<sup>69</sup> Die EFL wird als Schnittstelle zwischen Nichtregierungsorganisationen, der Europäischen Kommission und dem Europaparlament betrachtet.<sup>70</sup> Die Verbindung zwischen nationalen Frauenorganisationen und EU-Institutionen sowie die Förderung des Dialogs von EU-Bürgerinnen und europäischen EntscheidungsträgerInnen und die Thematisierung von frauenspezifischen bzw. -politischen Anliegen sind ihre zentralen Aufgaben.<sup>71</sup> Die Frauenlobby fungiert als beratende Expertin und liefert Informationen und Einschätzungen zu frauenpolitischen Themenbereichen. Sie äußert aber auch eigene Forderungen, wie zum Beispiel die Aufnahme des Gender Mainstreaming-Konzepts in den Amsterdamer Vertrag.<sup>72</sup>

Im Jahr 2003 erstellte die Europäische Kommission schließlich eine Datenbank zum „Monitoring der Verteilung von Frauen und Männern in wichtigen Entscheidungspositionen“<sup>73</sup>. Dadurch sollen zuverlässige Statistiken online verfügbar gemacht werden, die den aktuellen Stand der Beschäftigung zeigen sowie die Einschätzung von längerfristigen Tendenzen und Entwicklungen möglich machen.<sup>74</sup>

## 2.1 Gleichstellungsstrategien

Welche praktischen Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter wurden nun umgesetzt? Die erste Maßnahme diesbezüglich war, wie bereits erwähnt, die Aufnahme des

---

<sup>67</sup> Vgl. *Inglter-Detken*, Doing Gender auf der politischen Bühne Europas, 11f.

<sup>68</sup> Vgl. *Fuhrmann*, Geschlechterpolitik im Prozess der europäischen Integration, 240.

<sup>69</sup> Vgl. *Schuchard*, Frauen. Freiheit. Frieden, 114.

<sup>70</sup> Vgl. *Fuhrmann*, Geschlechterpolitik im Prozess der europäischen Integration, 241f.

<sup>71</sup> Vgl. Women's Lobby, 25 years of European Women's Lobby. <http://www.womenlobby.org/25-years-of-European-Women-s-Lobby?lang=en> (letzter Zugriff am 14.7.2016).

<sup>72</sup> Vgl. *Fuhrmann*, Geschlechterpolitik im Prozess der europäischen Integration, 244.

<sup>73</sup> Generaldirektion Justiz und Verbraucher der Europäischen Kommission, Die Mitwirkung von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen. [http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/gender-decision-making/database/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/gender-decision-making/database/index_de.htm) (letzter Zugriff am 1.7.2016).

<sup>74</sup> Vgl. Generaldirektion Justiz und Verbraucher der Europäischen Kommission, Die Mitwirkung von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen. [http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/gender-decision-making/database/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/gender-decision-making/database/index_de.htm) (letzter Zugriff am 1.7.2016).

Lohngleichheitsgrundsatzes in den EWG-Vertrag. Auf Basis dieses Grundsatzes erfolgten in den 1960er Jahren bereits die ersten Klagen wegen geschlechtsspezifischer Lohndiskriminierung und Ungleichbehandlung durch den Arbeitgeber.<sup>75</sup> Nach der Einführung des Lohngleichheitsgrundsatzes folgte jedoch eine kurze Phase des Stillstandes. Die folgenden Jahre 1973 bis 1983 werden als die „aktivsten der europäischen Gleichstellungspolitik bis 1995“<sup>76</sup> bezeichnet. Diese aktive Phase war bedingt durch drei maßgebliche Entwicklungen: zum einen spielte die starke Neue bzw. Zweite Frauenbewegung hierbei eine zentrale Rolle. Die langsame Veränderung des traditionellen weiblichen Rollenbildes und die Steigerung des Frauenanteils an höherer Bildung und am Arbeitsmarkt führte zu einer größeren Präsenz von Frauen in der – bis dato als männlich konnotierten – öffentlichen Sphäre, in der Folge wurde frauen- und geschlechterspezifischen Themen dadurch eine größere Beachtung geschenkt.<sup>77</sup> Zum anderen wurden durch das Wirtschaftswachstum zusätzliche Arbeitskräfte gebraucht. Als dritter Grund kann die Ernennung sozialdemokratischer Regierungen in vielen europäischen Ländern genannt werden.<sup>78</sup> Im Jahr 1975, dem Internationalen Jahr der Frau, fand die erste UN-Weltfrauenkonferenz in Mexiko statt, auf der die Verbesserung der Partizipationsmöglichkeiten für Frauen am wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben gefordert wurde. Als Folge davon wurden zwei Verwaltungseinheiten in der Europäischen Kommission gegründet, die sich der Probleme im Zusammenhang mit der Frauenbeschäftigung annehmen sollten.<sup>79</sup> 1976 wurde in der Generaldirektion Beschäftigung und Soziales das sogenannte „Frauenbüro“ gegründet, welches 1994 in „Büro für Chancengleichheit“ umbenannt und als zentrale Stelle der Geschlechterpolitik der Europäischen Kommission angedacht wurde.<sup>80</sup> Frauen sollten gezielt über den Aufbau der späteren Europäischen Union sowie über die führende Rolle, die die Bürgerinnen und Bürger dabei spielen sollten, informiert werden.<sup>81</sup> Die anschließende Zeit zwischen 1984 und 1991 wird auch als Phase der Stagnation im Bereich der Gleichstellungspolitik bezeichnet. Durch die wirtschaftliche Rezession wurden viele sozialdemokratische Regierungen durch teils konservative abgelöst und dadurch verlangsamten sich auch die Fortschritte im Bereich Gleichstellung. In diese Zeit fällt jedoch die wichti-

---

<sup>75</sup> Vgl. *Fuhrmann*, Geschlechterpolitik im Prozess der europäischen Integration, 157.

<sup>76</sup> *Fuhrmann*, Geschlechterpolitik im Prozess der europäischen Integration, 157.

<sup>77</sup> Vgl. *Stockemer*, Women's Representation in Europe, 465.

<sup>78</sup> Vgl. *Fuhrmann*, Geschlechterpolitik im Prozess der europäischen Integration, 157.

<sup>79</sup> Vgl. *Albertini-Roth*, Europa – Eine Chance für die Frauen, 15.

<sup>80</sup> Vgl. *Fuhrmann*, Geschlechterpolitik im Prozess der europäischen Integration, 158.

<sup>81</sup> Vgl. *Albertini-Roth*, Europa – Eine Chance für die Frauen, 14.

ge Konsolidierung des „Ständigen Ausschusses für die Rechte der Frau“ 1984.<sup>82</sup> Neue gleichstellungsspezifische Richtlinien wurden nur vereinzelt eingeführt, aber dennoch gab es welche. Erwähnenswert ist die Verbesserung des Rechtsschutzes für beschäftigte Frauen im Jahr 1986, denn nun wurden nicht mehr nur selbstständige Erwerbstätige miteinbezogen, sondern auch mithelfende Familienangehörige.<sup>83</sup>

Die Entwicklung der sogenannten Aktionsprogramme, beginnend mit dem ersten Programm im Jahr 1982, stellte wichtige Impulse hin zu einer geschlechtergerechten Politik dar, die jedoch teilweise ohne großen Erfolg blieben. 1982 wurde das Aktionsprogramm für Chancengleichheit konzipiert, welches Frauen dazu anhalten sollte, die Scheu vor vermeintlich frauenuntypischen Berufen zu verlieren.<sup>84</sup> Das darauffolgende Programm im Jahr 1986 thematisierte den Faktor Bildung als Maßnahme gegen Arbeitslosigkeit unter Frauen.<sup>85</sup> Der erleichterte Zugang von Frauen zu allgemeiner und beruflicher Bildung, zum Arbeitsmarkt und eine gleichmäßigere Verteilung von beruflicher sowie familiärer Verantwortung zwischen Frauen und Männern waren maßgebliche Ziele dieses zweiten Aktionsprogrammes. Auch eine stärkere Sensibilisierung in der Gesellschaft für die Forderungen der europäischen Gleichstellungspolitik sollte forciert werden. 1988 veröffentlichte die Europäische Kommission ein Programm Positiver Aktionen, unterstützt durch einen Leitfaden zur Durchführung. Dieser Leitfaden machte deutlich, welchen Grenzen die europäische Gleichstellungspolitik gegenüberstand und -steht. Die Verankerung des traditionellen Rollenverständnisses von Frauen und Männern in der Gesellschaft und die dadurch herbeigeführten Hindernisse bei der Umsetzung des Chancengleichheitsprogrammes sind nichtrechtlicher Art. Das bedeutet, es mussten weitergehende Maßnahmen entwickelt werden, um Veränderungen auch außerhalb der rechtlichen Gleichstellungsstrategien herbeizuführen.<sup>86</sup> Der Großteil der Richtlinien und Verordnungen zur Verbesserung der Situation bezüglich der Frauenerwerbsarbeit und des Verhältnisses der Geschlechter betrachtet diese Thematik aus einer wirtschaftlichen Perspektive. Der erforderliche grundlegende Strukturwandel für eine zielführende Gleichstellungspolitik müsste aber auch das Verhältnis von Erwerbsarbeit und Reproduktionstätigkeiten miteinbeziehen und die Wahrnehmung von Frauen in der Gesellschaft grundlegend ändern.<sup>87</sup>

---

<sup>82</sup> Vgl. *Fuhrmann*, Geschlechterpolitik im Prozess der europäischen Integration, 162.

<sup>83</sup> Vgl. *Fuhrmann*, Geschlechterpolitik im Prozess der europäischen Integration, 165.

<sup>84</sup> Vgl. *Erbe*, Anpassung oder Emanzipation der Frauen?, 13.

<sup>85</sup> Vgl. *Erbe*, Anpassung oder Emanzipation der Frauen?, 13.

<sup>86</sup> Vgl. *Fuhrmann*, Geschlechterpolitik im Prozess der europäischen Integration, 166f.

<sup>87</sup> Vgl. *Kiechle*, Ein Europa der Vaterländer und des Kapitals ist kein Frauenhaus, 133.

Frauenpolitische Aktivitäten hatten auf die Entwicklung der Gleichstellungspolitik einen erheblichen Einfluss. In den 1990er Jahren wurde das Augenmerk vor allem auf die Lösung des Problems der Benachteiligung von Frauen gerichtet. Von Frauenorganisationen kritisiert wurde die bisherige fast ausschließliche Konzentration auf die arbeitsmarktbezogene Gleichstellung, sie forderten nun das Einbeziehen der anderen Bereiche, in denen Frauen eine benachteiligte Stellung innehatten, wie beispielsweise im Bereich der Gesundheitspolitik, bei Fragen der Armut betreffend oder bei der Zuständigkeit für familiäre Aufgaben.<sup>88</sup> Das dritte Aktionsprogramm befasste sich also nun mit Themen, die über die Frage der Frauenerwerbsarbeit hinausgingen.<sup>89</sup> Das Programm erstreckte sich über den Zeitraum von 1990 bis 1995 und beinhaltete im Wesentlichen drei Schwerpunkte: zum einen die Anwendung, aber auch die weitere Entwicklung des bereits bestehenden rechtlichen Rahmens der Gleichstellung. Zum anderen sollte die Integration von Frauen auf dem Arbeitsmarkt vorangetrieben werden sowie die Stellung von Frauen in der Gesellschaft allgemein verbessert werden. Eine praktische Maßnahme zur Umsetzung war beispielsweise die Gründung der Gemeinschaftsinitiative „New Opportunities for Women“ (NOW), um die berufliche Bildung sowie die Beschäftigung von Frauen zu fördern. Bedeutend sind auch das Ziel einer realistischeren Darstellung von Frauen in den Medien sowie die verbesserte Teilhabe von Frauen an Entscheidungsprozessen.<sup>90</sup> Das Programm war zwar sehr bemüht, es scheiterte jedoch an der tatsächlichen Umsetzung der angedachten Maßnahmen. Die Handlungsmöglichkeiten waren eher gering aufgrund der kaum bewilligten Finanzierung.<sup>91</sup> Dies zeigt, welcher Stellenwert gleichstellungspolitischen Maßnahmen von Seiten der Europapolitik in dieser Phase zugemessen wurde. Frauenthemen wurden hauptsächlich als „Problemgruppe des Arbeitsmarktes“<sup>92</sup> zur Kenntnis genommen, dies führte zur Verrechtlichung der Frauenfrage.<sup>93</sup> Das generelle Verständnis von Gleichstellungspolitik wurde lediglich als Aufgabe der Politik betrachtet und beschränkt auf die Überwindung rechtlicher Hindernisse. Das Abbauen von – geschlechtsspezifischer – Diskriminierung wurde somit als Aufgabe von Individuen, und

---

<sup>88</sup> Vgl. *Klein*, Geschlechterverhältnisse, Geschlechterpolitik und Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union, 84.

<sup>89</sup> Vgl. *Klein*, Geschlechterverhältnisse, Geschlechterpolitik und Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union, 84.

<sup>90</sup> Vgl. *Fuhrmann*, Geschlechterpolitik im Prozess der europäischen Integration, 167.

<sup>91</sup> Vgl. *Fuhrmann*, Geschlechterpolitik im Prozess der europäischen Integration, 168.

<sup>92</sup> Susanne *Schunter-Kleemann*, Das Demokratiedefizit der Europäischen Union und die Frauenpolitik. In: Elke *Biester*, Barbara *Holland-Cunz*, Mechthild M. *Jansen*, Eva *Maleck-Lewy*, Anja *Ruf*, Birgit *Sauer* (Hg.), Das unsichtbare Geschlecht der Europa. Der europäische Einigungsprozeß aus feministischer Sicht (Reihe „Politik der Geschlechterverhältnisse“ Bd. 2, Frankfurt am Main/New York 1994), 21.

<sup>93</sup> Vgl. *Schunter-Kleemann*, Das Demokratiedefizit der Europäischen Union und die Frauenpolitik, 21.

nicht als Angelegenheit der Europäischen Union betrachtet.<sup>94</sup> Erst ab der Mitte der 1990er Jahre lässt sich wieder eine Steigerung in der Beschließung und Umsetzung gleichstellungspolitischer Richtlinien und Maßnahmen festmachen. Die Europäische Kommission begründete diese Fortschritte aufgrund der Erkenntnis, dass „die Unterrepräsentation von Frauen in Entscheidungsprozessen ein erhebliches Hindernis für die demokratische Entwicklung der Europäischen Union, ihren inneren Zusammenhalt und ihre globale Wettbewerbsfähigkeit ist.“<sup>95</sup>

Es lassen sich drei Hauptstrategien der europäischen Gleichstellungspolitik festmachen: Zum einen das Recht auf Lohngleichheit, zum anderen das Verbot direkter und indirekter Diskriminierung und drittens das Konzept des Gender Mainstreaming.<sup>96</sup> Aufgrund der größeren Fortschritte in der Entwicklung gleichstellungspolitischer Maßnahmen durch die Einführung des Gender Mainstreaming wird dieses Konzept anschließend in einem eigenen Abschnitt näher erläutert. Wie bereits erwähnt markierte die Einführung des Lohngleichheitsprinzips den Beginn europäischer Gleichstellungspolitik. Der frühere Artikel 119 forderte gleichen Lohn für gleiche Arbeit, dies wurde mittlerweile umformuliert in den „Grundsatz[...] des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit“<sup>97</sup>. Der Begriff „gleiche“ Arbeit umfasst eigentlich nur absolut identische Tätigkeiten, ist also eingeschränkt. „Gleichwertig“ hingegen ist eher schwierig zu definieren. Es gibt keinen präzisen und objektiven Maßstab, der zur Beurteilung der Gleichwertigkeit herangezogen werden kann.<sup>98</sup> Die Europäische Kommission hat hierfür jedoch einen Leitfaden zur Orientierung entwickelt, der die verschiedenen Kriterien festhält – unter anderem die Art der Tätigkeit und die dafür nötigen Kenntnisse bzw. die benötigte Ausbildung.<sup>99</sup> Geplante Maßnahmen sind beispielsweise die Förderung von Unternehmensgründungen von Frauen oder ausreichend Kinderbetreuungsplätze. Dazu gehören auch eine transparenter gestaltete Lohnstruktur und die Förderung von entsprechenden bewussteinsschaffenden Maßnahmen, wie zum Beispiel die Einführung des

---

<sup>94</sup> Vgl. *Fuhrmann*, Geschlechterpolitik im Prozess der europäischen Integration, 168.

<sup>95</sup> Europäische Kommission (Hg.), Chancengleichheit für Frauen und Männer in der Europäischen Union, Jahresbericht 1997 (Luxemburg 1998), 19.

<sup>96</sup> Vgl. *Klein*, Geschlechterverhältnisse, Geschlechterpolitik und Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union, 109.

<sup>97</sup> *Klein*, Geschlechterverhältnisse, Geschlechterpolitik und Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union, 110.

<sup>98</sup> Vgl. *Anni Weiler*, Frauenlohnpolitik in Europa. In: *Elke Biester, Barbara Holland-Cunz, Mechthild M. Jansen, Eva Maleck-Lewy, Anja Ruf, Birgit Sauer* (Hg.), Das unsichtbare Geschlecht der Europa. Der europäische Einigungsprozeß aus feministischer Sicht (Reihe „Politik der Geschlechterverhältnisse“ Bd. 2, Frankfurt am Main/New York 1994), 45.

<sup>99</sup> Vgl. *Klein*, Geschlechterverhältnisse, Geschlechterpolitik und Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union, 112.



„European Equal Pay Day“ 2011, der die längere Arbeitszeit von Frauen, um den gleichen Lohn wie Männer zu verdienen, öffentlich macht. Generell will die Kommission verstärkt daran arbeiten, die Anzahl von Frauen als Entscheidungsträgerinnen zu erhöhen.<sup>100</sup>

Erst mit dem Diskriminierungsverbot wurde ein Bewusstsein dafür geschaffen, was als diskriminierend verstanden wird, was es bedeutet und dass es auch indirekt geschehen kann. Mittlerweile wurde der Schutz vor Diskriminierungen, neben der Geschlechtszugehörigkeit, ausgeweitet auf andere soziale Merkmale wie beispielsweise ethnische Herkunft, Alter, Religion oder sexuelle Orientierung.<sup>101</sup> Während die anderen Merkmale relativ einfach zu benennen sind, ist die Definition von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts schwierig. Generell ist Diskriminierung als Ungleichbehandlung und Benachteiligung aufgrund bestimmter Merkmale zu verstehen.<sup>102</sup> In diesem Fall meint das Verbot von Diskriminierung, dass Verordnungen, Richtlinien, Gesetze und Ähnliches „nicht an das Geschlecht als Unterscheidungs- und Exklusionsmerkmal anknüpfen“<sup>103</sup> dürfen. Offene und direkte Diskriminierung in Gesetzen aufgrund des Geschlechts ist mittlerweile nicht mehr häufig; Regelungen, die sich auf Schwangere oder Mütter beziehen hingegen schon. Dies fällt unter unmittelbare Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, da hier geschlechtsspezifische Kriterien herangezogen werden.<sup>104</sup>

Auf diese drei Hauptstrategien der europäischen Gleichstellungspolitik – Lohngleichheit, Diskriminierungsverbot und Gender Mainstreaming – aufbauend werden von der Europäischen Kommission Aktionspläne konzipiert, um die Förderung der Geschlechtergleichheit zu unterstützen. Die Kommission setzt auf die Kombination von Gender Mainstreaming mit spezifischen Maßnahmen<sup>105</sup>, um bei der Gleichstellung von Frauen und Männern Fortschritte zu erzielen. Im Konzept „Strategien für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010-2015“ werden anhand dessen Pläne entwickelt, die im Sinne der Frauen-Charta gleichstellungspolitische Maßnahmen umsetzen. Die Frauen-Charta

---

<sup>100</sup> Vgl. Europäische Kommission (Hg.), Strategien für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010-2015 (Luxemburg 2011), 3.

<sup>101</sup> Vgl. Klein, Geschlechterverhältnisse, Geschlechterpolitik und Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union, 109.

<sup>102</sup> Vgl. Klein, Geschlechterverhältnisse, Geschlechterpolitik und Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union, 113.

<sup>103</sup> Klein, Geschlechterverhältnisse, Geschlechterpolitik und Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union, 113.

<sup>104</sup> Vgl. Klein, Geschlechterverhältnisse, Geschlechterpolitik und Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union, 114.

<sup>105</sup> Vgl. Europäische Kommission (Hg.), Strategien für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010-2015, 9.

wurde im März 2010 von der Europäischen Kommission verabschiedet um das Engagement der Kommission in Fragen der Gleichstellung zu betonen sowie um das Versprechen zu geben, die Geschlechterperspektive in allen Politikbereichen zu integrieren.<sup>106</sup> Gender-Mainstreaming stellt demnach die Grundlage für die aktuelle Gleichstellungspolitik der Europäischen Union dar.<sup>107</sup>

### 2.1.1 Gender Mainstreaming

Die Europäische Kommission verwendet für diese gleichstellungspolitische Maßnahme folgende Definition: „Gender Mainstreaming bezeichnet die Einbeziehung der Geschlechterperspektive in alle Phasen des politischen Prozesses, d. h. in Ausarbeitung, Implementierung, Überwachung und Bewertung, um die Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern.“<sup>108</sup>

Beginnend soll kurz auf die Entstehung des Konzepts Gender Mainstreaming näher eingegangen werden. Bereits im Jahr 1985, auf der dritten Weltfrauenkonferenz in Nairobi, wurde das Konzept, im Zusammenhang mit der Entwicklungshilfe, erstmalig zur Diskussion gebracht. Dennoch dauerte es weitere zehn Jahre, bis der Begriff wieder zur Sprache kam. Dies geschah erneut auf einer Weltfrauenkonferenz, diesmal in Peking im Jahr 1995. Auf dieser Konferenz beschlossen im europäischen Politikfeld aktive Frauen, das Konzept für den Vertrag von Amsterdam vorzuschlagen.<sup>109</sup> In der Mitteilung der Europäischen Kommission aus dem Jahr 1996, „Einbindung der Chancengleichheit in sämtliche politische Konzepte und Maßnahmen der Gesellschaft“<sup>110</sup>, wurde erstmalig festgehalten, Gender Mainstreaming in der zukünftigen Politikführung zu berücksichtigen.<sup>111</sup> Die Europäische Kommission, deren Aufgabe es ist, Vorschläge für europäische Rechtsakte einzubringen und die dadurch die Möglichkeit hat, einen großen Einfluss auf die Europapolitik auszuüben<sup>112</sup>, unterstützte somit das Gender Mainstreaming-Konzept. 1997 wurde Gender Mainstreaming in die gleichstellungspolitischen Leitlinien des Vertrags aufge-

---

<sup>106</sup> Vgl. Europäische Kommission (Hg.), Strategien für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010-2015, 8.

<sup>107</sup> Vgl. Klein, Geschlechterverhältnisse, Geschlechterpolitik und Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union, 97.

<sup>108</sup> Generaldirektion Justiz und Verbraucher der Europäischen Kommission, Instrumente für die Gleichstellung der Geschlechter. [http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/tools/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/tools/index_de.htm) (letzter Zugriff am 1.7.2016).

<sup>109</sup> Vgl. Wöhl, Mainstreaming Gender?, 159.

<sup>110</sup> Wöhl, Mainstreaming Gender?, 159.

<sup>111</sup> Vgl. Fuhrmann, Geschlechterpolitik im Prozess der europäischen Integration, 180.

<sup>112</sup> Vgl. Fuhrmann, Geschlechterpolitik im Prozess der europäischen Integration, 147.

nommen.<sup>113</sup> Die Gleichstellung von Frauen und Männern wird im Amsterdamer Vertrag als grundlegendes Prinzip der Gemeinschaft bezeichnet.<sup>114</sup> In den einzelnen Mitgliedsländern in Kraft treten konnte das Konzept schließlich 1999 im Rahmen des vierten Aktionsprogrammes zur Gleichstellungspolitik und mit der Ratifizierung des Amsterdamer Vertrags.<sup>115</sup> Somit markiert der Vertrag von Amsterdam eine Wendung im Bereich der Gleichstellungspolitik, denn nun begann „ein politisches Integrationsprojekt, das die Gleichstellung auf Bereiche über den Markt hinaus anstrebt.“<sup>116</sup> Die europäische Integration wurde von Frauen in einem wesentlich geringeren Ausmaß akzeptiert als von Männern. Auch dies war ein Grund für die Maßnahmen zur stärkeren Einbindung von Frauen in den europäischen Integrationsprozess.<sup>117</sup> Gender Mainstreaming soll zum einen die Aufmerksamkeit auf die mangelnde Repräsentation von Frauen in der Politik und im Beschäftigungsfeld lenken, zum anderen soll kontrolliert werden, wie viele Ressourcen jeweils eingesetzt werden, um eine stärkere Repräsentation durchzusetzen.<sup>118</sup> Durch die Verwendung des Gender-Begriffs sollen auch Männer miteinbezogen werden.<sup>119</sup> Ein maßgebliches Ziel des Gender Mainstreaming ist demnach, nicht ausschließlich die Förderung von frauenpolitischen Themen voranzutreiben, sondern die Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen. Dies bedeutet auch, dass nicht nur Frauen für die Umsetzung von frauen- bzw. geschlechterpolitischen Themen zuständig sein sollen.<sup>120</sup> Die Verbesserung der Chancengleichheit fällt nicht nur in das Tätigkeitsfeld von Frauenministerinnen, sondern alle politischen VerantwortungsträgerInnen – dies sind weitgehend Männer –

---

<sup>113</sup> Vgl. *Wöhl*, Mainstreaming Gender?, 159.

<sup>114</sup> Vgl. Christine *Baur*, Rechtliche Grundlagen und Begriffe. In: Christine *Baur*, Eva *Fleischer*, Paul *Schober*, Gender Mainstreaming in der Arbeitswelt. Grundlagenwissen für Projekte, Unternehmen und Politik (Innsbruck 2005), 73.

<sup>115</sup> Vgl. *Wöhl*, Mainstreaming Gender?, 159.

<sup>116</sup> *Klein*, Geschlechterverhältnisse, Geschlechterpolitik und Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union, 85.

<sup>117</sup> Vgl. Kirsten *Rölke*, Mitmischen, mitgestalten, vernetzen: Frauen bewegen Politik in der EU. In: Kirsten *Rölke*, Christiane *Wilke*, Mechthild *Kopel* (Hg.), Bringt Europa Frauen nach vorn? Chancen und Risiken für Gleichstellungspolitik nach der EU-Erweiterung (Hamburg 2005), 147.

<sup>118</sup> Vgl. *Wöhl*, Mainstreaming Gender?, 160.

<sup>119</sup> Vgl. *Wöhl*, Mainstreaming Gender?, 161.

<sup>120</sup> Vgl. Eva *Fleischer*, Zentrale Begriffe und ihre theoretische Verortung. In: Christine *Baur*, Eva *Fleischer*, Paul *Schober*, Gender Mainstreaming in der Arbeitswelt. Grundlagenwissen für Projekte, Unternehmen und Politik (Innsbruck 2005), 41.

sind dafür verantwortlich.<sup>121</sup> Die Gleichstellung von Frauen und Männern wird nun als „Aufgabe der Gemeinschaft“<sup>122</sup> bezeichnet.

### **2.1.2 Gleichstellungsmaßnahmen der Europäischen Kommission**

Die aktuellen Maßnahmen, die auf der Basis des Gender-Mainstreaming-Konzepts von der Europäischen Kommission geplant wurden, lassen sich in sechs Kategorien einteilen:

- Gleiche wirtschaftliche Unabhängigkeit
- Gleiches Entgelt für gleiche und gleichwertige Arbeit
- Gleichstellung in Entscheidungsprozessen
- Schutz der Würde und Unversehrtheit
- Gleichstellung in der Außenpolitik
- Querschnittsfragen

„Gleiche wirtschaftliche Unabhängigkeit“ bezieht sich zusammengefasst auf drei Hauptpunkte: zum einen ist die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen ein zentraler Schwerpunkt. Die Beschäftigungsquote von vor allem älteren Frauen, Alleinerzieherinnen, Frauen aus ethnischen Minderheiten, Frauen mit Behinderung oder Migrantinnen ist niedrig. Auch Fragen die Elternschaft betreffend sind Teil dieser Überlegungen, denn Frauen tragen nach wie vor alleine den größten Teil der Verantwortung für die Familie. Verbesserungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind demnach maßgeblich für eine höhere Erwerbstätigkeit von Frauen. Zum anderen ist auch der Anteil an weiblichen Unternehmerinnen geringer als gewünscht. Dies soll aber, ebenso wie die Regelungen bezüglich Elternschaft, mittels Richtlinien zur besseren Vereinbarkeit von Arbeit und Familie geändert werden.<sup>123</sup> Als dritter Schwerpunkt kann die Bekämpfung des höheren Armutsrisikos von Frauen genannt werden. Um diese Benachteiligungen von Frauen erfolgreich verändern zu können, verspricht die Europäische Kommission ihre Unterstützung der Mitgliedsstaaten bei der Durchführung gleichstellungspolitischer Maßnahmen. Frauen sollen

---

<sup>121</sup> Vgl. Marianne Weg, Gender Mainstreaming als Politikmethode für Geschlechterdemokratie. In: Regine Roemheld (Hg.), *Wie geht es Ihnen, Madame Europe? Gendering in Politik und Verfassung in der Europäischen Union* (Frauen. Gesellschaft. Kritik Bd. 39, Herbolzheim 2002), 63.

<sup>122</sup> Vgl. Klein, *Geschlechterverhältnisse, Geschlechterpolitik und Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union*, 86.

<sup>123</sup> Vgl. Europäische Kommission (Hg.), *Strategien für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010-2015*, 12.

als Selbständige und Unternehmerinnen gefördert werden, und auch bei der Integration von Migrantinnen und Migranten wird auf die Förderung von Gleichstellung geachtet.<sup>124</sup> Der Punkt „gleiches Entgelt für gleiche und gleichwertige Arbeit“ widmet sich erneut dem Lohngefälle zwischen Frauen und Männern, da nach wie vor eine beträchtliche Differenz existiert. Die Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt liegen beispielsweise darin, dass Frauen und Männer oftmals unterschiedliche Berufssparten bevorzugen. Die sogenannten frauentypischen Berufe sind hierbei meist diejenigen, die neben einer schlechteren Bezahlung auch eine geringere Wertschätzung bekommen. Aufgrund der Tatsache, dass Frauen die Verantwortung über die Familie und somit auch die ganze Belastung größtenteils nach wie vor alleine tragen, ergeben sich Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dies treibt viele Frauen in Teilzeitarbeit, behindert ihre Aufstiegs- und Karrieremöglichkeiten oder beeinflusst die Pensionsansprüche negativ.<sup>125</sup> Um dem in Zukunft entgegenzuwirken ist eine der geplanten Maßnahmen der Kommission, zusammen mit den Sozialpartnern die Lohntransparenz zu verbessern. Daneben sollen Aktionen für gleiches Entgelt am Arbeitsplatz, wie zum Beispiel Auszeichnungen für vorbildliche Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und Hilfestellungen, um geschlechtsspezifische Lohnungleichheiten zu beseitigen, für Gerechtigkeit sorgen. Darüber hinaus sollen Frauen darin bestärkt werden, sich auch für sogenannte nichttraditionelle Berufe zu interessieren.<sup>126</sup> Aufgrund der Unterrepräsentation von Frauen auf den Führungsebenen und in Entscheidungsprozessen vor allem in der Wirtschaft und dem Geschlechterungleichgewicht in Wissenschaft und Forschung plant die Kommission eine Verbesserung des Gleichgewichts der Geschlechter in Führungspositionen. Ebenso soll eine größere Beteiligung von Frauen an den Wahlen zum Europäischen Parlament angestrebt werden.<sup>127</sup> Ein wichtiger Punkt, der auch auf der Agenda der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“ weit oben steht, ist der „Schutz der Würde und Unversehrtheit“, also der Schutz von Frauen vor Gewalt in allen Formen – dazu gehören beispielsweise häusliche Gewalt, sexuelle Gewalt, Verbrechen, die im Namen der Ehre begangen werden oder

---

<sup>124</sup> Vgl. Europäische Kommission (Hg.), Strategien für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010-2015, 14.

<sup>125</sup> Vgl. Europäische Kommission (Hg.), Strategien für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010-2015, 16.

<sup>126</sup> Vgl. Europäische Kommission (Hg.), Strategien für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010-2015, 16.

<sup>127</sup> Vgl. Europäische Kommission (Hg.), Strategien für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010-2015, 20.

Genitalverstümmelung. Die Kommission plant zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen eine EU-weite Strategie zur Sensibilisierung dafür.<sup>128</sup>

Die „Gleichstellung in der Außenpolitik“ beinhaltet aufgrund entsprechender außenpolitischer Maßnahmen die Förderung der Gleichstellung von Frauen weltweit. Im Rahmen der europäischen Entwicklungspolitik plant die Kommission, sich verstärkt für die Partizipation von Frauen einzusetzen. Auch die Konfliktprävention, die Friedenssicherung in außereuropäischen Ländern und die geplante Gleichstellung in der EU-Handelspolitik sind Teile dieses Punktes.<sup>129</sup> Dazu werden die Kriterien die Gleichstellung von Frauen und Männern betreffend, die für einen Beitritt zur Europäischen Union erfüllt werden müssen, streng beobachtet. Nachbarländer werden zur Durchsetzung gleichstellungspolitischer Maßnahmen ermutigt und dabei gefördert.<sup>130</sup>

Der letzte Punkt, die sogenannten Querschnittsfragen, befassen sich mit der Förderung diskriminierungsfreier Geschlechterrollen, einem wirksamen Rechtsrahmen für Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts sowie der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Institutionen, Regierungen, dem Europäischen Parlament, der EU-Bevölkerung und anderen Akteurinnen und Akteuren zur Sicherstellung gleichstellungspolitischer Fortschritte.<sup>131</sup> Dabei steht, neben der Frage, welche Rolle Männer für die Gleichstellung spielen, die ordnungsgemäße Umsetzung des EU-Gleichbehandlungsrechts im Mittelpunkt.<sup>132</sup>

## **2.2 Repräsentation von Frauen in der Europapolitik**

In der Politik sind Frauen nach wie vor unterrepräsentiert. Betrachtet man nun die Politik auf europäischer Ebene, so gilt dies jedoch nicht für alle Organe und Institutionen der EU gleichermaßen.<sup>133</sup>

Im Europäischen Parlament sind Frauen verhältnismäßig stark repräsentiert. Wie bereits erwähnt, war der Frauenanteil bei der Parlamentswahl 1979 vergleichsweise höher als in

---

<sup>128</sup> Vgl. Europäische Kommission (Hg.), Strategien für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010-2015, 24.

<sup>129</sup> Vgl. Europäische Kommission (Hg.), Strategien für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010-2015, 28.

<sup>130</sup> Vgl. Europäische Kommission (Hg.), Strategien für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010-2015, 30.

<sup>131</sup> Vgl. Europäische Kommission (Hg.), Strategien für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010-2015, 34.

<sup>132</sup> Vgl. Europäische Kommission (Hg.), Strategien für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010-2015, 36.

<sup>133</sup> Vgl. Beate Hoecker, Frauen und das institutionelle Europa. Politische Partizipation und Repräsentation im Geschlechtervergleich (Wiesbaden 2013), 86.

so manchen nationalen Regierungen und stieg bis heute auch kontinuierlich an.<sup>134</sup> Bei genauerer Betrachtung der Parlamentszusammensetzung zeigt sich, dass der Frauenanteil bei den Abgeordneten der einzelnen Fraktionen sehr unterschiedlich ist. Die Liberalen, die Sozialdemokraten und die Grünen haben im Vergleich einen überdurchschnittlich hohen Frauenanteil, wohingegen die Christdemokraten unterdurchschnittlich wenige Frauen im Parlament haben. Das verdeutlicht, dass die politische Richtung durchaus die Chancen weiblicher Parteimitglieder beeinflusst.<sup>135</sup> Die Ideologien der Parteien spielen bei der politischen Repräsentation von Frauen eine wichtige Rolle, da beispielsweise linksgerichtete Parteien einen größeren Stellenwert auf Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellung legen und somit mehr Frauen ins Parlament wählen.<sup>136</sup>

Auch zwischen den Mitgliedsstaaten fällt die Repräsentation von Frauen unterschiedlich aus. Das frühere Nord-Süd-Gefälle – stärkere Repräsentation von Frauen im Norden, Unterrepräsentation im Süden – wurde mittlerweile abgelöst durch die Unterschiede zwischen den alten und den neuen Mitgliedsstaaten nach der Osterweiterung.<sup>137</sup>

Beim Europäischen Rat hingegen, da dieser sich unter anderem aus den Staats- und RegierungschefInnen der Mitgliedsländer zusammensetzt und diese nach wie vor zu einem Großteil männlich sind, sind Frauen stark unterrepräsentiert. Die erste Frau im Europäischen Rat war die britische Premierministerin Margaret Thatcher 1979.<sup>138</sup>

Der Ministerrat – Rat der Europäischen Union – besteht aus den jeweiligen nationalen Ministerinnen und Ministern der Mitgliedsstaaten. Je nachdem welche der zehn Ratsformationen – „Allgemeine Angelegenheiten“, „Auswärtige Angelegenheiten“, „Wirtschaft und Finanzen“, „Justiz und Inneres“, „Beschäftigung, Sozialpolitik, Verbraucherschutz, Gesundheit“, „Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Forschung, Industrie)“, „Verkehr, Telekommunikation, Energie“, „Landwirtschaft und Fischerei“, „Umwelt“, „Bildung, Jugend und Kultur“ – tagt, sind mal mehr, mal weniger Frauen vertreten.<sup>139</sup> Der Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ beispielsweise besteht hauptsächlich aus Männern, da der Großteil der 28 EU-Staaten männliche Außenminister haben. Das bedeutet, dass der Frauenanteil beim Ministerrat erst dann größer wird, wenn die Mitgliedsstaaten eine höhere Repräsentation von Frauen auf nationaler Ebene erreicht haben.<sup>140</sup>

---

<sup>134</sup> Vgl. *Hoecker*, Frauen und das institutionelle Europa, 89.

<sup>135</sup> Vgl. *Hoecker*, Frauen und das institutionelle Europa, 94.

<sup>136</sup> Vgl. *Kantola*, Women's Political Representation in the European Union, 388.

<sup>137</sup> Vgl. *Hoecker*, Frauen und das institutionelle Europa, 95.

<sup>138</sup> Vgl. *Hoecker*, Frauen und das institutionelle Europa, 144f.

<sup>139</sup> Vgl. *Hoecker*, Frauen und das institutionelle Europa, 148.

<sup>140</sup> Vgl. *Hoecker*, Frauen und das institutionelle Europa, 149.

Die Europäische Kommission besteht ebenfalls aus 28 Personen – eine Vertreterin bzw. ein Vertreter aus jedem Mitgliedsland. Auch hier ist der Frauenanteil gering, bis 1989 lag der Anteil an weiblichen Kommissionsmitgliedern überhaupt bei 0 Prozent.<sup>141</sup> Auch hatte noch nie eine Frau das Amt als Präsidentin der Kommission inne und die Position der Vizepräsidentin wurde erst im Jahr 2004 mit einer Frau – mit der Schwedin Margot Wallström – besetzt.<sup>142</sup>

Der Gerichtshof der Europäischen Union hat zwar viel zur europäischen Integration und zur Durchsetzung der Gleichstellungspolitik beigetragen.<sup>143</sup> Dennoch ist auch hier der Großteil der Positionen mit Männern besetzt. Die erste Richterin wurde erst 1999 an den Gerichtshof berufen – derzeit gibt es fünf Richterinnen<sup>144</sup> –, eine weibliche Präsidentin des Europäischen Gerichtshofs gab es bisher nicht.<sup>145</sup>

Der 1977 gegründete Europäische Rechnungshof setzt sich aus 28 Personen zusammen, die jeweils eine fachlich geeignete Vertretung eines Mitgliedslandes darstellen. Der Frauenanteil ist sehr gering. So lag er beispielsweise 2010 bei nur 11 Prozent<sup>146</sup>, und auch aktuell sind lediglich vier Frauen Mitglied des Rechnungshofes.<sup>147</sup> Auch eine weibliche Präsidentin des Rechnungshofes wurde bis dato noch nicht ernannt.<sup>148</sup>

Dieser kurze Abschnitt zeigt, dass die Europäische Union zwar eine Vorbildfunktion bei der Durchsetzung von Gleichstellungsmaßnahmen innehaben sollte, die Umsetzung der vorgeschlagenen Strategien innerhalb der EU-Organe selbst allerdings bisher nicht in allen Bereichen funktionierte.

---

<sup>141</sup> Vgl. *Hoecker*, Frauen und das institutionelle Europa, 157.

<sup>142</sup> Vgl. *Hoecker*, Frauen und das institutionelle Europa, 158.

<sup>143</sup> Vgl. *Hoecker*, Frauen und das institutionelle Europa, 167.

<sup>144</sup> Europäischer Gerichtshof, Vorstellung der Mitglieder. [http://curia.europa.eu/jcms/jcms/Jo2\\_7026/](http://curia.europa.eu/jcms/jcms/Jo2_7026/) (letzter Zugriff am 8.8.2016).

<sup>145</sup> Vgl. *Hoecker*, Frauen und das institutionelle Europa, 168.

<sup>146</sup> Vgl. *Hoecker*, Frauen und das institutionelle Europa, 174.

<sup>147</sup> Europäischer Rechnungshof, Mitglieder. <http://www.eca.europa.eu/de/Pages/OrganizationChartList.aspx> (letzter Zugriff am 2.8.2016).

<sup>148</sup> Vgl. *Hoecker*, Frauen und das institutionelle Europa, 174.



### 3. Friedensaktivistinnen

„Frauen sind auch nicht die besseren oder friedlicheren Menschen. Aber sie haben aufgrund der ihnen zugeschriebenen sozialen Rollen eine größere Distanz zu Militär, Krieg, Macht und Gewalt. In praktisch allen Konflikten arbeiten Friedensfrauen über nationale, ethnische und religiöse „Feindeslinien“ hinweg zusammen. Studien zeigen: Sie zu unterstützen, bedeutet, Friedensprozesse nachhaltig und effektiv zu gestalten.“<sup>149</sup>

Die Annahme, Frauen seien das friedliebendere, friedlichere Geschlecht und Männer seien gewaltbereiter, ist nach wie vor zum Teil verbreitet.<sup>150</sup> Diese geschlechtsspezifisch konnotierte Auffassung begründet sich in traditionellen Stereotypen, die Frauen meist als Mütter, Ernährerinnen und „natürliche Friedensstifterinnen“ bezeichneten.<sup>151</sup> Durch die Rolle, die sie dadurch in der Familie innehatten, wurden sie automatisch als friedfertiger betrachtet. Die Ansicht, pazifistische Einstellungen würden durch das vermehrte Mitspracherecht von Frauen die Politik im positiven Sinne beeinflussen, wurde auch von einer Vielzahl von Frauenrechtlerinnen im 20. Jahrhundert vertreten.<sup>152</sup> Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann, zwei maßgeblich an der Gründung der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“ beteiligte Frauen, sahen dies in einer angeblichen Wesensungleichheit von Frauen und Männern begründet<sup>153</sup>: „Dem männlichen Prinzip, dem Grundsatz der Gewalt, des Kampfes aller gegen alle, stehe das weibliche Prinzip der gegenseitigen Solidarität, der Güte, des Verstehens gegenüber.“<sup>154</sup> Diese Ansichten blieben teilweise bis in die 1980er Jahre hinein innerhalb der Frauenfriedensbewegung aufrecht.<sup>155</sup> Es wurde davon ausgegangen, dass Gewalt, Krieg und Militarismus als „bleibende Eigenschaften einer patriarchalen Gesellschaft anzusehen sind, die patriarchale Werte

---

<sup>149</sup> IFFF – Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Pressemitteilung des Frauensicherheitsrates: Deutschland soll sich im UN-Sicherheitsrat für Menschenrechte und UN-Resolution 1325 einsetzen. <http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/pressemitteilung-des-frauensicherheitsrates.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).

<sup>150</sup> Vgl. Franziska Dunkel, Die Waffen nieder? Frauen und Frieden – Zuschreibungen, Klischees und Klärungen. In: Franziska Dunkel, Corinna Schneider (Hg.), Frauen und Frieden? Zuschreibungen – Kämpfe – Verhinderungen (Berlin/Toronto 2015), 24.

<sup>151</sup> Vgl. Amira Gelblum, Feminism and Pacifism: The case of Anita Augspurg and Lida Gustava Heymann. In: Shulamit Volkov, Frank Stern (Hg.), Neuere Frauengeschichte (Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte Bd. 21, Gerlingen 1992), 207.

<sup>152</sup> Vgl. Gelblum, Feminism and Pacifism: The case of Anita Augspurg and Lida Gustava Heymann, 207.

<sup>153</sup> Vgl. Dunkel, Die Waffen nieder?, 25.

<sup>154</sup> Dunkel, Die Waffen nieder?, 25.

<sup>155</sup> Vgl. Dunkel, Die Waffen nieder?, 25.

widerspiegelt, somit friedensbedrohende Potentiale [...] aufs neue produziert.“<sup>156</sup> Diese Auffassung äußerte sich auch darin, dass es zwar eine Frauenfriedensbewegung gibt, aber keine entsprechende reine Männerfriedensbewegung.<sup>157</sup> Diese Ansicht sollte jedoch, aufgrund der pauschalisierten Gleichsetzung von Patriarchat und Gewalt auf der einen, sowie der automatischen Gewaltlosigkeit einer nichtpatriarchalen Gesellschaft auf der anderen Seite, kritisch betrachtet werden.<sup>158</sup>

### 3.1 Exkurs: Europäische Nichtregierungsorganisationen

In diesem Abschnitt sollen, da es sich bei der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“ um eine NGO handelt, folgende Punkte geklärt werden: Was sind NGOs, wie können sie definiert werden und welche Handlungsmöglichkeiten haben sie auf europäischer Ebene bzw. in der Weltpolitik?

Die Bezeichnung NGO tauchte zum ersten Mal in der UN-Charta von 1945 auf, doch noch ohne genaue Definition. Erst 1950 wurde eine NGO als eine „international organization which is not established by an inter-governmental agreement“<sup>159</sup> definiert. 1968 wurde die Definition erweitert, so dass auch Regierungsbehörden Mitglied einer NGO sein konnten, vorausgesetzt, der freie Meinungs Austausch würde dadurch nicht beeinträchtigt.<sup>160</sup> Diese relativ ungenaue Definierung von NGOs bringt eine große Heterogenität mit sich. NGOs konnten gewerkschaftliche oder kirchlich-karitative Vereinigungen sein, es fielen aber auch politische Organisationen, industrielle Lobbyorganisationen, wissenschaftliche Institute oder auch Menschenrechts-, Entwicklungs- und Umweltorganisationen darunter. Das einzige verbindende Merkmal war die Nichtstaatlichkeit, zusätzlich kam es zur Unterscheidung zwischen NGOs, die auf Gewinn ausgerichtet waren und solchen, die als „non-profit-making“ bezeichnet werden.<sup>161</sup> Die aktuelle UNO-Definition und Aufgabenbeschreibung von NGOs, wie sie auch in dieser Arbeit verwendet wird, lautet:

---

<sup>156</sup> Annette Kuhn, Feminismus, Frauengeschichte und historische Friedensforschung. In: Bernhard Moltmann (Hg), Perspektiven der Friedensforschung (Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V. Bd. XV, Baden-Baden 1988), 177.

<sup>157</sup> Vgl. Dunkel, Die Waffen nieder?, 27.

<sup>158</sup> Vgl. Kuhn, Feminismus, Frauengeschichte und historische Friedensforschung, 178.

<sup>159</sup> Florian T. Furtak, Internationale Organisationen. Staatliche und nichtstaatliche Organisationen in der Weltpolitik (Wiesbaden 2015), 13.

<sup>160</sup> Vgl. Furtak, Internationale Organisationen, 13.

<sup>161</sup> Vgl. Furtak, Internationale Organisationen, 14.

„Eine Nichtregierungsorganisation (NGOs) ist eine nicht gewinnorientierte Organisation von Bürgern, die lokal, national oder international tätig sein kann. Auf ein bestimmtes Ziel hin ausgerichtet, versuchen NGOs, eine Vielzahl von Leistungen und humanitären Aufgaben wahrzunehmen, Bürgeranliegen bei Regierungen vorzubringen und die politische Landschaft zu beobachten.

NGOs stellen Analysen und Sachverstand zur Verfügung und helfen, internationale Übereinkünfte zu beobachten und umzusetzen.“<sup>162</sup>

Wichtig für die Beurteilung, ob es sich bei Organisationen um NGOs handelt, sind unter anderem folgende Punkte: Die Vereinigung muss eine feste Organisationsstruktur besitzen und unabhängig von Staaten bzw. Regierungen agieren. Der Organisation darf keine Gewinnabsicht zugrunde liegen und das Engagement muss am Gemeinwohl orientiert sein.<sup>163</sup> Diese Merkmale treffen vollständig auf die „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“ zu, somit kann diese Vereinigung als NGO bezeichnet werden.

NGOs haben vor allem in den Bereichen Umweltschutz, Entwicklungs- und humanitäre Hilfe, Friedenswahrung, Menschen- und Frauenrechte und bei der Bekämpfung von Massenarmut eine große Reichweite.<sup>164</sup> Nichtregierungsorganisationen zeichnen sich aus durch teils unkonventionelle Lösungsansätze globaler Probleme, große Sachkompetenz und einen Zugang zu den Bürgerinnen und Bürgern, der den Regierungen oftmals nicht möglich wäre.<sup>165</sup> Bei den UNO-Weltkonferenzen agieren NGOs als Beobachter, Kritiker, Teilnehmer oder Veranstalter von Parallelkonferenzen. Die UN-Menschenrechtskonferenz in Wien im Jahre 1993, die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 oder die Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 beispielsweise zeigen die umfassenden teilnehmenden Aktivitäten von NGOs.<sup>166</sup> Durch ihre Flexibilität und die unbürokratische Arbeitsweise genießen viele NGOs großes Ansehen und Akzeptanz sowohl bei den Regierungen als auch innerhalb der Bevölkerung, teilweise werden sie als unverzichtbar wahrgenommen. Es lassen sich zudem drei unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten von NGOs feststellen: zum einen können NGOs als „Instrumente zur Unterstützung staatlicher Problembearbeitung“<sup>167</sup> fungieren, zum anderen

---

<sup>162</sup> Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und die Vereinten Nationen, <http://www.unric.org/de/aufbau-der-uno/85> (letzter Zugriff am 18.6.2016).

<sup>163</sup> Vgl. Furtak, Internationale Organisationen, 15.

<sup>164</sup> Vgl. Furtak, Internationale Organisationen, 17.

<sup>165</sup> Vgl. Furtak, Internationale Organisationen, 17.

<sup>166</sup> Vgl. Furtak, Internationale Organisationen, 18.

<sup>167</sup> Furtak, Internationale Organisationen, 20.

haben sie auch die Möglichkeit, ihre eigene Agenda in die (Welt)Politik einzubringen.<sup>168</sup> Drittens können NGOs auch als „Katalysatoren zur Demokratisierung bzw. Steigerung der Legitimität staatlichen Regierens“<sup>169</sup> eingesetzt werden. Insbesondere die EU versucht aufgrund ihres Demokratiedefizits und des daraus folgenden sinkenden Ansehens bei den europäischen Bürgerinnen und Bürgern durch das Miteinbeziehen von NGOs „die Qualität von Entscheidungen und damit die Chance demokratische Legitimität sichernden effizienten Regierens zu verbessern.“<sup>170</sup>

NGOs bilden eine gute Plattform für die Anliegen von Frauen in der Friedenspolitik. Frauen sind in NGOs stark vertreten, da sie sich hier gut vernetzen können. Durch den anerkannten Beraterstatus bei den Vereinten Nationen und die Tatsache, dass die Europäische Union eine Zusammenarbeit mit NGOs forciert, erlangen ihre Themen politische Relevanz auch auf Europa-Ebene und es werden neue Handlungsmöglichkeiten eröffnet.

### **3.2 Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit**

Die „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“ (IFFF)/„Women’s International League for Peace and Freedom“ (WILPF), eine internationale Nichtregierungsorganisation, setzt sich heute aus nationalen Sektionen in 33 Ländern auf jedem Kontinent zusammen.<sup>171</sup> Sie besitzt Beraterstatus bei den Vereinten Nationen und befasst sich vor allem mit den Bereichen Abrüstung, Menschenrechte und Frauen als Friedensschaffende. Das oberste Organ der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“ ist der bis heute alle drei Jahre stattfindende Internationale Kongress, der den Teilnehmerinnen zum Austausch sowie zur Festlegung der Schwerpunkte ihrer politischen Arbeit dient. Auf diesem Kongress wird auch der Internationale Vorstand gewählt, der gemeinsam mit jeweils einer Vertreterin der nationalen Sektionen das Exekutivkomitee bildet.<sup>172</sup> Zu den wichtigsten Zielen der IFFF zählen unter anderem die Schaffung und Sicherung von Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit sowie die Gleichberechtigung aller Menschen durch Abschaffung jeglicher Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Herkunft oder Religion. Auch die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und gleichberechtigter Zugang zu Ressourcen sind angestrebte Ziele. Nicht zuletzt engagiert sich die IFFF vor allem für

---

<sup>168</sup> Vgl. *Furtak*, Internationale Organisationen, 20.

<sup>169</sup> *Furtak*, Internationale Organisationen, 20.

<sup>170</sup> *Furtak*, Internationale Organisationen, 19.

<sup>171</sup> National Sections, Women’s International League for Peace and Freedom 2014, <http://wilpf.org/wilpf/sections/> (letzter Zugriff am 4.5.2016).

<sup>172</sup> Vgl. *Schuchard*, Frauen. Freiheit. Frieden, 40.

weltweite Abrüstung, den Stopp des Waffenhandels und die Stärkung der Vereinten Nationen.<sup>173</sup>

Das folgende Kapitel verschafft einen Überblick über die Gründungsmotivation, die verfolgten Ziele, sowie wichtige Aktivistinnen, die einen großen Einfluss hinterließen. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf der Geschichte der deutschen Sektion, da auch die anschließende Inhaltsanalyse sich auf Material der IFFF Deutschland konzentriert.

### 3.2.1 „Erster Internationaler Frauenfriedenskongress“ 1915

Bereits zur Jahrhundertwende verband die deutsche Frauenrechtlerin Anita Augspurg emanzipatorische und pazifistische Forderungen. Dadurch ordnete sie sich dem radikalen Flügel der bürgerlichen deutschen Frauenbewegung zu. Die radikale Frauenbewegung, organisiert unter einem eigenen Dachverband – „Verband fortschrittlicher Frauenvereine“ –, setzte sich vor allem für den Kampf für das Frauenwahlrecht sowie für die Aufhebung der Benachteiligung von Frauen ein.<sup>174</sup>

Bereits 1888 schlossen sich erste Frauenorganisationen unterschiedlicher Länder zusammen, um stärkere Positionen einnehmen zu können. Sieben verschiedene Nationen – Frankreich, Großbritannien, Indien, Kanada, Finnland, Norwegen und die USA – vereinten sich unter einem internationalen Dachverband, dem „International Council of Women“ in Washington. Deutsche Frauenrechtlerinnen traten erst 1894 bei, zusammengeslossen im „Bund deutscher Frauenvereine“. Trotz des Zusammenschlusses traten nicht alle Frauenrechtlerinnen in gleichem Maße für dieselben Forderungen ein. Die gemäßigten Positionen waren merklich stärker vertreten, wohingegen der radikale Part rund um Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann, der sich neben der Stärkung staatsbürgerlicher Rechte für Frauen auch für die Friedenssicherung und Friedensvermittlung einsetzte, in der Minderheit war.<sup>175</sup>

1899 wurde eine internationale Friedenskonferenz in Den Haag veranstaltet, an der mit Bertha von Suttner jedoch nur eine Frau teilnehmen konnte.<sup>176</sup> Wegen des Ausschlusses

---

<sup>173</sup> Vgl. *Meinzolt*, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF)/Women's International League for Peace and Freedom (WILPF) und der Frauensicherheitsrat in Deutschland/FSR, 186.

<sup>174</sup> Vgl. *Brigitte Schuchard*, Frauen. Freiheit. Frieden. 100 Jahre Women's International League for Peace and Freedom WILPF/Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit IFFF. Jubiläumsschrift unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte der deutschen Sektion (Berlin 2015), 12.

<sup>175</sup> Vgl. *Schuchard*, Frauen. Freiheit. Frieden, 13.

<sup>176</sup> Vgl. *Nicola Hille*, Frauen Europas, wann erschallt Euer Ruf? Entwicklungslinien der deutschen Frauenfriedensbewegung bis 1933. In: *Franziska Dunkel*, *Corinna Schneider* (Hg.), Frauen und Frieden? Zuschreibungen – Kämpfe – Verhinderungen (Berlin/Toronto 2015), 41.

aufgrund ihres Geschlechts organisierten Aktivistinnen der Frauenfriedensbewegung erste große Aktionen, um den Haager Friedenskongress von außen zu unterstützen. So gab es beispielsweise im Mai 1899 parallel zum Kongress die „Erste Internationale Friedenskundgebung“ von Frauen.<sup>177</sup> Im Zuge der Haager Friedenskonferenz wurde um 1900 auch die deutsche Frauenfriedensbewegung gegründet, deren Mitglieder vor allem dem radikalen Teil der bürgerlichen Frauenbewegung angehörten.<sup>178</sup> Bertha von Suttners Engagement konzentrierte sich vornehmlich auf rein pazifistische Themen, wie zum Beispiel die Einrichtung eines internationalen Schiedsgerichts und einen sofortigen Rüstungsstopp.<sup>179</sup> Die Teilnehmerinnen des „Ersten Internationalen Frauenfrieden-kongresses“ 1915 in Den Haag hingegen sahen Feminismus und Pazifismus als untrennbar verknüpft.<sup>180</sup> Auch die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, die sich primär für das Frauenwahlrecht einsetzten, verbanden nun frauenpolitische mit pazifistischen Forderungen.<sup>181</sup>

Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann verweigerten bereits ab Beginn des Ersten Weltkrieges jegliche kriegsunterstützenden Arbeiten und hielten auch andere Frauen dazu an, keine Hilfsdienste zu übernehmen, die einen Beitrag für den Krieg leisten würden, wie zum Beispiel Mithilfe in der Rüstungsindustrie oder Arbeiten in Militärlazaretten. Um eine stärkere weltweite Vernetzung zu erzielen, intensivierten die Frauenrechtlerinnen ihre Kontakte zu internationalen Frauenbewegungen. Die gemeinsamen Forderungen beriefen sich auf eine ausgeprägte Verständigungspolitik und die totale Abrüstung.<sup>182</sup> Mittels Publikationen, wie zum Beispiel der von der deutschen Friedensaktivistin Minna Cauer herausgegebenen Zeitschrift „Die Frauenbewegung“ oder der „Jus Suffragii“ der „Internationalen Frauenstimmrechtsallianz“, wurden die Proteste der Pazifistinnen öffentlich gemacht.<sup>183</sup>

Anfang 1915 gab es die ersten Pläne für einen internationalen Frauenkongress.<sup>184</sup> Aletta Jacobs, eine niederländische Kinderärztin und Vizepräsidentin des „Weltbundes für Frauenstimmrecht“, versammelte Mitte Februar 1915 eine kleine Gruppe von Aktivistinnen aus Belgien, Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden, um den „Ersten Interna-

---

<sup>177</sup> Vgl. Hille, *Frauen Europas, wann erschallt Euer Ruf?*, 43.

<sup>178</sup> Vgl. Hille, *Frauen Europas, wann erschallt Euer Ruf?*, 42.

<sup>179</sup> Vgl. Monika Stocker-Meier, *Die Friedensbewegung und die Frauen*. In: *Neue Wege* 6/76/1982, 189.

<sup>180</sup> Vgl. Regina Braker, *Bertha von Suttner's Spiritual Daughters. The Feminist Pacifism of Anita Augspurg, Lida Gustava Heymann, and Helene Stöcker at the International Congress of Women at The Hague, 1915*. In: *Women's Studies International Forum*, Vol. 18, No. 2/1995, 106.

<sup>181</sup> Vgl. Schulz, *Sozialistische Frauenorganisationen, bürgerliche Frauenbewegung und der Erste Weltkrieg*, 668.

<sup>182</sup> Vgl. Schuchard, *Frauen. Freiheit. Frieden*, 24f.

<sup>183</sup> Vgl. Schuchard, *Frauen. Freiheit. Frieden*, 25.

<sup>184</sup> Vgl. Gisela Brinker-Gabler (Hg.), *Frauen gegen den Krieg* (Frankfurt/Main 1980), 170.

tionalen Frauenfriedenskongress“ zu planen.<sup>185</sup> Diese Frauen aus neutralen, aber auch aus kriegsführenden Nationen stellten ein Programm zusammen und beauftragten die holländischen Teilnehmerinnen mit der Bildung eines Komitees zur Vorbereitung des Kongresses. Einladungen zur Teilnahme erhielten neben Frauenorganisationen auch einzelne Frauen aus unterschiedlichsten Ländern.<sup>186</sup> Das Ziel war die sofortige Beendigung des Krieges, unter folgenden Bedingungen: zum einen die Verpflichtung zur friedlichen Bewältigung internationaler kriegerischer Auseinandersetzungen und zum anderen die Forderung nach dem Frauenwahlrecht und der politischen und rechtlichen Gleichstellung von Frauen.<sup>187</sup> Vor Beginn des Kongresses wurde beschlossen, die Kriegsschuldfrage nicht zum Thema der Tagung zu machen.<sup>188</sup> Die kriegsführenden Nationen reagierten mit Sondererlassen und Reisebeschränkungen, um die teilnehmenden Frauen an der Anreise zu hindern. Dies zeigt, dass die Anstrengungen der Friedensaktivistinnen durchaus ernst genommen wurden.<sup>189</sup> Dennoch konnten sich schlussendlich 1136 Delegierte vom 28. April bis zum 1. Mai 1915 in Den Haag versammeln. Die Teilnehmerinnen repräsentierten über 150 Frauenorganisationen, ebenso waren mehr als 300 Besucherinnen und Besucher sowie Journalistinnen und Journalisten anwesend.<sup>190</sup> Das Resultat des Kongresses waren 20 Beschlüsse<sup>191</sup>, die, wie von der österreichisch-ungarischen Publizistin Rosika Schwimmer vorgeschlagen, an die Regierungen der kriegsführenden Länder übermittelt werden sollten. Bereits im Mai und Juni 1915 reisten zwei Delegationen in vierzehn Länder, um die Resolutionen zu überbringen.<sup>192</sup> Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann widersetzten sich dem Publikationsverbot und veröffentlichten die Beschlüsse der Frauenfriedenskonferenz in Deutschland.<sup>193</sup> Trotz der eher negativen Reaktionen von vor allem der deutschen Presse hatten die Friedensaktivistinnen Erfolg – teilweise wortwörtlich flossen diese Forderungen in die 14-Punkte-Friedensvorschläge des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson ein.<sup>194</sup> Unter den Beschlüssen fanden sich Vorschläge für einen dau-

<sup>185</sup> Vgl. *Schuchard*, Frauen. Freiheit. Frieden, 25.

<sup>186</sup> Vgl. *Brinker-Gabler* (Hg.), Frauen gegen den Krieg, 170f.

<sup>187</sup> Vgl. *Schuchard*, Frauen. Freiheit. Frieden, 25f.

<sup>188</sup> Vgl. Lothar *Wieland*, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF). In: Helmut *Donat*, Karl *Holl* (Hg.), Die Friedensbewegung. Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz (Hermes Handlexikon, Düsseldorf 1983), 195.

<sup>189</sup> Vgl. *Schuchard*, Frauen. Freiheit. Frieden, 26.

<sup>190</sup> Vgl. *Schuchard*, Frauen. Freiheit. Frieden, 27.

<sup>191</sup> Teile des genauen Wortlauts finden sich im Anhang auf den Seiten 100 bis 105.

<sup>192</sup> Vgl. *Schuchard*, Frauen. Freiheit. Frieden, 28f.

<sup>193</sup> Vgl. Hiltrud *Schroeder*, „Übermächtig war das Gefühl, daß wir vereint sein müssen“. Anita Augspurg (1857-1943) und Lida Gustava Heymann (1868-1943). In: Joey *Horsley*, Luise F. *Pusch* (Hg.), Berühmte Frauenpaare (Frankfurt am Main 2004), 122.

<sup>194</sup> Vgl. *Schuchard*, Frauen. Freiheit. Frieden, 28f.

ernden Frieden, wie zum Beispiel das Selbstbestimmungsrecht der Völker, demokratische Strukturen mit politischen Rechten für Frauen, ein internationaler Schiedsgerichtshof, Abrüstung und internationale Handelsfreiheit.<sup>195</sup>

Für die Koordination zukünftiger Vorhaben beschlossen die Teilnehmerinnen des Kongresses, länderübergreifend und unter der Leitung von Aletta Jacobs und der Amerikanerin Jane Addams das „Internationale Komitee für den dauernden Frieden“ zu gründen. In den einzelnen Ländern sollten sich die Aktivistinnen zu „Nationalen Frauenausschüssen für dauernden Frieden“ zusammenschließen.<sup>196</sup> Der Anspruch der IFFF auf Internationalität stand jedoch im Gegensatz zu ebendieser Organisationsstruktur in nationale Sektionen und führte vereinzelt zu Interessenskonflikten, denn die Mitglieder wurden trotz internationaler Ausrichtung als Vertreterinnen ihrer jeweiligen Länder betrachtet.<sup>197</sup> Dennoch war die internationale Ausrichtung ein essentielles Merkmal der Vereinigung. Die Mitglieder vertraten die Ansicht, dass Feministinnen bzw. Friedensaktivistinnen international kooperieren mussten, da sie die gleichen Probleme teilten und eine starke Vernetzung und internationale Zusammenarbeit den Frieden fördern würde.<sup>198</sup>

Der Sitz der Organisation wurde nach der Beendigung des Ersten Weltkrieges von Den Haag nach Genf verlegt<sup>199</sup>, um nahe am Völkerbund zu sein und somit im Zentrum internationaler Politik aktiv werden zu können.<sup>200</sup> Der Völkerbund, geschaffen mit dem Ziel der Lösung internationaler Konflikte auf diplomatischem Weg, entsprach den Vorstellungen der Friedensaktivistinnen.<sup>201</sup> Im selben Jahr benannte sich das „Internationale Frauenkomitee für dauernden Frieden“ in „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“ um.<sup>202</sup>

### **3.2.2 „Zweiter Internationaler Frauenfriedenskongress“ 1919**

Das in der Gründungsgeschichte der IFFF zweite wichtige Ereignis war der 1919 stattfindende „Zweite Internationale Frauenfriedenskongress“ in Zürich. Der ursprüngliche Plan der Organisatorinnen, den Kongress zur gleichen Zeit am Ort der offiziellen internationa-

---

<sup>195</sup> Vgl. *Schulz*, Sozialistische Frauenorganisationen, bürgerliche Frauenbewegung und der Erste Weltkrieg, 670.

<sup>196</sup> Vgl. *Schuchard*, Frauen. Freiheit. Frieden, 28.

<sup>197</sup> Vgl. *Oesch*, Yella Hertzka (1873-1948), 102.

<sup>198</sup> Vgl. *Gelblum*, Feminism and Pacifism: The case of Anita Augspurg and Lida Gustava Heymann, 215.

<sup>199</sup> Vgl. *Hille*, Frauen Europas, wann erschallt Euer Ruf?, 51.

<sup>200</sup> Vgl. *Oesch*, Yella Hertzka (1873-1948), 104.

<sup>201</sup> Vgl. *Schuchard*, Frauen. Freiheit. Frieden, 39.

<sup>202</sup> Vgl. *Hille*, Frauen Europas, wann erschallt Euer Ruf?, 46.



len Friedensverhandlungen abzuhalten<sup>203</sup>, scheiterte daran, dass sich, entgegen ihrer Annahmen, ausschließlich die Siegermächte in Versailles trafen. Die deutschen Teilnehmerinnen hätten keine Einreiseerlaubnis nach Frankreich bekommen, so wurde Zürich vom 12. bis 19. Mai 1919 zum neutralen Ausweichquartier. Kurz vor Beginn des Kongresses wurden die Inhalte des Friedensvertrags bekannt, die bei den Friedensaktivistinnen auf Ablehnung stießen. Eine fünfköpfige Gruppe wurde aus Zürich nach Versailles geschickt, um eine Protestnote gegen die sogenannten „Diktatbestimmungen“ zu überbringen<sup>204</sup>, die von den Aktivistinnen als „Saat zukünftiger Feindseligkeit und eines zukünftigen Krieges“<sup>205</sup> eingestuft wurden.

Auf dem „Zweiten Internationalen Frauenfriedenskongress“ wurden schließlich eine Konstitution und ein Programm entwickelt, um den Status einer ständigen internationalen Fraueninstitution behalten zu können. Teil davon war, wie bereits erwähnt, die Umbenennung in „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“ bzw. „Women’s International League for Peace and Freedom“. Dadurch wurden die zwei bedeutendsten Ziele der Frauenvereinigung im Namen verankert – Frieden und Freiheit. Die Teilnehmerinnen dieses Kongresses machten es sich zur Aufgabe, sich jeglichen Maßnahmen, die als kriegsunterstützend bewertet werden konnten, mit Widerstand entgegen zu stellen.<sup>206</sup>

### 3.2.3 Die deutsche Sektion der IFFF

Der deutsche Zweig der IFFF, 1919 von Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann in Frankfurt am Main gegründet<sup>207</sup>, war bis 1933 die einzige Frauenfriedensorganisation Deutschlands. Daneben engagierten sich Friedensaktivistinnen teilweise aber auch in gemischtgeschlechtlichen Friedensorganisationen. Zur Gründung des deutschen Zweigs der IFFF schlossen sich der „Deutsche Verband für Frauenstimmrecht“ und der „Nationale Frauenausschuss für Frieden“ im Juni 1919 zusammen.<sup>208</sup>

---

<sup>203</sup> Siehe Anhang Seiten 106 und 107 unter Punkt VII. Durchführung der Beschlüsse – 19. Die Frauen beim Friedensschluss.

<sup>204</sup> Vgl. *Schuchard*, Frauen. Freiheit. Frieden, 39.

<sup>205</sup> *Schuchard*, Frauen. Freiheit. Frieden, 39.

<sup>206</sup> Vgl. *Schuchard*, Frauen. Freiheit. Frieden, 38.

<sup>207</sup> Vgl. Barbara *Günther*, Cornelia *Wenzel*, Ungehobene Schätze – Die Frauenfriedensbewegung im Archiv. In: Franziska *Dunkel*, Corinna *Schneider* (Hg.), Frauen und Frieden? Zuschreibungen – Kämpfe – Verhinderungen (Berlin/Toronto 2015), 151.

<sup>208</sup> Vgl. *Schuchard*, Frauen. Freiheit. Frieden, 41.

Die IFFF Deutschland hatte in der Weimarer Republik ihren Sitz in München unter der Leitung von Anita Augspurg.<sup>209</sup> Trotz erstarkender rechtsradikaler und militaristischer Bewegungen verbreiteten sich die Vorstellung einer friedlichen Lösung internationaler Auseinandersetzungen sowie die Forderung nach politischer Gleichberechtigung von Frauen und sozialer Gerechtigkeit durch die Neugründung von Ortsgruppen in unterschiedlichen deutschen Städten.<sup>210</sup> Der deutsche Zweig der IFFF untergliederte sich in verschiedene lokale, von der Zentralstelle unabhängige Gruppen, die jedoch durch die von Augspurg und Heymann herausgegebene Zeitschrift „Die Frau im Staat“ zusammengehalten wurden.<sup>211</sup> München wurde zum Zentrum der deutschen Sektion, aber gleichzeitig versammelten sich in der Stadt auch nationalistische und antidemokratische Strömungen.<sup>212</sup> Bereits in den 1920er Jahren wurden Sitzungen der IFFF in München von nationalsozialistischen Störtrupps zum Teil sehr aggressiv und brutal unterbrochen. Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann verlangten daraufhin – erfolglos – die Ausweisung Hitlers aus Bayern. Im Zuge des gescheiterten nationalsozialistischen Putschversuchs 1923 kamen Listen an die Öffentlichkeit, die alle nach der geplanten Machtergreifung zu liquidierenden Namen beinhalteten – unter anderem die Namen von Anita Augspurg und Lida Heymann. Diese vom Nationalsozialismus ausgehende Gefahr veranlasste Augspurg und Heymann dazu, nach der Ernennung Hitlers zum Reichkanzler 1933 nicht mehr in Deutschland zu leben.<sup>213</sup> Die darauffolgende Auflösung der Friedensorganisationen durch die Nationalsozialisten trieb viele Aktivistinnen aufgrund von Verfolgung ins Exil, wo sie ihre politischen Aktivitäten teilweise fortsetzten.<sup>214</sup> Die IFFF war eine der ersten Organisationen, die von den Nationalsozialisten verboten wurde.<sup>215</sup> Trotz vieler Versuche, auch vom Ausland aus gegen die Nationalsozialisten Stellung zu beziehen und weiter für den Frieden zu kämpfen, scheiterten die Aktivistinnen. Ab Kriegsbeginn 1939 wurde die Aufrechterhaltung der internationalen Kontakte zwischen den einzelnen Friedensfrauen immer schwieriger.<sup>216</sup>

Der Wiederaufbau der deutschen IFFF-Sektion nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges begann bereits im November 1945 in Hamburg. Die massive Zäsur, die auch die Frie-

<sup>209</sup> Vgl. *Hille*, Frauen Europas, wann erschallt Euer Ruf?, 47.

<sup>210</sup> Vgl. *Schuchard*, Frauen. Freiheit. Frieden, 41.

<sup>211</sup> Vgl. *Wieland*, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF), 196.

<sup>212</sup> Vgl. *Schuchard*, Frauen. Freiheit. Frieden, 42.

<sup>213</sup> Vgl. *Schroeder*, „Übermächtig war das Gefühl, daß wir vereint sein müssen“, 124.

<sup>214</sup> Vgl. *Davy*, Pacifist Thought and Gender Ideology in the Political Biographies of Women Peace Activists in Germany, 36.

<sup>215</sup> Vgl. *Schuchard*, Frauen. Freiheit. Frieden, 56.

<sup>216</sup> Vgl. *Schuchard*, Frauen. Freiheit. Frieden, 59.

densfrauen durch den Zweiten Weltkrieg erfahren hatten, brachte neue Herausforderungen mit sich. Durch die Verschärfung des Ost-West-Konfliktes und veränderte gesellschafts- und weltpolitische Voraussetzungen wurden die Aktivistinnen der IFFF mit neuen Aufgaben konfrontiert. Dennoch führten diese einschneidenden Veränderungen nicht zu einer Spaltung der IFFF.<sup>217</sup> In allen vier Besatzungszonen wurde begonnen, Frauenfriedensgruppen aufzubauen und es entstanden, neben der IFFF, noch weitere Organisationen, wie zum Beispiel der „Demokratische Frauenbund Deutschlands“ (DFD).<sup>218</sup> Insgesamt gab es bis 1948 wieder 17 kleine Ortsgruppen in der amerikanischen sowie der britischen Besatzungszone. Die einzige Ortsgruppe in der französischen Zone konnte sich, ebenso wie die Gruppen in der sowjetischen Zone, jedoch nur kurz halten.<sup>219</sup> Die Spaltung Deutschlands reduzierte schließlich die Arbeit der Frauenliga auf den westdeutschen Teil.<sup>220</sup> Der Einfluss des deutschen Zweigs der IFFF war nicht mehr so groß wie in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg. Nur zwei deutsche Aktivistinnen nahmen bis in die 1970er Jahre lediglich als beratende Mitglieder an den internationalen Sitzungen des Vorstandes teil.<sup>221</sup>

Die folgenden Punkte gelten als die zentralen Ziele auf der Agenda der deutschen Sektion der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“:

- „Zusammenleben in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit – ohne Ausbeutung, Benachteiligung, Unterdrückung und Krieg
- Gleichberechtigte Beteiligung von Frauen am politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben, d.h. auch an Verhandlungen zur friedlichen Konfliktbeilegung und am Demokratieaufbau im Sinne der UN-Resolution 1325
- Überwindung der Ursachen von Gewalt und Krieg durch Stärkung von Konfliktprävention
- Weltweite Abrüstung und zivile Konfliktlösungen
- Stärkung der Vereinten Nationen in ihrem ursprünglichen Sinn der Völkerverständigung, der Friedensförderung und des internationalen Rechts
- Stärkung der Menschenrechte, insbesondere der Frauenrechte

<sup>217</sup> Vgl. *Schuchard*, Frauen. Freiheit. Frieden, 62.

<sup>218</sup> Vgl. *Günther, Wenzel*, Ungehobene Schätze – Die Frauenfriedensbewegung im Archiv, 148.

<sup>219</sup> Vgl. *Schuchard*, Frauen. Freiheit. Frieden, 66.

<sup>220</sup> Vgl. *Schuchard*, Frauen. Freiheit. Frieden, 67.

<sup>221</sup> Vgl. *Schuchard*, Frauen. Freiheit. Frieden, 66.

- Gleichberechtigter Zugang zu Ressourcen und die Abschaffung jeglicher Diskriminierungen, etwa auf Grund des Geschlechts, der Herkunft oder der Religion
- Unterstützung von IFFF-Sektionen in Konfliktgebieten<sup>222</sup>

Die Vereinten Nationen, gegründet im Oktober 1945 als Nachfolgeorganisation des Völkerbundes, wurden in den Jahren nach dem Krieg zur wichtigsten Plattform für die IFFF. Gemeinsam mit anderen Frauenorganisationen brachte die Frauenliga die UN dazu, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern als Grundrecht in einem Völkerrechtsvertrag festzulegen.<sup>223</sup> Die IFFF sicherte der UN, als Hoffnung auf ein wirksames Instrument der Friedenssicherung, ihre Unterstützung zu. Die Beschlüsse des Friedenskongresses in Den Haag von 1915 wurden erneut veröffentlicht: sie flossen 1945 in die Formulierungen der UN-Charta und 1948 in die Deklaration der Menschenrechte mit ein. Durch den Beraterstatus, den Nichtregierungsorganisationen seit 1948 einnehmen konnten, wurde es den Friedensaktivistinnen ermöglicht, sich stärker in die Weltpolitik miteinzubringen.<sup>224</sup> Dies waren wichtige Schritte für eine stärkere Repräsentation von Frauen in der Politik.

### 3.2.4 Europäische Koordination

Der Austausch zwischen den europäischen Sektionen der IFFF wird stark gefördert. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts finden neben den internationalen Kongressen auch kleinere Regionaltreffen statt, um die Mitglieder über Aktivitäten, Strategien und Bündnisse zu informieren. Dabei wird der Fokus vor allem auf Europa gelegt.<sup>225</sup> Gemeinsam werden Workshops auf allen europäischen Sozialforen sowie sogenannte Europatreffen veranstaltet, um die Vernetzung und den Austausch zu stärken.<sup>226</sup> Auf den Europatreffen werden regelmäßig aktuelle Inhalte der Europapolitik angesprochen, zum Beispiel stand 2011 in Brüssel das Thema „Migration“ mit dem Schwerpunkt „Mittelmeerraum/Festung Europa/Grenzabwehr“<sup>227</sup> auf der Tagesordnung.

Die Europa-Koordinatorin Heidi Meinzolt verstärkte in den letzten Jahren die Zusammenarbeit der europäischen Sektionen inner- und außerhalb der Europäischen Union, um

<sup>222</sup> Irmgard Heilberger, Barbara Lochbihler (Hg.), *Frau Macht Veränderung. 15 Jahre Pekinger Weltfrauenkonferenz – 15 Jahre Frauenfriedenszug: Bilanz und Perspektiven* (Brüssel/Berlin 2010), 147.

<sup>223</sup> Vgl. Schuchard, *Frauen. Freiheit. Frieden*, 63.

<sup>224</sup> Vgl. Schuchard, *Frauen. Freiheit. Frieden*, 64.

<sup>225</sup> Vgl. Schuchard, *Frauen. Freiheit. Frieden*, 113.

<sup>226</sup> Vgl. Schuchard, *Frauen. Freiheit. Frieden*, 114.

<sup>227</sup> Schuchard, *Frauen. Freiheit. Frieden*, 114.

sich gemeinsam mit der EU-Verfassung auseinanderzusetzen.<sup>228</sup> Auch der Europawahlkampf ist Teil ihrer Agenda. Bereits 2008 gab es diesbezügliche Publikationen, 2014 organisierten die Aktivistinnen schließlich ein europäisches Koordinationstreffen in Berlin, unter dem Schwerpunkt „Feministische und friedenspolitische Forderungen für die Europawahl“<sup>229</sup>, um ihre politische Positionierung die Europawahl betreffend festzulegen. Weitere Aktionen waren beispielsweise die 100-Jahrfeier in Den Haag 2015 mit dem Fokus der Aufwertung der Regionen innerhalb der Friedensorganisation. Eine Friedenskonferenz anlässlich 100 Jahre Ausbruch des Ersten Weltkrieges, abgehalten in Sarajevo, zeigte den Friedensfrauen deutlich, welche Schäden der Jugoslawien-Krieg von 1992 bis 1995 hinterlassen hat. Eine Gruppe europäischer Friedensaktivistinnen bot daraufhin einen Workshop mit dem Titel „Women’s power to stop war“ an, um die Herausforderungen und Aufgaben zur aktiven Friedensschaffung und -sicherung aufzuzeigen. Die Aktivistinnen warnen ebenso vor dem Zusammenhang zwischen den Ursachen von Kriegsausbrüchen sowie dem erstarkenden Nationalismus und der wachsenden Fremdenfeindlichkeit weltweit.<sup>230</sup> Diese und ähnliche Aktionen, Workshops und Treffen tragen maßgeblich zur einer regen Kommunikation unterschiedlicher europäischer Frauen und Aktivistinnen bei.

---

<sup>228</sup> Vgl. *Schuchard*, Frauen. Freiheit. Frieden, 118.

<sup>229</sup> *Schuchard*, Frauen. Freiheit. Frieden, 115.

<sup>230</sup> Vgl. *Schuchard*, Frauen. Freiheit. Frieden, 115.

## 4. Europa als Friedensidee

Das erste Ziel, das mit der europäischen Einigung verfolgt werden sollte, war die Sicherung des Friedens. Die Bestrebungen zur europäischen Einigung sollten „Europa zu einem Kontinent dauerhaften Friedens“<sup>231</sup> machen. Es besteht also von Anfang an ein Zusammenhang zwischen den Bereichen Sicherheit und Integration.<sup>232</sup> Die Idee einer Einigung Europas wurde bereits nach dem Ende des Ersten Weltkrieges in einer breiteren Öffentlichkeit thematisiert. In der Zwischenkriegszeit jedoch wurden nationalistische Tendenzen immer stärker, und auch der Völkerbund, gegründet als „kollektive Instanz zur Wahrung des Friedens und zum gemeinsamen Einschreiten gegen Friedensbrecher“<sup>233</sup> konnte den immer größer werdenden Widerstand gegen eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit nicht aufheben.<sup>234</sup> Der Zweite Weltkrieg mit seiner versuchten gewaltsamen Vereinheitlichung machte deutlich, dass eine organisierte Zusammenarbeit nach Beendigung des Krieges sinnvoll sein könnte, um einen erneuten Krieg in Europa und zwischen europäischen Ländern zu verhindern.<sup>235</sup> Um zukünftige Kriege vermeiden zu können sollte also eine Interessensgemeinschaft zwischen den europäischen Staaten geschaffen werden, die auch die lange deutsch-französische Feindschaft beenden konnte. Um diese Interessensgemeinschaft bilden zu können, bedurfte es einer Zusammenarbeit, von der alle Beteiligten profitieren würden. Dabei war das wirtschaftliche Hilfsprogramm der USA, das „European Recovery Program“, ein vorantreibender Faktor. 1949 wurde schließlich in Straßburg der Europarat gegründet. Dies diente unter anderem der Zusammenarbeit in den Bereichen Menschenrechte und Grundfreiheiten, Sozialpolitik, Wissenschaft und Kultur. Diese Versuche einer europäischen Integration abseits des wirtschaftlichen Aspekts erreichten jedoch keine breite Öffentlichkeit.<sup>236</sup> Robert Schuman, französischer Außenminister der Nachkriegszeit, wollte die deutsch-französische Aussöhnung endgültig festigen.<sup>237</sup> Deutschland nahm in der Frage der Friedenssicherung eine besondere Rolle ein – wie sollte mit Deutschland umgegangen werden? Welche Möglichkeiten gab es, um das Land nicht in seiner Entwicklung zu beeinträchtigen, aber gleichzeitig einen erneuten Hegemonieanspruch Deutschlands zu verhindern? Durch den Zusammenschluss der eu-

---

<sup>231</sup> Maschke, „Geschichte – nein danke“, 12.

<sup>232</sup> Vgl. Johannes Varwick, Probleme der Sicherheitsarchitektur Europas. In: Wilfried Loth (Hg.), Das europäische Projekt zu Beginn des 21. Jahrhunderts (Grundlagen für Europa Bd. 8, Opladen 2001), 255.

<sup>233</sup> Gerhard Brunn, Die Europäische Einigung von 1945 bis heute (Stuttgart 2009), 21.

<sup>234</sup> Vgl. Brunn, Die Europäische Einigung von 1945 bis heute, 21.

<sup>235</sup> Vgl. Brunn, Die Europäische Einigung von 1945 bis heute, 26.

<sup>236</sup> Vgl. Maschke, Die Europäische Union als Friedensprojekt – von Anfang an, 22f.

<sup>237</sup> Vgl. Maschke, Die Europäische Union als Friedensprojekt – von Anfang an, 24.

ropäischen Schwerindustrie und ein gemeinsames Kommando über das europäische Militär sollte eine Kontrollierung Deutschlands erreicht werden.<sup>238</sup> Der Leiter des französischen Planungsamtes, Jean Monnet, wurde mit der Ausarbeitung eines Planes beauftragt. Ergebnis war die Gründung der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ im Jahr 1950. Damit wurde die Grundlage für ein europäisches Friedensprojekt geschaffen.<sup>239</sup> Eine sogenannte Sicherheitsgemeinschaft sollte also zwei Aspekten dienen – zum einen der Sicherheit voreinander aufgrund der Integration auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet, zum anderen der Sicherheit miteinander, um sich vor äußeren Bedrohungen gemeinsam schützen zu können.<sup>240</sup> 1952 wurde zwischen den einzelnen Ländern der Gemeinschaft für Kohle und Stahl ein Vertrag über eine europäische Verteidigungsgemeinschaft geschlossen, dessen Umsetzung allerdings scheiterte. Die Friedensthematik trat daraufhin in den Hintergrund, betont wurde nun der wirtschaftliche Einigungsprozess. Aufgrund der vergeblichen Bemühungen um eine gemeinsame europäische Verteidigungsgemeinschaft wurde der Fokus stärker auf die wirtschaftliche Integration gelegt, mit dem Ziel, einen gemeinsamen Markt zu schaffen.<sup>241</sup> Das maßgebliche einigende Element, die Ost-West-Konflikte zwischen den westlichen Alliierten und der Sowjetunion, verlor schließlich mit dem Abnehmen der Spannungen an Bedeutung.<sup>242</sup> Erst im Zuge der Bürgerkriege in Jugoslawien wurde das ursprüngliche Ziel der europäischen Einheit, zur Friedenssicherung beizutragen, wieder stärker in den Mittelpunkt der Union gerückt.<sup>243</sup> Der Krieg gegen Jugoslawien zeigte die geringe Handlungsfähigkeit der EU in außen- und sicherheitspolitischen Belangen.<sup>244</sup>

Innerhalb der Friedensbewegung war das Thema Friedenssicherung nach 1945 vor allem aufgrund der Existenz von einsatzbereiten Atomwaffen nach wie vor aktuell, was auch die Aktivistinnen der Frauenfriedensliga in der Nachkriegszeit umfassend beschäftigte – die Forderungen nach Abrüstung und langanhaltendem Frieden wurden nicht leiser.<sup>245</sup>

---

<sup>238</sup> Vgl. Wilfried Loth, *Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte* (Frankfurt am Main 2014), 10.

<sup>239</sup> Vgl. Maschke, *Die Europäische Union als Friedensprojekt – von Anfang an*, 24.

<sup>240</sup> Vgl. Varwick, *Probleme der Sicherheitsarchitektur Europas*, 255.

<sup>241</sup> Vgl. Maschke, *Die Europäische Union als Friedensprojekt – von Anfang an*, 26f.

<sup>242</sup> Vgl. Maschke, *Die Europäische Union als Friedensprojekt – von Anfang an*, 26.

<sup>243</sup> Vgl. Karl von Wogau, *Verteidigung als Aufgabe europäischer Politik*. In: Karl von Wogau (Hg.), *Auf dem Weg zur Europäischen Verteidigung. Gemeinsam sind wir sicher* (Freiburg 2003), 13.

<sup>244</sup> Vgl. Wichard Woyke, *Die Agenda der Europäischen Union zu Beginn des 21. Jahrhunderts*. In: Wilfried Loth (Hg.), *Das europäische Projekt zu Beginn des 21. Jahrhunderts* (Grundlagen für Europa Bd. 8, Opladen 2001), 17.

<sup>245</sup> Vgl. Johannes Schwerdtfeger, *Frieden – Annäherung an Begriffsbildung und Theoriestatus*. In: Bernhard Moltmann (Hg.), *Perspektiven der Friedensforschung* (Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V. Bd. XV, Baden-Baden 1988), 41.

## 5. Analysekapitel

In diesem Kapitel werden zuerst die Forschungsmethode vorgestellt und die zu untersuchenden Quellen näher beschrieben, bevor im Anschluss daran die inhaltsanalytische Auswertung des Untersuchungsmaterials erfolgt.

### 5.1. Methodische Vorgehensweise

Die im folgenden Abschnitt vorgestellten schriftlichen Quellen werden mittels qualitativer Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring<sup>246</sup> untersucht und ausgewertet. Qualitative Inhaltsanalyse ist ein „Verfahren zur Beschreibung ausgewählter Textbedeutungen.“<sup>247</sup> Alle wichtigen Inhalte werden herausgefiltert und zusammengefasst in Kategorien, die Teil eines inhaltsanalytischen Kategoriensystems sind.<sup>248</sup> Das Ziel ist eine „zusammenfassende Beschreibung des Materials“<sup>249</sup>. Diese sogenannte inhaltlich-strukturierende Vorgehensweise will „ausgewählte inhaltliche Aspekte [...] identifizieren, [...] konzeptualisieren und das Material im Hinblick auf solche Aspekte systematisch [...] beschreiben.“<sup>250</sup> Das können beispielsweise Inhalte sein, die zu vorher bestimmten Themen im Rahmen einer Studie herausgegeben wurden.<sup>251</sup> Im Fall dieser Arbeit umfasst die Analyse alle Aspekte, die von Aktivistinnen der IFFF zu den Themen Europa, Frauen und Frieden online publiziert wurden.

Die Inhaltsanalyse befasst sich mit „bereits fertigem sprachlichen Material“<sup>252</sup>, welches zu Beginn der Untersuchung unter dem Gesichtspunkt, welche Textbestandteile überhaupt für die Interpretation herangezogen werden können, genau gefiltert werden muss. Dies geschieht in drei Schritten: Begonnen wird mit der Festlegung des Materials, der genauen Definition dessen, was zur Analyse herangezogen wird. Der zweite Schritt beschreibt die Entstehungssituation der ausgewählten Texte, bestimmt also, von wem und unter welchen Bedingungen das Material entstand. Zuletzt werden die sogenannten „for-

---

<sup>246</sup> Philipp Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken (Weinheim/Basel 12/2015).

<sup>247</sup> Margrit Schreier, Varianten qualitativer Inhaltsanalyse: Ein Wegweiser im Dickicht der Begrifflichkeiten Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research, 15(1), Art. 18, Absatz 4. <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/2043/3635> (letzter Zugriff am 2.6.2016).

<sup>248</sup> Vgl. Schreier, Varianten qualitativer Inhaltsanalyse, Absatz 4.

<sup>249</sup> Schreier, Varianten qualitativer Inhaltsanalyse, Absatz 48.

<sup>250</sup> Schreier, Varianten qualitativer Inhaltsanalyse, Absatz 8.

<sup>251</sup> Vgl. Schreier, Varianten qualitativer Inhaltsanalyse, Absatz 8.

<sup>252</sup> Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, 54.



male[n] Charakteristika des Materials“<sup>253</sup> in den Fokus gestellt. Dabei muss deutlich gemacht werden, in welcher Form sich das Untersuchungsmaterial befindet.<sup>254</sup>

Am Beginn der Inhaltsanalyse werden, nach der Materialfestlegung, die Entstehungsbedingungen des Quellenmaterials beschrieben. Das bedeutet in diesem Fall die Beantwortung folgender Fragen: Wer hat die untersuchten Texte verfasst? Aus welchem Grund bzw. Anlass, mit welcher Intention und für welches Zielpublikum? Der zweite Schritt ist die Erklärung des Vorverständnisses, also die Offenlegung der forschungsleitenden Fragestellungen, die Beschreibung des theoretischen Kontextes und eventueller Vorannahmen.<sup>255</sup>

„Verfahren systematischer qualitativ orientierter Textanalyse“<sup>256</sup> halten sich an folgende Punkte, die auch in dieser Arbeit zur Anwendung kommen: Zuerst erfolgt die „Einbettung des Materials in den Kommunikationszusammenhang“<sup>257</sup>. Das bedeutet für die Analyse, dass immer deutlich gemacht werden muss, auf welchen Textbestandteil sich die jeweiligen Schlussfolgerungen beziehen. So findet die Interpretation eines Textes immer in seinem Kontext statt, wobei auch Entstehung und – sofern nachvollziehbar – Wirkung des Textes miteinbezogen werden. Essentiell ist auch das systematische Vorgehen nach vorher festgelegten Regeln, zum Beispiel die Festlegung des konkreten Analyseablaufs.<sup>258</sup> Das Ablaufmodell beinhaltet die Festlegung der einzelnen Analyseschritte und ihre Reihenfolge.<sup>259</sup> Dabei ist zu beachten, dass das Ablaufmodell nicht standardisiert ist, es muss also demnach immer an die jeweilige Ausgangssituation, an die Fragestellungen oder an das Untersuchungsmaterial angepasst werden.<sup>260</sup> Grundlegend ist, dass die Inhaltsanalyse nachvollziehbar und überprüfbar sein muss.<sup>261</sup>

Qualitative Inhaltsanalyse kann mittels drei sogenannter Grundverfahren durchgeführt werden – Zusammenfassung, Explikation und Strukturierung –, drei voneinander unabhängigen Analysetechniken.<sup>262</sup> Bevor die drei Verfahren näher erläutert werden, muss die Wichtigkeit des theoriegeleiteten Vorgehens betont werden. Theoriegeleitetes Vorgehen bedeutet, dass bei der Analyse die wissenschaftliche und für das Thema relevante Litera-

---

<sup>253</sup> Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, 55.

<sup>254</sup> Vgl. Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, 55.

<sup>255</sup> Vgl. Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, 32.

<sup>256</sup> Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, 50.

<sup>257</sup> Vgl. Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, 50.

<sup>258</sup> Vgl. Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, 50.

<sup>259</sup> Vgl. Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, 51.

<sup>260</sup> Vgl. Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, 51.

<sup>261</sup> Vgl. Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, 61.

<sup>262</sup> Vgl. Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, 67.

tur immer miteinbezogen wird bzw. die Analyse auf den Stand der Forschung und den theoretischen Kontext aufbaut und darin eingebettet ist.<sup>263</sup>

Ein wesentlicher Aspekt ist die Bildung eines Kategoriensystems, dies „stellt das zentrale Instrument der Analyse dar.“<sup>264</sup> Sollen die Kategorien aus dem Material heraus entwickelt werden, so ist nach Mayring die Methode der Zusammenfassung am besten dafür geeignet.<sup>265</sup> Zusammenfassung ist das erste der drei bereits angesprochenen grundlegenden Verfahren. Dabei soll das Material systematisch auf die zentralen Inhalte reduziert werden.<sup>266</sup> Werden bei diesem Prozess nur bestimmte Textbestandteile in die Zusammenfassung miteinbezogen, so spricht man von induktiver Kategorienbildung.<sup>267</sup> Zu Beginn erfolgt die Beschreibung des Materials, anschließend werden sogenannte Analyseeinheiten bestimmt. Die Kodiereinheit umfasst den kleinsten Textbestandteil, der in die Analyse einfließen und unter eine Kategorie fallen darf. In der Kontexteinheit wird der größte Textbestandteil festgelegt, und die Auswertungseinheit hält fest, welche Teile des Textes nacheinander ausgewertet werden.<sup>268</sup> Die relevanten Textinhalte werden in eine möglichst knappe Form gebracht, alles Ausschmückende fällt weg.<sup>269</sup> Anhand der Kodiereinheit wird das Material auf den relevanten Inhalt reduziert, eventuelle unwichtige oder inhaltsgleiche Abschnitte werden hierbei weggelassen. Gibt es, verstreut über das Textmaterial, Abschnitte, die inhaltlich zueinander passen, so werden diese ebenfalls zusammengefasst.<sup>270</sup> So entsteht ein reduziertes Kategoriensystem, welches lediglich Textbestandteile enthält, die für die Bearbeitung der Fragestellungen relevant sind. Eine große Menge an Textmaterial kann so auf ein übersichtliches, abgegrenztes Maß heruntergekürzt werden, ohne dabei die zentralen Inhalte zu verlieren.<sup>271</sup> Die induktive Kategorienbildung leitet, wie bereits kurz angedeutet, ihre Kategorien direkt aus dem Untersuchungsmaterial ab, ohne sich auf starre Vorannahmen zu stützen.<sup>272</sup> Jedoch muss das Thema der Kategorienbildung zuvor festgelegt werden, dies geschieht sehr wohl geleitet durch Theorien. Ohne diesen Schritt wäre das Selektieren des Materials nicht möglich.<sup>273</sup> Das Ergebnis der Zusammenfassung ist „ein System an Kategorien zu einem bestimmten Thema, ver-

---

<sup>263</sup> Vgl. Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, 53.

<sup>264</sup> Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, 51.

<sup>265</sup> Vgl. Schreier, Varianten qualitativer Inhaltsanalyse, Absatz 13.

<sup>266</sup> Vgl. Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, 67.

<sup>267</sup> Vgl. Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, 68.

<sup>268</sup> Vgl. Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, 61.

<sup>269</sup> Vgl. Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, 71.

<sup>270</sup> Vgl. Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, 71.

<sup>271</sup> Vgl. Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, 85.

<sup>272</sup> Vgl. Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, 86.

<sup>273</sup> Vgl. Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, 86.

bunden mit konkreten Textpassagen.“<sup>274</sup> Dieses Kategoriensystem kann nun im Sinne der Fragestellung interpretiert oder quantitativ – in Form von Häufigkeitsanalysen – analysiert werden.<sup>275</sup>

Das zweite grundlegende Verfahren, die Explikation oder Kontextanalyse, ergänzt die relevanten Textbestandteile mit zusätzlichem Material, um sie zu erklären und verständlich zu machen. Hierbei kann nach einer sogenannten engen bzw. weiten Kontextanalyse unterschieden werden.<sup>276</sup> Die zu erklärende Textstelle muss definiert werden, anschließend wird das zur Explikation herangezogene Material beschrieben. In der engen Kontextanalyse werden die Textstellen ausschließlich mit Inhalten aus dem Text selber ergänzt. Diese Inhalte können beschreibend, beispielgebend oder auch korrigierend sein. Die weite Kontextanalyse hingegen zieht Material zu Rate, das über den zu analysierenden Text hinausgeht. Dies können beispielsweise Informationen zur Verfasserin oder zum Verfasser des Textes, zu den Entstehungsbedingungen oder auch Inhalte aus dem theoretischen Vorverständnis<sup>277</sup>, in diesem Fall der historische oder wissenschaftliche Kontext, sein. Mittels des unterstützenden Materials müssen nun die jeweiligen Textstellen, die missverständlich oder unklar sind, erklärt werden.<sup>278</sup>

Das dritte inhaltsanalytische Verfahren, die Strukturierung, dient der Herausfilterung einer bestimmten Struktur aus dem Text anhand eines Kategoriensystems. Die Kategorien sind bei dieser Methode bereits im Vorhinein zu definieren, abgeleitet aus der Fragestellung und theoretisch begründet. Dieses Verfahren kommt hier jedoch nicht zur Anwendung.

Diese nun theoretisch beschriebene Analysemethode wird in dieser Arbeit folgendermaßen umgesetzt: Schritt eins befasst sich mit der exakten Festlegung des Materials sowie der Beschreibung der Entstehungsbedingungen und der Form, in der die zu untersuchenden Quellen vorliegen. Der zweite Schritt – die Erklärung des Vorverständnisses – geschah in dieser Arbeit bereits in den Kapiteln 1 bis 4. Schritt drei legt den Ablauf der Analyse fest und bestimmt die Reihenfolge der durchzuführenden Analyseschritte.

---

<sup>274</sup> Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, 87.

<sup>275</sup> Vgl. Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, 87.

<sup>276</sup> Vgl. Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, 90.

<sup>277</sup> Vgl. Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, 92.

<sup>278</sup> Vgl. Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, 93.

### 5.1.1. Beschreibung der Quellen

Das ausgewählte Material umfasst alle Online-Veröffentlichungen der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“ auf der organisationseigenen Homepage.<sup>279</sup> Zu Beginn wurde das gesamte Textmaterial durchgesehen, zur Analyse werden jedoch diejenigen Bestandteile extrahiert, die sich mit Fragen der frauenspezifischen Europapolitik befassen. Die Texte setzen sich zusammen aus kurzen Statements, Presseerklärungen, aber auch längeren Veröffentlichungen, die einem frauen- und geschlechterspezifischen Eurothema gewidmet sind. Ein Großteil des Materials entstand als Reaktion auf aktuelle Ereignisse, wie zum Beispiel die „Erklärung anlässlich des Internationalen Tages für die Beseitigung von Armut am 17. Oktober 2012“ über die „tragischen Folgen der Austeritätspolitik der Europäischen Union insbesondere für Frauen“<sup>280</sup> oder die Debatten über die UN-Resolution 1325. Andere Texte bieten einen allgemeinen Überblick über aktuelle Aktionen oder Anliegen der Frauenliga, wie beispielsweise der Bericht über das WILPF-Manifest 2015, welches am 22. April 2015 als offizielle Erklärung der Absichten, Ansichten und Arbeit der IFFF in Den Haag verabschiedet wurde.<sup>281</sup>

Bei einigen Texten wird die Intention der Verfasserin bzw. die gewünschte Wirkung direkt genannt, wie beispielsweise bei dem 2008 veröffentlichten „Guide to European Security Policy“<sup>282</sup>. Die Publikation thematisiert europäische Verteidigung, Sicherheit und Außenpolitik, zum Anlass der damals direkt bevorstehenden Europaparlamentswahlen und um die Debatten zu intensivieren, der Text dient aber auch zugleich als Anregung für die Leserinnen und Leser, die Möglichkeit der Wahl wahrzunehmen.<sup>283</sup> Auch Rückblicke in Verbindung mit einem Fazit, was gefordert und was bereits erreicht wurde bzw. welche Forderungen noch nicht umgesetzt sind, finden sich unter den Veröffentlichungen. Hierbei ist vor allem die Broschüre von Irmgard Heilberger und Barbara Lochbihler<sup>284</sup> zu

---

<sup>279</sup> Siehe [www.wilpf.de](http://www.wilpf.de)

<sup>280</sup> IFFF – Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Frauen als Opfer der Austeritätspolitik. <http://www.wilpf.de/themen/menschenrechte/erklaerung-armut-2012.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).

<sup>281</sup> Vgl. IFFF – Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Verabschiedung des WILPF 2015 Manifest: 100 Jahre Friedensarbeit. <http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/wilpf-2015-manifesto.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).

<sup>282</sup> Women's International League for Peace and Freedom, Anna-Lisa Eneroth (Hg.), Promoting Peace and Human Security in the European Union. A Guide to European Security Policy (Stockholm 2008).

<sup>283</sup> Vgl. Women's International League for Peace and Freedom, Eneroth (Hg.), Promoting Peace and Human Security in the European Union, 5.

<sup>284</sup> Irmgard Heilberger, Barbara Lochbihler (Hg.), Frau Macht Veränderung. 15 Jahre Pekinger Weltfrauenkonferenz – 15 Jahre Frauenfriedenszug: Bilanz und Perspektiven (Brüssel/Berlin 2010).

nennen, die sich mit der Umsetzung der bei der Pekingener Weltfrauenkonferenz gesteckten Ziele auseinandersetzt.

Als Verfasserinnen agieren vor allem Mitglieder der IFFF, aber auch außenstehende Frauen, die sich als Spezialistinnen dem jeweiligen Thema zuordnen lassen. Nicht überall werden die Verfasserinnen namentlich genannt. Ist dies der Fall, so kann davon ausgegangen werden, dass der jeweilige Text im Namen aller Mitglieder der IFFF verfasst wurde.

Auf der Homepage finden sich Texte zu fünf unterschiedlichen Kategorien – „Abrüstung“, „Frauen und Frieden“, „Nahostkonflikt“, „Women Water War“ und „Menschenrechte“.<sup>285</sup> Relevant für diese Arbeit sind Texte aus den Themenblöcken „Frauen und Frieden“ sowie „Menschenrechte“. Eine eigene Rubrik „Europa“ gibt es zwar nicht, Europapolitik bzw. die Europäische Union werden aber im Zusammenhang mit anderen Themen immer wieder angesprochen.

Zur Analyse herangezogen werden ausschließlich schriftliche Veröffentlichungen; Videos, Podcasts und Ähnliches werden hierbei nicht berücksichtigt.

Unter dem Schlagwort „Frauen und Frieden“ wurden auf der Homepage der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“<sup>286</sup> 39 Texte veröffentlicht, von denen 22 für diese Arbeit ausgewählt wurden. Diese setzen sich aus folgenden Presseerklärungen, Forderungen und Berichten über IFFF-Treffen zusammen:

- Europäisches WILPF-Treffen
- Verabschiedung des WILPF 2015 Manifest: 100 Jahre Friedensarbeit
- „Frauen sichern den Frieden“
- Wie können die UNWSR 1325 und ihre Nachfolgeresolutionen im Bereich der Prävention gestärkt werden?
- Ansatzpunkte WILPF/IFFF zum Entwurf der Bundesregierung zum NAP1325
- Bündnis 1325 zum NAP-Entwurf der Bundesregierung
- 10 POINTS ON 10 YEARS UNSCR 1325 IN EUROPE
- Resolution "100 Jahre Frauentag - 100 Jahre Kampf um Frieden!"
- IFFF/WILPF Forderung zur Umsetzung der Resolutionen 1325 und 1820 anlässlich der Bundestagswahl

---

<sup>285</sup> Vgl. IFFF – Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Themen der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit. <http://www.wilpf.de/themen/> (letzter Zugriff am 20.7.2016).

<sup>286</sup> [www.wilpf.de](http://www.wilpf.de)

- WILPF/IFFF Forderungskatalog an die Kandidatinnen und Kandidaten für das Parlament der Europäischen Union/EU
- [TAZ] Die Quotierung der Weltsicherheit
- UN Resolution 1325
- Quotierung der Weltsicherheit - Genderperspektiven zur UNO-Reform
- Frieden und Gender oder warum ich Mitglied einer Frauenfriedensgruppe bin
- Ent-rüstet euch: 1325 verwirklichen!
- Keine Sicherheit ohne Frieden - Kein Frieden ohne Frauen
- Pressemitteilung des Frauensicherheitsrates: Deutschland soll sich im UN-Sicherheitsrat für Menschenrechte und UN-Resolution 1325 einsetzen
- Erklärung vom Bündnis 1325 anlässlich des 10 Jahrestages der Resolution 1325
- Bündnis 1325: Eckpunkte für einen Nationalen Aktionsplan
- Presseerklärung: Regierungsfractionen weisen erneut Nationalen Aktionsplan zur UN-Resolution 1325 zurück.
- „Zivilmacht“ Deutschland noch immer ohne nationalen Aktionsplan 1325
- Wirtschaft ist die Fratze des Krieges

Die Rubrik „Menschenrechte“ umfasst insgesamt 22 Texte, aus denen für die folgende Analyse sechs ausgewählt wurden:

- WILPF Frauen gegen das TTIP
- The effects of the financial and economic crisis on women in Europe
- EWL calls on MEPs to back ratification by the EU and Member States of legal tool to tackle violence against women
- Frauen als Opfer der Austeritätspolitik
- Frau Macht Veränderung
- 60 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR)

Manche der oben angeführten Texte haben im Anhang eine PDF-Datei mit weiterführenden Erklärungen. Werden diese Dateien in der Analyse verwendet, so wird dies im folgenden Abschnitt näher beschrieben.

Neben den Veröffentlichungen in den Rubriken „Frauen und Frieden“ und „Menschenrechte“ gibt es unter dem Punkt „Publikationen“ zwei weitere Texte, die für die Analyse als relevant erachtet werden. Zum einen die Dokumentation der Vortragsreihe „Die Waf-

fen nieder!“<sup>287</sup> von April bis November 2014, zum anderen die Verlinkung zu einer Publikation<sup>288</sup> des „PeaceWomen Projekts“ der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“. Unter dem Punkt „Frau Macht Veränderung“ findet sich eine 150 Seiten umfangreiche Broschüre, die sich, 15 Jahre nach der UN-Weltfrauenkonferenz in Peking, der Frage nach den Erfolgen der dort gefassten Beschlüsse widmet. Aus dieser Broschüre, bestehend aus 14 Beiträgen, werden Textstellen aus den folgenden zehn Aufsätzen für die Analyse in Kategorien zusammengefasst:

- Sevdije *Ahmeti*, Jenseits von Ethnien. Frauenbewegungen in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens.
- Krishna *Ahoojapatel*, Gläserne Barrieren. Der Kampf um Gleichberechtigung.
- Sam *Cook*, Frauen, Frieden, Sicherheit. Die Resolution 1325 und ihre Umsetzung.
- Irmgard *Heilberger*, Von Helsinki nach Peking. Der Friedenszug zur Weltfrauenkonferenz.
- Felicity Hill, Werkzeuge des Völkermords. Der Kampf für nukleare Abrüstung.
- Jean *Lambert*, Pflegehelferin statt Krankenschwester. Migrantinnen in der EU.
- Barbara *Lochbihler*, Ein Blick zurück nach vorn. 15 Jahre nach der Pekinger Weltfrauenkonferenz.
- Pinar *Selek*, Gegen die Wand der Männlichkeit. Feministische Bewegung in der Türkei.
- Eva-Britt *Svensson*, Gesucht: Frau in Führungsposition, Bereich Sicherheit. Rüstung und Geschlechtergerechtigkeit.

---

<sup>287</sup> IFFF – Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Publikationen. <http://www.wilpf.de/publikationen/> (letzter Zugriff am 21.7.2016).

<sup>288</sup> Women's International League for Peace and Freedom, Anna-Lisa *Eneroth* (Hg.), Promoting Peace and Human Security in the European Union. A Guide to European Security Policy (Stockholm 2008).

- Barbara *Unmüßig*, Armut bleibt weiblich. Geschlechter(un)gerechtigkeit und Armut.

Insgesamt setzt sich das anhand der unten angeführten Themenbereiche gefilterte Quellenmaterial aus 40 Texten mit einem Gesamtumfang von 263 Seiten zusammen.

### **5.1.2. Analyseablauf**

An dieser Stelle wird noch einmal kurz der genaue Ablauf der Analyse erläutert, bevor im nächsten Abschnitt mit der Durchsicht des Materials begonnen wird.

Das Material muss zuerst auf diejenigen Textstellen reduziert werden, die für die Beantwortung der Forschungsfragen relevant sind, somit scheint die Methode der Zusammenfassung, in Kombination mit Explikation, am sinnvollsten.

Als erstes muss das Thema der Kategorienbildung festgelegt werden. Zur Erinnerung werden an dieser Stelle noch einmal die forschungsleitenden Fragestellungen, die das Thema der Kategorien bestimmen, angeführt:

**Wie oft wird Europapolitik thematisiert und in welchem Kontext?**

**Wie wird Europa im Zusammenhang mit frauenpolitischen Themen erwähnt?**

**Wie kann eine rein weibliche Friedensorganisation – am Beispiel der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“ – auf EU-Ebene agieren?**

Orientiert an diesen Fragestellungen werden also beim ersten Durchsehen des Materials Textstellen mit folgenden Themen extrahiert: „Europapolitik“, „europäische Frauen- und Gleichstellungspolitik“, „Frauenfriedensaktivismus“ bzw. „IFFF“.

Der zweite Schritt bestimmt die Analyseeinheiten, legt also fest, welche Textstellen in Kategorien zusammengefasst werden können.

Kodiereinheit: Der kleinste Textbestandteil, der unter eine Kategorie fallen kann, muss mindestens ein Satz sein, dessen inhaltliche Aussage für sich alleine stehen kann ohne unverständlich zu werden. Als Beispiel für die kleinste Texteinheit kann folgender Satz hergenommen werden: „Diskussionen zu strukturellen Reformen für WILPF in Richtung



größere Regionalisierung für mehr Effektivität.“<sup>289</sup> Aus diesem Satz kann herausgelesen werden, dass die „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“ effizienter arbeiten und aus diesem Grund die Regionalgruppen stärker ausbauen möchte. Dies zeigt die Arbeitsweise der IFFF bzw. die Entwicklungen innerhalb der Organisation.

Kontexteinheit: Der größte Textteil, der in das Kategoriensystem aufgenommen wird, ist ein vollständiger Text, sofern es sich bei dem Textinhalt in seiner Gänze um für die Arbeit relevante Themen handelt. In diesem Fall handelt es sich um den „Forderungskatalog an die Kandidatinnen und Kandidaten für das Parlament der Europäischen Union/EU“<sup>290</sup> mit einem Umfang acht Seiten, weswegen an dieser Stelle, um den Rahmen nicht zu sprengen, auf das Beispiel verzichtet wird. Auszüge daraus werden jedoch in der Analyse selbstverständlich Platz finden.

Auswertungseinheit: Die Reihenfolge der Textteile erfolgt thematisch geordnet – die Texte werden je nach Themenkomplex gereiht.

Im nächsten Schritt wird das gesamte Material erneut durchgegangen mit dem Ziel, alles für die Beantwortung der Fragestellung Unwichtige, sich Wiederholende und nicht zum Thema passende wegzulassen. Alles übrig Gebliebene wird zusammengefasst, danach erfolgen eine erste Kategorienbildung und die Einordnung der Textstellen. Anschließend werden die zugeordneten Textstellen erneut durchgesehen und, bei Bedarf, weitere Kategorien bzw. Unterkategorien gebildet. Dieser Vorgang wird so oft wiederholt, bis sichergestellt werden kann, dass lediglich relevante Inhalte überbleiben, eingeteilt in die passenden Kategorien.

Ergeben sich bei einzelnen Textstellen Verständnisschwierigkeiten, so werden diese mittels Explikation näher erläutert. Wie bereits oben beschrieben, gibt es sowohl eine weite als auch eine enge Kontextanalyse. Wird zusätzliches Material herangezogen, so geschieht dies in Form von ergänzenden Quellen und wissenschaftlicher Literatur, um ergänzend etwaige Unklarheiten zu klären.

Vor der Beantwortung der Fragestellungen anhand des Kategoriensystems wird eine erste Häufigkeitsanalyse der drei Überthemenbereiche durchgeführt. Dies dient zur Einschätzung, ob und welche Themenbereiche unter Umständen stärker gewichtet werden. Zum einen wird darauf geachtet, wie häufig die hier behandelten Themen – „Europapolitik“,

---

<sup>289</sup> IFFF – Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Europäisches WILPF-Treffen. <http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/european-wilpf-2016.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).

<sup>290</sup> IFFF – Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Forderungskatalog an die Kandidatinnen und Kandidaten für das Parlament der Europäischen Union/EU. <http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/wilpf-eu-forderungskatalog.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).

„europäische Frauen- bzw. Gleichstellungspolitik“ und „Frauenfriedensaktivismus“ – in allen Rubriken der Homepage insgesamt vorkommen. Zum anderen stellt sich auch die Frage, welches der drei Themengebiete überwiegt. So kann ermittelt werden, welcher Schwerpunkt bei den Veröffentlichungen der IFFF gesetzt wird. Unter dem Schlagwort „Europapolitik“ werden alle Artikel zusammengefasst, die sich mit der Politik der Europäischen Union befassen. Gleich vorweg – hierbei handelt es sich ausschließlich um friedenspolitische Aspekte. Frauenspezifische Themen werden unter dem Punkt „europäische Frauen- bzw. Gleichstellungspolitik“ zusammengefasst. Hierunter fallen hauptsächlich Texte die UN-Resolution 1325 betreffend, worauf in einem späteren Abschnitt noch näher eingegangen wird. Der dritte Aspekt, „Frauenfriedensaktivismus“, beinhaltet Artikel, die sich mit der Rolle von Frauen in der Friedenssicherung, sowie mit Aktionen und Tätigkeiten der IFFF befassen.

| <b>Rubrik</b>    | <b>Anzahl der Texte insgesamt</b> | <b>Texte zum Thema „Europa-politik“</b> | <b>Texte zum Thema „europäische Frauenpolitik“</b> | <b>Texte zum Thema "Frauen als Friedensaktivistinnen"</b> |
|------------------|-----------------------------------|-----------------------------------------|----------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------|
| Abrüstung        | 28                                | -                                       | -                                                  | -                                                         |
| Frauen & Frieden | 39                                | 2                                       | 12                                                 | 8                                                         |
| Nahostkonflikt   | 20                                | -                                       | -                                                  | -                                                         |
| Women Water War  | 2                                 | -                                       | -                                                  | -                                                         |
| Menschenrechte   | 22                                | 3                                       | 1                                                  | 2                                                         |
| <b>Insgesamt</b> | <b>111</b>                        | <b>5</b>                                | <b>13</b>                                          | <b>10</b>                                                 |

Die Tabelle zeigt die Schwerpunktsetzung der Themen innerhalb der einzelnen Rubriken. Hierbei wird deutlich, dass die Thematik „europäische Frauen- und Gleichstellungspolitik“ im Vergleich überwiegt. An zweiter Stelle steht der Bereich „Frauen als Friedensaktivistinnen“, zusammengesetzt sowohl aus Texten über die „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“ selbst als auch aus Berichten über die Möglichkeiten von Frauen als Friedensschaffende sowie Forderungen, Frauen mehr Mitsprache in friedenspolitischen Themenbereichen zu ermöglichen. Die Themen „Europapolitik“, „europäische Frauen- und Gleichstellungspolitik“ und „Frauen als Friedensaktivistinnen“ stellen ein Viertel aller Texte in den fünf Rubriken dar.

Die Zuordnung zu einer Überkategorie ist nicht bei allen Texten einfach, da sich viele Themen innerhalb eines Textes überschneiden. So sind beispielsweise der Kategorie „Frauen als Friedensaktivistinnen“ Texte zugeteilt, die thematisch auch in die Gruppe „Europapolitik“ passen würden. Die Entscheidung der Zuordnung zu einer Kategorie be-

gründet sich darin, welche Inhalte überwiegen. Bei der folgenden induktiven Kategorienbildung werden Texte jedoch durchaus geteilt – besteht ein Text aus unterschiedlichen, thematisch relevanten Inhalten, die mehreren Kategorien zugeordnet werden können, so wird jeder Textabschnitt seiner jeweiligen Kategorie zugeteilt.

Im Anschluss an die nachfolgende Zusammenfassung wird erneut eine Häufigkeitsanalyse der anhand des Materials neu gebildeten Kategorien durchgeführt.

## **5.2. Zusammenfassung**

Die ausgewählten Texte wurden nun auf Basis der oben genannten Themen gekürzt und zusammengefasst. Bereits bei der ersten Durchsicht des Materials wird ersichtlich, welche Kategorien sich anhand der Texte bilden lassen:

- Repräsentation und Stellung der Frau/Frauenrechte/Gleichstellung
- Frauen als Friedensstiftende/Frauen als Friedensaktivistinnen
- Europas Rolle bei der Friedenssicherung/Europäische Friedenspolitik
- UN 1325
- Frauen und Armut
- Vernetzung
- „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“

Auf Grundlage dieser Kategorien werden die Texte erneut durchgesehen, die einzelnen Abschnitte der jeweiligen Kategorie zugeordnet und die Inhalte näher beschrieben. Zuvor werden jedoch die einzelnen Kategorien definiert und mit Beispielen erklärt.

### **5.2.1 Repräsentation und Stellung der Frau/Frauenrechte/Gleichstellung**

Ein sehr präsenes Thema ist die Gleichberechtigung der Geschlechter sowohl in Kriegs- bzw. Präventionsfragen als auch im Feld des Politischen und in der Gesellschaft. Auch hier stehen vor allem die Forderungen, Ziele, Aktivitäten, Umsetzungsmöglichkeiten und Erfolge der Bemühungen der IFFF im Mittelpunkt, aber auch die Grenzen und Probleme beim Erreichen einer gleichberechtigten Gesellschaft und Politik werden angesprochen. In dieser Kategorie werden sowohl Texte, die Frauen- und Menschenrechte in Europa thematisieren, als auch Inhalte, die sich mit der Repräsentation von Frauen in Führungs-

positionen bzw. in Politikbereichen allgemein sowie Gleichstellungsfragen befassen, zusammengefasst.

Das folgende Textbeispiel über Aktivitäten und Ziele von Frauenbewegungen bezieht sich zwar in diesem Fall im Speziellen auf die Balkanregion, gilt jedoch auch stellvertretend für Frauenbewegungen anderer Länder:

„Die Ziele der Frauenbewegungen – darunter die Umsetzung international geltender Frauen- und Menschenrechte – ergeben sich aus den Erfahrungen der Vergangenheit. Bei der Verfolgung dieser Ziele setzen sie unterschiedlichste Strategien ein. Sie schaffen Datenbanken, die speziell die Menschenrechte von Frauen betreffen, überprüfen die Einhaltung des Grundgesetzes, kämpfen für die Einrichtung von Schutzmechanismen im Bereich der Frauen- und Menschenrechte, fördern, oft auch in strategischen Netzwerken, die Gleichstellungspolitik (Gender Mainstreaming), verfolgen die Entwicklungen des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien sowie des Internationalen Strafgerichtshofs und forschen zu Themen wie Identitäts- und Frauenpolitik.“<sup>291</sup>

Das zweite Beispiel beschreibt die vier UN-Weltfrauenkonferenzen und die Erfolge, die die dabei gefassten Beschlüsse bis jetzt erzielt haben bzw. die Wichtigkeit der Konferenzen und ihre Bedeutung für die Gleichstellung von Frauen und Männern:

„Bisher fanden vier UN-Weltfrauenkonferenzen statt: 1975, 1980, 1985 und 1995[...]. Die ersten beiden UN-Weltfrauenkonferenzen in Mexiko (1975) und Kopenhagen (1980) verknüpften die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen mit dem Entwicklungsprozess der Weltwirtschaft. In dieser Zeit wurde sowohl für Frauen wie für Männer die Abgrenzung zwischen Privatem und Öffentlichem durchlässiger. Die traditionelle Arbeitsteilung weichte auf, was zu einer stärkeren Anerkennung des Frauenanteils am Produktionsprozess führte.

Sowohl die dritte UN-Konferenz in Nairobi (1985) als auch die vierte in Peking (1995) waren Meilensteine auf dem Weg, die Stellung der Frauen in vielerlei Hinsicht zu verbessern. Schritt für Schritt konzentrierten sich die UN-Konferenzen auf die Rolle von Frauen. Sie bezogen dabei die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Ebene mit ein, bis die Frauenorganisationen zufrieden feststellen konnten, dass „alle Menschenrechte Frauenrechte sind“ und „die Teilhabe von Frauen an allen Entscheidungsebenen im politischen Pro-

---

<sup>291</sup> Sevdije *Ahmeti*, Jenseits von Ethnien. Frauenbewegungen in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens. In: Irmgard *Heilberger*, Barbara *Lochbihler* (Hg.), Frau Macht Veränderung. 15 Jahre Pekinger Weltfrauenkonferenz – 15 Jahre Frauenfriedenszug: Bilanz und Perspektiven (Brüssel/Berlin 2010), 80.

zess erforderlich ist.“ Die in Peking verabschiedete Aktionsplattform ist bis heute das wichtigste Dokument zum Thema Gleichstellung von Frauen und Männern.“<sup>292</sup>

Als drittes Beispiel dient eine Textstelle, die die Repräsentation von Frauen in Führungspositionen thematisiert. Hierbei wird betont, dass eine gleichberechtigte Verteilung der Positionen „kein Freifahrtschein“ für Karrieresprünge in friedenspolitisch relevanten Bereichen darstellen darf:

„Resolution 1325 soll den Frieden fördern – mittels Geschlechtergerechtigkeit. Alle, die in Krisenregionen arbeiten, müssen sich an diesem Ziel orientieren. Das Bündnis 1325 sieht es als Missbrauch der Resolution, wenn einzelne Frauen sich bei ihrer Karriereplanung im Pentagon oder in Armeen auf die Resolution berufen, ohne genderbewusst oder friedenspolitisch engagiert zu sein. Die Resolution ist kein Freifahrtschein für weibliche Karrieren in Sicherheitsapparaten.“<sup>293</sup>

Hier wird deutlich, dass sich die Kategorieninhalte teilweise überschneiden. Vor allem Texte zur UN-Resolution 1325 passen sowohl in diese Kategorie, als auch in Kategorie 2 und 3. Werden jedoch explizit Frauenrechte oder Gleichstellungsfragen angesprochen, so werden diese Texte in Kategorie 1 zusammengefasst.

### **5.2.2 Frauen als Friedensstiftende/Frauen als Friedensaktivistinnen**

Die Textinhalte dieser Kategorie befassen sich mit der Rolle von Frauen im Friedensaktivismus. Thematisiert werden hier vor allem die Gründe, warum gerade weiblicher Friedensaktivismus nötig ist, warum Frauen in Friedensfragen mehr Mitspracherecht bekommen müssen und wie die unterschiedliche Bearbeitung der Themen bei Friedensaktivistinnen aussieht:

„Bei Friedensfrauen stehen die immergleichen Inhalte der Friedensbewegung auf der Tagesordnung: Vorbeugende Maßnahmen und Alternativen zum Krieg, Zivile Konfliktbearbeitung, Proteste gegen Krieg, Aufrüstung, Menschenrechtsverletzungen usw. Diese

---

<sup>292</sup> Krishna *Ahojapatel*, Gläserne Barrieren. Der Kampf um Gleichberechtigung. In: Irmgard *Heilberger*, Barbara *Lochbihler* (Hg.), *Frau Macht Veränderung. 15 Jahre Pekinger Weltfrauenkonferenz – 15 Jahre Frauenfriedenszug: Bilanz und Perspektiven* (Brüssel/Berlin 2010), 117f.

<sup>293</sup> IFFF – Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Bündnis 1325: Eckpunkte für einen Nationalen Aktionsplan. <http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/eckpunkte-eines-nationalen-aktionsplans-vom-buendnis-1325.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).

Themen werden jedoch daraufhin untersucht, wie sie sich auf die Geschlechter auswirken und ob sie Geschlechtergleichstellung herstellen (Gender-mainstreaming) und wie die Finanzen auf Männer und Frauen verteilt werden (Gender-budget). So beobachtet das Genfer Büro der WILPF in der UN -Abrüstungskommission und in der Menschenrechtskommission genau, wie oft und in welcher Weise von Frauen die Rede ist, wie oft Frauen das Wort haben und welche Auswirkungen die Vorschläge auf Frauen haben (Monitoring).

Frauenfriedensgruppen stellen den militärischen Sicherheitsbegriff in Frage zugunsten der „Human security“, einer Sicherheit für die Menschen. Dazu gehört ein Leben ohne Angst um den Verlust menschlicher Würde, die Umsetzung der Menschenrechte für Männer und Frauen, etwa das Recht auf Arbeit, Bildung, Gesundheit, auf gesellschaftliche und politische Teilhabe, auf Freiheit von Diskriminierung sowie das Recht auf jede Form der Selbstbestimmung und körperlichen Unversehrtheit.<sup>294</sup>

Neben den Forderungen, die von Frauen an die Friedenspolitik gestellt werden, sind hier vor allem die erreichten Ziele, aber auch die Grenzen, denen sich die Friedensaktivistinnen gegenüber sehen, Teil der Kategorie. Die folgenden Beispiele zeigen sowohl die Erfolge als auch die Grenzen der Handlungsmöglichkeiten auf. Dabei werden unterschiedliche Kriege, Regionen und Aktivitäten bzw. Initiativen thematisiert.

„In der Balkanregion mischen sich Frauenorganisationen weiterhin aktiv in das politische Geschehen ein. Sie organisieren wichtige Konferenzen zu unterschiedlichen Themen, insbesondere aber beschäftigen sie sich mit der politischen Partizipation von Frauen. Die größte Hoffnung der Bewegung ist es, nach dem Prinzip der Gender Task Forces des Stabilitätspaktes für Südosteuropa eine regionale Frauenlobby ins Leben zu rufen. Es sollte auch darauf hingewiesen werden, dass sich vor allem Feministinnen und Friedensaktivistinnen des ehemaligen Jugoslawiens für den Erhalt von Aktionsnetzwerken zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen eingesetzt haben.

Auch während der Kriegsjahre ließen sich die Antikriegsfeministinnen nicht davon abbringen dort wo es möglich war, nach Kooperationen zu suchen. Dabei reichten die Aktivitäten von humanitärer Hilfe über Ausbildungsangebote in den Bereichen Gesundheit, Computertechnik, Englisch und (mit Blick auf nationale oder lokale Abstimmungen)

---

<sup>294</sup> Irmgard Heilberger, Frieden und Gender oder warum ich Mitglied einer Frauenfriedensgruppe bin. IFFF – Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit. <http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/frieden-und-gender.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).

Wahlrecht bis hin zu psychologischer Unterstützung, juristischen Projekten und Schaffung von Einkommen.

Viele in der Balkanregion tätigen NGOs, Förderer und Agenturen haben mittlerweile ihre eigenen geschlechterspezifischen Programme und Arbeitsgruppen [...].<sup>295</sup>

Dieses Beispiel zeigt die Vielfältigkeit der europäischen Friedensaktivitäten. Auch die Frauenorganisationen in den Krisenregionen Südosteuropas sind Teil der internationalen feministischen Vernetzung. Die Erfolge der bisherigen Aktionen werden zur Motivation und zur Ermutigung, weitere Aktivitäten zu planen und durchzuführen betont.

Das dritte Textbeispiel zeigt eine Form von Hindernissen, denen Friedensaktivistinnen ausgesetzt sind. Durch die primäre Wahrnehmung von Frauen als Opfer von Kriegen wird ihnen zugleich die Fähigkeit, zur Konfliktbeilegung beizutragen, abgesprochen.

„Frauen wurden vor allem als Opfer von Kriegen anerkannt. Ihre konstruktive Rolle bei der Konfliktbearbeitung und Kriegsverhütung wurde kaum wahrgenommen, die Forderungen nach Abrüstung, militärischer Konversion und das Verbot von Massenvernichtungswaffen nur vage angesprochen.“<sup>296</sup>

Das letzte Beispiel dieser Kategorie begründet die Notwendigkeit, gerade Frauen als Aktivistinnen für den Frieden wahr- und ernst zu nehmen:

„Frieden und Krieg sind Männersache. Die Meinung von Frauen wird ignoriert. Dabei leiden gerade Frauen unter der Auswirkung militärischer Konflikte. Moderne Kriege werden nicht mehr an der Front, sondern mitten in der Gesellschaft ausgefochten [...] Ferner sind Frauen nicht nur den Bombenangriffen und der Zerstörung von Städten und Dörfern, sondern auch sexualisierter Gewalt ausgesetzt. Folglich sollten gerade auch sie an Aufgaben wie der Friedensschaffung und der Konfliktlösung beteiligt werden.“<sup>297</sup>

---

<sup>295</sup> *Ahmeti*, Jenseits von Ethnien, 79.

<sup>296</sup> Irmgard *Heilberger*, Von Helsinki nach Peking. Der Friedenszug zur Weltfrauenkonferenz. In: Irmgard *Heilberger*, Barbara *Lochbihler* (Hg.), *Frau Macht Veränderung. 15 Jahre Pekinger Weltfrauenkonferenz – 15 Jahre Frauenfriedenszug: Bilanz und Perspektiven* (Brüssel/Berlin 2010), 47.

<sup>297</sup> Eva-Britt *Svensson*, Gesucht: Frau in Führungsposition, Bereich Sicherheit. Rüstung und Geschlechtergerechtigkeit. In: Irmgard *Heilberger*, Barbara *Lochbihler* (Hg.), *Frau Macht Veränderung. 15 Jahre Pekinger Weltfrauenkonferenz – 15 Jahre Frauenfriedenszug: Bilanz und Perspektiven* (Brüssel/Berlin 2010), 57.

### 5.2.3 Europas Rolle in der Friedenssicherung/Europäische Friedenspolitik

In dieser Kategorie werden alle Textstellen zusammengefasst, die Europa bzw. die Europäische Union und ihre Rolle in der Schaffung und Sicherung von Frieden thematisieren. Das folgende Beispiel zeigt, in welcher Form die Union als Friedensstifterin von den Friedensaktivistinnen der IFFF wahrgenommen wird, und welche Aufgaben die EU erfüllen soll:

„Der Fortschritt [der Umsetzung der UN-Resolution 1325, Anm.] und dessen Geschwindigkeit hängen nun einzig und allein vom politischen Willen und den finanziellen Mitteln ab. Aus diesem Grund sollte die Europäische Union eine Führungsrolle übernehmen, genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen und andere Industriestaaten auffordern, dem europäischen Beispiel zu folgen.

Seit der Verabschiedung des Lissabon-Vertrags spricht die Europäische Union jedoch mit einer Stimme: Mitgliedsstaaten, die sich zuvor innerhalb der Vereinten Nationen aktiv für Frauen und Frieden stark machten, müssen sich heute dem Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik sowie dem Europäischen Rat unterordnen. Dementsprechend groß ist die Herausforderung für weibliche Führungspersonen innerhalb der Europäischen Union [...].“<sup>298</sup>

Auch diese Textstelle macht auch deutlich, inwieweit sich die Themen der einzelnen Kategorien überschneiden können. Hier werden beispielsweise sowohl die UN-Resolution 1325, die Rolle der Europäischen Union beim Einsatz für Frauen und Frieden als auch die Situation weiblicher Führungspersonen angesprochen.

Die Forderung der Friedensaktivistinnen an die Europäische Union, zum Schutz der Menschenrechte alle verfügbaren Ressourcen zu aktivieren, wird ebenfalls mehrfach betont:

„WILPF is addressing the European States to respect protect and fulfil their human rights obligations regarding economic, social and cultural rights progressively, using their maximum available resources.“<sup>299</sup>

---

<sup>298</sup> Svensson, Gesucht: Frau in Führungsposition, Bereich Sicherheit. Rüstung und Geschlechtergerechtigkeit, 62.

<sup>299</sup> IFFF – Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, The effects of the financial and economic crisis on women in Europe. <http://www.wilpf.de/themen/menschenrechte/the-effects-of-the-financial-and-economic-crisis-on-women-in-europe.html> (letzter Zugriff am 26.7.2016).



Neben Forderungen an Politikerinnen und Politiker der Europäischen Union wird auch Kritik an der EU-Friedenspolitik geübt:

„Überall grassiert Angst, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie, Terrorakte. Erschreckend ist für alle das Auseinanderfallen, der Kollaps Europas mit „patriotischer“ verbrämter Abschottungspolitik, brennenden Asylheimen, neuen Mauern und Zäunen und recht nationalen [sic] antieuropäischen Parteien. Europäische Politik im Gesamtverständnis versagt auf allen Ebenen, ist als Friedensraum völlig obsolet geworden und kooperiert im Rahmen der Totalabschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen in verheerender Weise mit diktatorialen Regimen wie Türkei, Ägypten. Europa hat Errungenschaften der letzten Jahrzehnte über Bord geworfen und hebt internationale Konventionen und Menschenrechtsstandards aus.“<sup>300</sup>

Die Politik der Europäischen Union wird in den Texten der IFFF jedoch nicht nur negativ dargestellt, wie das letzte Beispiel zeigt. Als Kritik an der Politik Deutschlands in Bezug auf die Umsetzung der UN 1325-Maßnahmen werden die Fortschritte in der EU als vorbildhaft erwähnt:

„Die Bundesregierung aber weigert sich, die Resolution durch einen Nationalen Aktionsplan umzusetzen. Sie repräsentiert damit eine veraltete Sicherheitspolitik. Sie bleibt damit auch hinter EU-Standards zurück, denn diese hat sich in mehreren Dokumenten klar zur Umsetzung der Resolution bekannt. Bereits 14 europäische Länder haben Aktionspläne aufgelegt - Belgien, Bosnien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Island, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz und Spanien. Da die von EU und UN entwickelten Indikatoren einer EU-weiten vereinheitlichten Umsetzungsstrategie bedürfen, droht Deutschland zum Bremsklotz der europaweiten Umsetzung und zum Schlusslicht Europas zu werden.“<sup>301</sup>

---

<sup>300</sup> IFFF – Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Europäisches WILPF-Treffen. <http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/european-wilpf-2016.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).

<sup>301</sup> IFFF – Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Erklärung vom Bündnis 1325 anlässlich des 10. Jahrestages der Resolution 1325. <http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/erklaerung-vom-buendnis-1325-oktober-2010.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).

### 5.2.4 UN 1325

Ein oft thematisierter Punkt ist die UN-Resolution 1325 aus dem Jahr 2000.<sup>302</sup> Zwar überschneiden sich die Inhalte der Resolution zum Teil mit Themen der anderen Kategorien, aber da „UN 1325“ einen zentralen Stellenwert innerhalb der IFFF-Veröffentlichungen einnimmt, wird für Textstellen, die die Resolution thematisieren und nicht zu anderen Kategorien passen, eine eigene Kategorie gebildet. Bei dieser Resolution handelt es sich um

„[...] die erste bindende Resolution des UN Sicherheitsrates, mit der die Mitgliedstaaten aufgefordert werden für eine stärkere Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen der institutionellen Verhütung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten Sorge zu tragen. Frauen sollen bei allen Entscheidungen über Krieg und Frieden einbezogen und die Genderperspektive berücksichtigt werden.“<sup>303</sup>

Unter diese Kategorie fallen Beschreibungen der Resolutionen sinhalte und –ziele sowie die Forderung an die deutsche Bundesregierung, einen Nationalen Aktionsplan für die Umsetzung vorzulegen.

### 5.2.5 Frauen und Armut

Der Bereich „Frauen und Armut“ wird in den Veröffentlichungen der IFFF häufig thematisiert, da er sich aus unterschiedlichen Aspekten zusammensetzt. Es geht um die Tatsache, dass „Frauen ärmer sind als Männer“<sup>304</sup>, denn „70 Prozent der 1,4 Millionen armen Menschen weltweit sind Frauen.“<sup>305</sup> Deshalb wird der Versuch unternommen, die Ursachen dafür zu analysieren und zugleich Wege zu finden, diese zu bekämpfen:

„Es sind viele Faktoren, die Frauen vom wirtschaftlichen Produktionsprozess ausgeschlossen haben und sie noch immer vom hochqualifizierten Arbeitsmarkt fernhalten. Neben Institutionen und Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft halten auch Religion,

---

<sup>302</sup> Beschlüsse der Resolution siehe Anhang auf den Seiten 100-105.

<sup>303</sup> IFFF – Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, UN Resolution 1325. <http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/un-resolution-1325.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).

<sup>304</sup> Ahojapatel, Gläserne Barrieren, 121.

<sup>305</sup> Barbara Unmüßig, Armut bleibt weiblich. Geschlechter(un)gerechtigkeit und Armut. In: Irmgard Heilberger, Barbara Lochbihler (Hg.), Frau Macht Veränderung. 15 Jahre Pekingener Weltfrauenkonferenz – 15 Jahre Frauenfriedenszug: Bilanz und Perspektiven (Brüssel/Berlin 2010), 126.

Staat und Gemeinden sie von ihrer vollen Teilhabe ab. In der Vergangenheit nutzten die Staaten zahlreiche Gesetze und Praktiken, um Frauen zu diskriminieren, sie in ihrer Mobilität einzuschränken, um sie an die Familie zu binden und von einer vollen Teilhabe am Arbeitsmarkt abzuhalten. Ungleiche Entlohnung, Diskriminierung in der Einstellungs- und Beförderungspraxis sowie fehlende Kinderbetreuungsangebote sind die Norm geworden.<sup>306</sup>

„Ansätze zur Armutsreduzierung müssen geschlechtsspezifische Ursachen von Armut einbeziehen. Die Instrumente und Maßnahmen [...] müssen die komplexen Wechselbeziehungen berücksichtigen.“<sup>307</sup>

Ein Hauptthema in dieser Kategorie ist die Austeritätspolitik der Europäischen Union, deren Konsequenzen – laut den Aktivistinnen der IFFF – Frauen besonders betreffen:

„WILPF alerts on the tragic consequences of the austerity policies of the European Union, particularly for women. By the pressure of financial markets, the policy in Europe is shaped by drastic reduction of public spending, privatisation, wage and pension cuts and the reduction of social security, sometimes also by tax increases that hit in particular the poor and vulnerable.

Women are affected by it in the first place: the unpaid work of women increases, the state withdraws from the social security. Thus also increase pressure and stress, dependency, violence, roll back in traditional roles and exclusion from access to resources. Instead of investing in poverty, civil conflict resolution and human rights, the promotion of prevention against HIV, abortion centres, family planning, pre-and post-natal health care and preventive health services are being reduced. The gap between rich and poor is growing. The austerity measures in the name of debts (that we call illegal), install a new way of domination, neglecting individual and collective needs and put Europe in a deep humanitarian crisis and chaos. It puts in danger democratic participation of women and the functioning of democracy as such.“<sup>308</sup>

Der Großteil der Texte dieser Kategorie ähnelt den oben zitierten Beispielen, sowohl mögliche Gründe für die Armut von Frauen als auch Möglichkeiten, diese zu bekämpfen, werden wiederholt angesprochen.

---

<sup>306</sup> Ahoojapatel, Gläserne Barrieren, 119.

<sup>307</sup> Unmüßig, Armut bleibt weiblich, 130.

<sup>308</sup> IFFF – Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, The effects of the financial and economic crisis on women in Europe. <http://www.wilpf.de/themen/menschenrechte/the-effects-of-the-financial-and-economic-crisis-on-women-in-europe.html> (letzter Zugriff am 26.7.2016).

### 5.2.6 Vernetzung

Das Thema „Vernetzung“ ist in der Frauenfriedensbewegung zentral. Diese Kategorie besteht aus Textstellen, die sich auf Basis unterschiedlicher Themen mit der Vernetzung, der Kommunikation der Frauenorganisationen europa- und weltweit sowie der Internationalität allgemein befassen. Die wichtige Rolle, die dieser Aspekt einnimmt, sowie die Anstrengungen, die diesbezüglich von der IFFF unternommen werden, werden in den folgenden beiden Textbeispielen deutlich:

„Seit ihrer Entstehung überschritt die weltweite Frauenbewegung nationale Grenzen und handelte internationalistisch. Auch wenn es Probleme im gegenseitigen Verständnis, in der Herangehensweise und mit der Empathie füreinander gab, waren die Frauen bemüht, die jeweils anderen im Blick zu behalten und deren Erfolge und Erfahrungen zu verfolgen. Deshalb wurden trotz aller Schwierigkeiten internationale Treffen und Kongresse abgehalten und länderübergreifende Plattformen gegründet. [...] In vielerlei Hinsicht sind die Frauen stärker geworden.“<sup>309</sup>

„Global koordinieren, global handeln. NGOs und die Zivilgesellschaft kämpfen weltweit für die atomare Abrüstung. Doch könnte die Koordination weitaus tiefer greifen. Verschiedene Gruppen konkurrieren um Ressourcen und Finanzierung, und Sprachbarrieren oder geographische Entfernungen machen die Zusammenarbeit nicht leichter. Das Project Reaching<sup>310</sup> Critical Will der IFFF war ein erster Schritt in die richtige Richtung, indem es den Austausch von Informationen und Partnerschaften sowohl innerhalb der Zivilgesellschaft als auch zwischen NGOs und Regierungen hat anregen können.“<sup>311</sup>

### 5.2.7 „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“

Die letzte Kategorie sammelt alle Textstellen, die sich mit den Forderungen und Zielen der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“ sowie mit Berichten über Akti-

---

<sup>309</sup> Pinar Selek, Gegen die Wand der Männlichkeit. Feministische Bewegung in der Türkei. In: Irmgard Heilberger, Barbara Lochbihler (Hg.), Frau Macht Veränderung. 15 Jahre Pekinger Weltfrauenkonferenz – 15 Jahre Frauenfriedenszug: Bilanz und Perspektiven (Brüssel/Berlin 2010), 67.

<sup>310</sup> Bei dem Project Reaching Critical Will handelt es sich um den Versuch, Informationen, Reden, Dokumente, Resolutionen etc. zum Thema Atomwaffensperrvertrag und atomare Abrüstung zu veröffentlichen. Vgl. Felicity Hill, Werkzeuge des Völkermords. Der Kampf für nukleare Abrüstung. In: Irmgard Heilberger, Barbara Lochbihler (Hg.), Frau Macht Veränderung. 15 Jahre Pekinger Weltfrauenkonferenz – 15 Jahre Frauenfriedenszug: Bilanz und Perspektiven (Brüssel/Berlin 2010), 31.

<sup>311</sup> Hill, Werkzeuge des Völkermords, 35.

onen, Treffen oder Vorträge auseinandersetzen. Die folgende Selbstbeschreibung fasst die Hauptaufgaben der IFFF kompakt zusammen:

„Die IFFF versteht sich [...] als aktive NGO. Sie analysiert und bewertet unterschiedlichste Sachfragen und Normen; sie koordiniert internationale Aktivitäten; sie mobilisiert die öffentliche Meinung, um so die Aufmerksamkeit der politischen Entscheidungsträger besser auf sich ziehen zu können; sie lobt Staaten öffentlich, die sich korrekt verhalten und erhebt ihre Stimme gegen Regierungen, die bestehende Rechte und Standards verletzen und gewissen Normen oder ihren eigenen Resolutionen und Ankündigungen nicht gerecht werden.“<sup>312</sup>

### 5.3. Häufigkeitsanalyse

Anschließend an die vollständige Durchsicht des Quellenmaterials und die Reduktion auf die relevanten, oben definierten Inhalte wird die Anzahl der Textstellen in den einzelnen Kategorien ermittelt, um so eine Aussage über die thematische Schwerpunktsetzung innerhalb der IFFF-Veröffentlichungen treffen zu können.

|                                                                               |    |
|-------------------------------------------------------------------------------|----|
| <b>1</b> Repräsentation und Stellung der Frau/Frauenrechte/Gleichstellung     | 49 |
| <b>2.</b> Frauen als Friedensstiftende/Frauen als Friedensaktivistinnen       | 45 |
| <b>3.</b> Europas Rolle bei der Friedenssicherung/Europäische Friedenspolitik | 37 |
| <b>4.</b> UN 1325                                                             | 21 |
| <b>5.</b> Frauen und Armut                                                    | 17 |
| <b>6.</b> Vernetzung                                                          | 11 |
| <b>7.</b> „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“                | 8  |

Die Tabelle zeigt, dass Inhalte zu den Themen „Repräsentation und Stellung der Frau/Frauenrechte/Gleichstellung“ und „Frauen als Friedensstiftende/Friedensaktivistinnen“ überwiegen. Wie im Vorfeld bereits angenommen befassen sich die Texte der „Internationalen Frauenliga“ vor allem mit der Rolle von Frauen im Feld der Friedenssicherung sowie mit der Stellung der Frau in Politik und Gesellschaft. Die Textstellen setzten sich hauptsächlich zusammen aus Kritik an bestehenden Systemen sowie der Forderung, die nach wie vor vorherrschende Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt, in Führungspositionen und bei Friedensprozessen zu bekämpfen.

An dritter Stelle steht „Europas Rolle bei der Friedenssicherung/Europäische Friedenspolitik“. Auch hier finden sich viele Kritikpunkte, die der europäischen Friedenspolitik

<sup>312</sup> Hill, *Werkzeuge des Völkermords*, 32.

vorwerfen, sich lediglich zu Lippenbekenntnissen hinreißen zu lassen, jedoch bei der Umsetzung der Resolutionen und Ziele zu scheitern.

Die Kategorie „UN 1325“ umfasst alle Inhalte, die sich mit der UN-Resolution befassen, sich jedoch nicht explizit einer der ersten drei Kategorien zuordnen lassen. Aufgrund des zentralen Stellenwerts dieser Resolution können auch dieser Kategorie 21 relevante Textstellen zugeordnet werden.

Der Punkt „Frauen und Armut“ umfasst lediglich 17 Textstellen, da bei der Kategorisierung in diesem Fall der Europabezug ausschlaggebend war. Zwar drehen sich deutlich mehr Texte um die Frage der wirtschaftlichen und sozialen Armut von Frauen, als anhand dieser Kategorie ersichtlich, doch musste hier, um den Rahmen nicht zu sprengen, zwischen europäischen und außereuropäischen Schwerpunkten differenziert werden. Wären die Textstellen ohne direkten Europabezug in die Analyse miteinbezogen worden, würde der Punkt „Frauen und Armut“ ebenfalls zu den Topkategorien zählen.

Die beiden letzten Kategorien, „Vernetzung“ und „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“, sind am wenigsten vertreten. Trotz der zentralen Rolle, die die Vernetzung innerhalb der Frauenfriedensbewegung einnimmt, wird dieser Punkt in den hier ausgewählten Artikeln vergleichsweise selten deutlich angesprochen. Dies könnte daran liegen, dass sich einige Textstellen, die den Vernetzungsaspekt indirekt mittragen, besser zu anderen Kategorien zuteilen ließen. Die Kommunikation zwischen den Aktivistinnen und anderen Frauenorganisationen ist beispielsweise auch bei dem Punkt „Frauen als Friedensstiftende/Frauen als Friedenaktivistinnen“ ein wichtiges Thema.

Die letzte Kategorie beinhaltet Texte, die sich mit den Aufgaben, Zielen und erreichten Erfolgen der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“ befassen. Auch diese Kategorie ist nicht allzu umfangreich, das liegt jedoch daran, dass die meisten Texte nicht die IFFF an sich als Thema haben, sondern sich mit Erfolgen, aber auch den Mängeln der europäischen Friedens- und Gleichstellungspolitik befassen.

## **5.4 Die Kategorieninhalte**

Anschließend an die Häufigkeitsanalyse werden nun die Inhalte der einzelnen Kategorien genauer beschrieben und interpretiert. Etwaige unklare Passagen werden mittels vertiefender Literatur oder ergänzenden Quellen im Sinne der Explikation näher erläutert.

Der erste Bereich, die Kategorie „Repräsentation und Stellung der Frau/Frauenrechte/Gleichstellung“, zieht sich wie ein roter Faden durch einen Großteil

der Texte der IFFF. Aufgrund der Tatsache, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern weder national noch auf EU-Ebene zufriedenstellend ist – wobei die Europäische Union bereits einige Maßnahmen in die richtige Richtung umgesetzt hat und als „Spitzenreiter in Bezug auf die Umsetzungsbemühungen der Resolution [1325]“<sup>313</sup> gilt –, nimmt diese Thematik einen großen Stellenwert innerhalb der Arbeit der Frauenliga ein. Die einzelnen Aspekte des Friedensaktivismus müssen von einem geschlechtersensiblen Blickwinkel aus betrachtet werden. Im folgenden Beispiel wird die von der Frauenliga stark kritisierte Benachteiligung von Frauen in Friedensprozessen diverser Institutionen besonders deutlich:

„Die Diskussionen über die UN-Reformen dürfen nicht übersehen, dass Frauen und Männer unterschiedliche Interessen haben

Die UNO ist ein Männerclub, in der fast alle leitenden Positionen männlich besetzt sind, und der UN-Sicherheitsrat ist es erst recht: Nur in Ausnahmefällen redet mal eine Frau. Wer meint, es sei nicht wichtig, ob dort Männer oder Frauen agieren, irrt sich gewaltig. Die gesamte Politik der UNO ist männlich geprägt. Unter den Blauhelmen stecken Männer, die vielleicht den Frieden schützen, aber die Prostitution und die HIV-Ansteckungsraten in die Höhe haben schnellen lassen. Beispiel: Kambodscha [sic], Bosnien, Liberia. Der Aufbau von UN- Flüchtlingslager [sic] wird von Männern geplant, die regelmäßig vergessen, für genügend Binden und Babynahrung zu sorgen, obwohl Frauen und Kinder die große Mehrheit der Flüchtlinge stellen. Beispiel: Westafrika. Und beim Wiederaufbau staatlicher Institutionen in Nachkriegsländern sind es wiederum Männer, die nicht daran denken, Frauenquoten für Regierung, Parlament, Justiz und Polizei aufzustellen, was dazu führt, dass Frauenrechte nicht gewährleistet und sexualisierte Kriegsverbrechen nicht aufgeklärt werden. [...]“<sup>314</sup>

Die Sorge um die Bedürfnisse und den Schutz von Frauen im und nach dem Krieg, die von männlichen Entscheidungsträgern meist gar nicht oder nur unzureichend bedacht werden, ist eines der Hauptanliegen der IFFF. Bereits in den Beschlüssen des Haager Friedenskongresses findet sich ein entsprechender Punkt.<sup>315</sup> Die Frauenfriedensliga plä-

---

<sup>313</sup> IFFF – Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, POINTS ON 10 YEARS UNSCR 1325 IN EUROPE. <http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/10-points-on-10-years-unscr-1325-in-europe.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).

<sup>314</sup> Heidi Meinzolt, [TAZ] Die Quotierung der Weltsicherheit. <http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/quotierung-der-weltsicherheit-taz.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).

<sup>315</sup> Siehe Anhang Seite 102 unter Punkt I. Die Frauen und der Krieg – 2. Leiden der Frauen im Krieg.

diert dafür, gerade aus diesem Grund mehr Frauen an Entscheidungsprozessen zu beteiligen, da dadurch oftmals ein differenzierter Zugang zu gewissen Themen und eine bessere Sensibilisierung möglich gemacht wird.

Die Textstellen der zweiten Kategorie, „Frauen als Friedensstiftende/Frauen als Friedensaktivistinnen“, beschreiben die oben bereits erwähnte Notwendigkeit, Frauen in Friedensfragen mehr Mitsprache zu ermöglichen. Bereits bei der Gründung der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“ auf dem „Ersten Internationalen Frauenfriedenskongress“ 1915 wurde dies von Aletta Jacobs betont und folgendermaßen begründet:

„Wir Frauen beurteilen den Krieg anders als Männer. Männer kalkulieren vor allem sein wirtschaftliches Ergebnis: wie viel kostet der Krieg, welche Verluste oder Gewinne sind für den nationalen Handel und die Industrie zu erwarten, welchen Machtzuwachs bringt er und so fort! – Aber was bedeutet der materielle Verlust im Vergleich zu den Männern und Söhnen, die hinausmarschieren, um nie heimzukehren. Wir Frauen denken vor allem an den Verlust der Menschheit, der durch Krieg entsteht, an den Jammer, die Schmerzen und das Elend, das er verursacht.“<sup>316</sup>

Die politische Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen Politikfeldern, also auch im Bereich der Friedensverhandlungen, wurde bereits 1915 als einer der 20 Beschlüsse des „Ersten Internationalen Frauenfriedenskongresses“ festgehalten.<sup>317</sup> Diese Forderung ist heute immer noch aktuell, da die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen nach wie vor nicht in allen politischen Institutionen erreicht ist. Dies betrifft neben allgemeinen politischen Entscheidungsfeldern vor allem auch die friedenspolitischen Bereiche. Die Aktivistinnen der Frauenliga betonen den Zusammenhang zwischen Geschlechtergerechtigkeit innerhalb einer Gesellschaft und einer friedlicheren Außenpolitik der Staaten. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen wird demnach als Grundvoraussetzung für eine friedliche Konfliktlösung und nachhaltigen Frieden betrachtet.<sup>318</sup> Deshalb fordern die Aktivistinnen der IFFF eine deutlich stärkere Beteiligung von Frauen, wie auch das folgende Beispiel zeigt:

---

<sup>316</sup> Irmgard Hofer, Heidi Meinzolt, „Frauen Europas, wo bleibt Eure Stimme?“ In: Die Waffen nieder! Dokumentation zur Vortragsreihe „Friedensaktivistinnen des 20. Jahrhunderts“ (Studienreihe Zivilgesellschaftliche Bewegungen – Institutionalisierte Politik 29/2014), 6.

<sup>317</sup> Genauer Wortlaut im Anhang auf Seite 104.

<sup>318</sup> Vgl. Gina Burger, Frauen als Akteure in Friedensprozessen. 10 Jahre UN-Resolution 1325. Ein Bericht vom 25. Forum Globale Fragen im Auswärtigen Amt. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik (Vol.3, Issue 3/2010), 404.



„Gleichberechtigung in demokratischen Prozessen und im gesellschaftlichen und politischen Leben ist auch noch ein Thema, für das sich Ligafrauen [...] engagieren. [...] Gleichberechtigte Gesellschaften sind friedlichere Gesellschaften. Frauen können auf Grund ihrer geringeren Nähe zu Waffen und ihren Fähigkeiten zum Denken und Handeln über Grenzen hinweg entscheidende Impulse für eine alternative Friedens- und Sicherheitsarchitektur geben.“<sup>319</sup>

Die Textstellen der Kategorie „Europas Rolle bei der Friedenssicherung/Europäische Friedenspolitik“ beziehen sich vor allem auf die Kritik an der europäischen Sicherheitspolitik, da beispielsweise die enge Zusammenarbeit mit der NATO nach Meinung der Friedenaktivistinnen keine friedliche Bekämpfung von Kriegen darstellen kann.

„Die IFFF wehrt sich gegen jegliche Instrumentalisierung der Resolution 1325 für militärische Zwecke sowie Kriegspropaganda und lehnt Genderkomponenten von Nato und EU ab, die in der Integration von Frauen in militärische Strukturen bestehen.“<sup>320</sup>

Vor allem die Entmilitarisierung der Sicherheitspolitik ist den Ligafrauen ein großes Anliegen.<sup>321</sup> Im Zusammenhang mit der UN-Resolution 1325 wird in einem Forderungskatalog darauf aufmerksam gemacht, dass die „europäische Sicherheitspolitik [...] geschlechtssensibel auf Prävention, Diplomatie und eine Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft setzen“<sup>322</sup> muss. Dieser Forderungskatalog umfasst die wichtigsten Kritikpunkte und Vorschläge, um Frieden und Sicherheit in der Europäischen Union zu fördern. Dabei wird vor allem auf eine geschlechtssensible Umsetzung Wert gelegt. Auch eine entsprechende Vernetzung und Kommunikation zwischen der EU und diversen Friedens- sowie Frauenorganisationen soll gestärkt werden, ebenso wird gefordert, dass Frauen und Frauengruppen „auf allen Entscheidungsebenen“<sup>323</sup> miteinbezogen werden müssen.

---

<sup>319</sup> Hofer, Meinzolt, „Frauen Europas, wo bleibt Eure Stimme?“, 8.

<sup>320</sup> Heilberger, Von Helsinki nach Peking, 52.

<sup>321</sup> Vgl. IFFF – Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Europäisches WILPF-Treffen. <http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/european-wilpf-2016.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).

<sup>322</sup> IFFF – Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Forderungskatalog an die Kandidatinnen und Kandidaten für das Parlament der Europäischen Union/EU. <http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/wilpf-eu-forderungskatalog.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).

<sup>323</sup> IFFF – Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Forderungskatalog an die Kandidatinnen und Kandidaten für das Parlament der Europäischen Union/EU. <http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/wilpf-eu-forderungskatalog.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).

„Wir fordern, dass unverzüglich die Anzahl von Frauen erhöht werden muss, die in führenden UN-Positionen, internationalen Konfliktlösungsinstanzen und Missionen sowie Regierungen an der Beilegung von Konflikten arbeiten. Örtliche Frauenorganisationen müssen zwingend einbezogen werden.“<sup>324</sup>

Es wird kritisiert, dass ein Unterschied zwischen europäischer Politik an sich und deren praktischer Umsetzung besteht. Im Zuge der UN-Resolution 1325 wird gefordert: „the EU should „practice what it preaches.“ It should increase the number of women working within its own institutions, appoint women to senior-level positions at the national, regional and international levels. [...] Besides including a gender perspective in any of its own efforts, the EU should support the participation of women (including women’s groups and survivors) as key actors in all peace and security initiatives.“<sup>325</sup>

Mit der Einführung der UN-Resolution 1325 zu „Frauen, Frieden und Sicherheit“ forderte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen „eine stärkere Beteiligung von Frauen an Institutionen und Mechanismen zur Bewältigung und Beilegung von Konflikten“<sup>326</sup>. In dieser Resolution wird nun erstmals offiziell anerkannt, dass Frauen nicht nur Opfer von Konflikten sind, sondern auch Teil der Konfliktbearbeitung und der Friedenssicherung sein müssen. Die Forderungen der im Oktober 2000 einstimmig verabschiedeten Resolution beziehen sich auf die Gleichberechtigung von Frauen als Akteurinnen auf allen Ebenen und in jeder Phase der Konfliktlösung. Ohne die Mitarbeit von Frauen seien keine stabilen Friedensabkommen sowie keine nachhaltige Friedenssicherung erreichbar.<sup>327</sup>

In der Resolution wird demnach betont, „welche wichtige Rolle Frauen bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten und bei der Friedenskonsolidierung zukommt [...]“<sup>328</sup> und wie „wichtig es ist, dass sie an allen Anstrengungen zur Wahrung und Förderung von Frieden und Sicherheit gleichberechtigt und in vollem Umfang teilhaben und dass ihre Mitwirkung an den Entscheidungen im Hinblick auf die Verhütung und Beilegung von Konflikten ausgebaut werden muss [...]“<sup>329</sup> Die Texte der IFFF, die dieser Kategorie zugeteilt wurden, kritisieren vor allem die lange Nicht-Umsetzung der UN-Resolution 1325

---

<sup>324</sup> Heilberger, Von Helsinki nach Peking, 52.

<sup>325</sup> IFFF – Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, 10 POINTS ON 10 YEARS UNSCR 1325 IN EUROPE. <http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/10-points-on-10-years-unscr-1325-in-europe.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).

<sup>326</sup> Burger, Frauen als Akteure in Friedensprozessen, 403.

<sup>327</sup> Vgl. Burger, Frauen als Akteure in Friedensprozessen, 404.

<sup>328</sup> IFFF – Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, UN Resolution 1325. <http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/un-resolution-1325.html> (letzter Zugriff am 4.8.2016).

<sup>329</sup> IFFF – Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, UN Resolution 1325. <http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/un-resolution-1325.html> (letzter Zugriff am 4.8.2016).

in Deutschland beziehungsweise des Nationalen Aktionsplanes. Der Nationale Aktionsplan (NAP) dient der Umsetzung der Resolution 1325 und beinhaltet Ziele und Strategien. Es finden sich jedoch auch Textstellen, die die zahlreich stattgefundenen Aktivitäten, initiiert durch UN 1325, hervorheben. Die Resolution vermochte es, ein Bewusstsein für Fragen zu Frauen, Frieden und Sicherheit zu schaffen sowie die Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsrat und Frauenorganisationen zu fördern.<sup>330</sup> An der Resolution kritisiert werden die ungenaue Formulierung und die daraus resultierende Ermöglichung einer „weitschweifigen Auslegung und einer großzügigen Anwendung.“<sup>331</sup>

Die Texte der fünften Kategorie, „Frauen und Armut“, stehen immer im Kontext zu der diesbezüglichen Europapolitik. „Armut ist weiblich“<sup>332</sup>, dies gilt weltweit. In dieser Kategorie werden jedoch ausschließlich europabezogene Inhalte als relevant beurteilt. Die Austeritätspolitik der Europäischen Union wird von den Aktivistinnen der Friedensliga stark kritisiert. Die Erklärung zum Anlass des internationalen Tages für die Beseitigung von Armut aus dem Jahr 2012 zeigt, welche Folgen die IFFF aufgrund der europäischen Sparpolitik für Frauen sieht. Der Abbau sozialer Sicherung und öffentlicher Ausgaben sowie Lohn- und Pensionskürzungen auf der einen Seite und Steuererhöhungen auf der anderen Seite sind Faktoren, die unter anderem Frauen maßgeblich betreffen. Durch den Abbau der sozialen Sicherung steigen nicht nur die unbezahlte Arbeit von Frauen, sondern auch die damit einhergehende Belastung, die Unsicherheit und die Abhängigkeit. Der Rückschritt in traditionelle Geschlechterrollen wird als logische Konsequenz befürchtet<sup>333</sup>, wie folgendes Beispiel zeigt:

„Armut auch in Europa als an Bedeutung gewinnender Faktor sozialer Spannungen gefährdet den sozialen Frieden. Diese Armut ist weiblich. Sie fährt die Emanzipationsfortschritte der letzten 30 Jahre zurück und schließt Frauen zunehmend nicht nur vom Arbeitsmarkt, sondern von gesellschaftlichen Tätigkeiten aus.

Diese Armut ist ein geschlechtsspezifischer Frühwarnindikator gegen [...] eine Radikalisierung der Gesellschaft insgesamt. Sie lässt die weiblichen Stimmen verstummen [...],

---

<sup>330</sup> Vgl. Sam Cook, Frauen, Frieden, Sicherheit. Die Resolution 1325 und ihre Umsetzung. In: Irmgard Heilberger, Barbara Lochbihler (Hg.), Frau Macht Veränderung. 15 Jahre Pekinger Weltfrauenkonferenz – 15 Jahre Frauenfriedenszug: Bilanz und Perspektiven (Brüssel/Berlin 2010), 16.

<sup>331</sup> Cook, Frauen, Frieden, Sicherheit, 17.

<sup>332</sup> Unmüßig, Armut bleibt weiblich, 127.

<sup>333</sup> Vgl. IFFF – Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Frauen als Opfer der Austeritätspolitik. Erklärung anlässlich des internationalen Tages für die Beseitigung von Armut am 17. Oktober 2012. <http://www.wilpf.de/themen/menschenrechte/erklaerung-armut-2012.html> (letzter Zugriff am 27.7.2016).

die es für eine Beteiligung der Frauen an allen Phasen der Konfliktlösung im Sinne der Res.1325 bedürfte. [...] Wir vertreten, dass Frauenfriedensgruppen auf allen Ebenen der Prävention einschließlich der Führungs- und Entscheidungsebenen einbezogen werden müssen.“<sup>334</sup>

Die „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“ sieht somit einen direkten Zusammenhang zwischen der sozialen Benachteiligung von Frauen und ihrer demzufolge geringen Teilhabe an Konfliktlösungsprozessen. Die Schlussfolgerung ist demnach die stärkere und vor allem gleichberechtigte Miteinbeziehung von Frauen auf allen Ebenen. Hier zeigt sich deutlich der rote Faden, der sich durch sämtliche Texte der Frauenliga zieht – es läuft darauf hinaus, dass Frauen, sei es nun in der Friedenspolitik, am Arbeitsmarkt oder in der Gesellschaft selbst, nach wie vor keine vollständige Gleichberechtigung erfahren. Dies wird jedoch als zwingend notwendig erachtet, um Fortschritte im Bereich der europa- und weltweiten Einheit und Friedenssicherung zu machen.

Auch der sechste Punkt, die „Vernetzung“, ist hierbei essentiell. Wie bereits bei den Resolutionen des „Ersten Internationalen Friedenskongresses“ in Den Haag 1915 vermerkt wurde – „Da der zusammenwirkende Einfluss der Frauen aller Länder einer der stärksten Faktoren zur Vermeidung des Krieges ist“<sup>335</sup> – spielt der Zusammenschluss von Frauenfriedensgruppen eine wichtige Rolle in der Friedensarbeit. Eine diesbezügliche Aktion der IFFF war beispielsweise der „Peace-Train“ im Jahr 1995. Bei dieser Unternehmung handelte es sich um einen Frauenfriedenszug von Helsinki nach Peking zur vierten Weltfrauenkonferenz, mit Stopps in von Kriegen stark betroffenen Ländern. 233 Frauen aus 42 Ländern waren Teil dieser dreiwöchigen Reise, die das Ziel hatte, engagierte Frauen und Friedensgruppen zu treffen, zu vernetzten und für die Forderungen und Ziele der Frauenfriedensbewegung einzutreten.<sup>336</sup>

„Mit diesem Women’s Peace Train wollten wir auf Friedenspolitik aufmerksam machen und unterwegs den Stimmen von Frauen aus Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion Gewicht geben [...]“<sup>337</sup>

---

<sup>334</sup> IFFF – Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Ansatzpunkte WILPF/IFFF zum Entwurf der Bundesregierung zum NAP1325. <http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/wilpf-ansatzpunkte-zum-nap.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).

<sup>335</sup> Siehe Anhang Seite 104 unter Punkt III. Grundsätze für einen dauernden Frieden – 9. Die Gleichberechtigung der Frau.

<sup>336</sup> Vgl. Dullinger (Hg.), „Wir sind der Gipfel“, 8f.

<sup>337</sup> Heilberger, Von Helsinki nach Peking, 45.

Auch die vierte Weltfrauenkonferenz, die Endstation des „Peace-Trains“, war ein groß angelegtes Vernetzungstreffen, um Frauen aus allen Kontinenten eine Plattform zu bieten.

„Etwa 30.000 Frauen haben sich am Forum der Nichtregierungsorganisationen (NGO) beteiligt. Die IFFF leistete einen Beitrag zur weltweiten Vernetzung von Frauenbasisorganisationen [...]“<sup>338</sup>

Ein Schwerpunkt in der Arbeit der IFFF sind die oben genannten Vernetzungsaktivitäten. Durch den Zusammenschluss verschiedener internationaler Frauenorganisationen und gemeinsame Veranstaltungen, Workshops und Ähnliches kann eine breitere Öffentlichkeit erreicht werden. Die letzte Kategorie, in der die Texte über die IFFF zusammengefasst sind, beinhaltet somit hauptsächlich Berichte über Treffen, Workshops oder zukünftige Vorhaben der Frauenliga. Daneben finden sich aber auch Zusammenfassungen der bisher geleisteten Arbeit sowie noch nicht umgesetzte Forderungen an die europäische Friedenspolitik oder die Vereinten Nationen.

---

<sup>338</sup> Heilberger, Von Helsinki nach Peking, 46.

## 6. Beantwortung der Forschungsfragen

An dieser Stelle werden die in der Einleitung aufgeworfenen Fragestellungen anhand der in den vorigen Kapiteln erfolgten Abhandlung auf Basis der wissenschaftlichen Literatur und der Auswertung des Quellenmaterials beantwortet.

### **Welche Handlungsmöglichkeiten gab es für Frauen in der europäischen Politik seit 1945?**

Die erste forschungsleitende Fragestellung umfasst einen Zeitraum von über 70 Jahren, deshalb muss bei ihrer Beantwortung in verschiedene zeitliche Etappen unterschieden werden, denn nicht zu jedem Zeitpunkt waren Frauen gleichermaßen involviert bzw. von der Politik ausgeschlossen.

- *Welche maßgeblichen gleichstellungspolitischen Richtlinien wurden in der Zeit ab dem Zweiten Weltkrieg beschlossen und mit welchem Erfolg wurden sie durchgesetzt?*

Die erste wichtige Maßnahme war die Einführung des Lohnleichheitsgrundsatzes 1957 - Artikel 119. Damit sollte garantiert werden, dass Frauen für gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten wie ihre männlichen Kollegen. Dieser Grundsatz markiert den Beginn und die Grundlage für alle darauffolgenden gleichstellungspolitischen Fortschritte. Zwar mangelte es an der Durchsetzung des Lohnleichheitsgrundsatzes – in einigen Mitglieds-ländern wurde das Ziel bis heute nicht erreicht –, dennoch muss der Einführung des Grundsatzes eine große Bedeutung beigemessen werden.

Die Aktionsprogramme markierten ebenfalls eine entscheidende Entwicklungsphase. Das erste Programm aus dem Jahr 1982 thematisierte die Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt. Das im Jahr 1986 folgende Aktionsprogramm stellte die Bildung als zentralen Faktor zur Senkung der Arbeitslosenrate von Frauen in den Mittelpunkt. In den Jahren 1990 bis 1995, im Zuge des dritten Aktionsprogrammes, wurden sowohl der rechtliche Rahmen der Gleichstellung, als auch die weiterführende Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt und die Verbesserung der Stellung von Frauen in der Gesellschaft in den Mittelpunkt der gleichstellungspolitischen Maßnahmen gerückt.

Ebenfalls zu den wichtigsten Handlungsschritten gehört zweifellos das Konzept des Gender Mainstreaming, also das Miteinbeziehen der Geschlechterperspektive in alle politischen Prozesse. Zwischen dieser und der ersten Maßnahme liegen fast 40 Jahre, in denen zwar einige Richtlinien und Verordnungen eingeführt wurden, die jedoch häufig nicht die gewünschten Erfolge erzielten. Die wichtigsten aktuellen strategischen Arbeitsschritte zur Gleichstellung der Geschlechter lassen sich unter den folgenden fünf Punkten zusammenfassen:

- Gleiche wirtschaftliche Unabhängigkeit
- Gleiches Entgelt für gleiche und gleichwertige Arbeit
- Gleichstellung in Entscheidungsprozessen
- Schutz der Würde und Unversehrtheit
- Gleichstellung in der Außenpolitik

Der diesbezügliche Maßnahmenkatalog der Europäischen Union konzentriert sich vor allem auf die Sichtbarmachung von geschlechtsspezifischer Diskriminierung am Arbeitsplatz, in der Gesellschaft, aber auch durch Gesetze und Richtlinien, die Frauen auf Grund ihres Geschlechts benachteiligen. An der Umsetzung der Richtlinien und Verordnungen zur Gleichstellung muss jedoch noch gearbeitet werden, da nicht alle dieser Maßnahmen für die Mitgliedsstaaten verbindlich sind. Auch innerhalb der Institutionen und Organe der Europäischen Union selbst sind Frauen nach wie vor zu einem Großteil noch stark unterrepräsentiert. Vor allem auch im Bereich der europäischen Friedenspolitik werden Frauen, wie von der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“ stark kritisiert, bis dato nur unzureichend an den Entscheidungsprozessen beteiligt.

- *Nahmen frauenpolitische Themen einen großen Stellenwert innerhalb der Europapolitik ein?*

Diese Frage ist nicht so einfach zu beantworten, denn es muss differenziert werden, um welchen Zeitpunkt der letzten 70 Jahre es sich handelt. Eindeutig ist, dass in den ersten zehn Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges frauen- und gleichstellungspolitische Anliegen nicht im Mittelpunkt der europäischen Politik standen. Der erste maßgebliche Beschluss war der Lohnleichheitsgrundsatz 1957, danach stagnierte die Entwicklung bis in die 1970er Jahre, bis auch wieder Themen abseits der europäischen Wirtschaft Aufmerksamkeit bekamen. Bis in die 1980er Jahre hinein wurden im frauenpolitischen Bereich maßgebliche Schritte eingeleitet, um die Gleichstellung der Geschlechter voran-

zutreiben. Diese unterschiedlich intensiven Phasen lassen sich durch den Einfluss äußerer Faktoren begründen – zum einen spielt immer eine Rolle, welche politischen Parteien in den jeweiligen nationalen Regierungen arbeiten. Je konservativer, desto weniger Stellenwert wird frauen- und gleichstellungspolitischen Themen beigemessen. Zum anderen trug das Erstarken der Neuen Frauenbewegung in den 1970er Jahren maßgeblich dazu bei, dass die europäische Gleichstellungspolitik mehr in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt wurde. Auch der wirtschaftliche Aufschwung begünstigte die Thematisierung der frauenpolitischen Aspekte. In der anschließenden Phase Mitte der 1990er Jahre stagnierten die Entwicklungen, bevor im Jahr 2000 schließlich die UN-Resolution 1325, mit der wichtigen Forderung, dass Frauen stärker in – politischen und wirtschaftlichen – Führungspositionen vertreten sein müssen die generelle Geschlechtergleichberechtigung mehr forciert werden müsse, beschlossen wurde.

- *Welche Möglichkeiten gab es für Frauen, um sich aktiv an der europäischen Politik zu beteiligen?*

Aufgrund der Schwierigkeiten, mit denen sich Frauen in der Politik konfrontiert sahen, waren Frauen als politische Entscheidungsträgerinnen lange Zeit nicht präsent. Die Ausweitung gleichstellungspolitischer Maßnahmen erfolgte erst gegen Ende des 20. Jahrhunderts, wodurch Frauen stärker gefördert und ermutigt wurden, ein politisches Amt zu übernehmen. Dennoch gab es davor auch andere Optionen für Frauen, an der europäischen Politik teilzuhaben. Wie am Beispiel der Friedensaktivistinnen gut zu erkennen ist, konnten Frauen bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ihre politische Stimme erheben und sich aktiv für ihre Anliegen einsetzen. Der Zusammenschluss zu politischen Netzwerken, also die länderübergreifende, europa- und weltweite Vernetzung trägt viel dazu bei, im politischen Geschehen Gehör zu finden. Dennoch sind Männer in Entscheidungspositionen nach wie vor über- und Frauen unterrepräsentiert. In der Politik auf europäischer Ebene gilt dies jedoch nicht für alle Organe und Institutionen, denn im Europäischen Parlament sind Frauen beispielsweise verhältnismäßig stark repräsentiert. Doch in anderen EU-Organen, wie zum Beispiel im Europäischen Rat oder der Europäischen Kommission, ist der Männerüberschuss deutlich. Die UN-Resolution 1325 sollte, in diesem Fall vor allem auf die europäische Friedenspolitik bezogen, eine stärkere Repräsentation von Frauen in Entscheidungsprozessen und Führungspositionen fördern, doch die Umsetzung in den einzelnen Mitgliedsstaaten wurde nicht überall in gleichem Maße



vollzogen. Die Hauptbelastung der familiären Verantwortung lag und liegt zum größten Teil nach wie vor im Aufgabenbereich von Frauen, so dass ihre beruflichen Möglichkeiten und Karrierechancen bzw. ihr Aufstieg in Führungspositionen – neben politischen Hindernissen – auch aus diesem Grund schwerer realisierbar sind.

### **Wie oft wird Europapolitik in den Veröffentlichungen der IFFF thematisiert und in welchem Kontext?**

An einigen Stellen des hier untersuchten Materials ist Europapolitik explizit Thema, dies immer im Zusammenhang mit Friedens- und Gleichstellungspolitik.

Die erste Thematisierung europäischer Politik geschieht im Zuge eines Artikels über das „Europäische WILPF-Treffen“. Dieser Text fasst die Kritik der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“ an der europäischen Friedenspolitik auf die grundlegenden Punkte zusammen. Die europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik steht dabei an oberster Stelle, da hier laut IFFF starke Missstände herrschen und dabei das „Auseinanderfallen, der Kollaps Europas“<sup>339</sup> befürchtet wird. Neben der Kritik an europäischer Friedenspolitik stellt der „Forderungskatalog an die Kandidatinnen und Kandidaten für das Parlament der Europäischen Union/EU“ die wichtigste Positionierung der IFFF zu europapolitischen Themen dar. Der Artikel „The effects of the financial and economic crisis on women in Europe“ befasst sich mit den Auswirkungen, die die europäische Sparpolitik auf Frauen in Europa hat und erläutert, weshalb gerade Frauen davon stark betroffen sind. Die IFFF richtet in ihrem Text die Forderung an die Europäische Union, die Menschenrechte zu respektieren und dementsprechend zu handeln, sowohl in wirtschaftlicher, sozialer oder politischer Hinsicht. Auch in Bezug auf die Gewaltprävention wird die EU aufgefordert, die 2012 beschlossene Europaratskonvention<sup>340</sup> gegen Gewalt gegen Frauen zu ratifizieren und so ein wirksames Mittel zur Bekämpfung zu schaffen.

Diese vier Punkte stellen die primären Themen dar, die in den europaspezifischen Texten der IFFF behandelt werden.

---

<sup>339</sup> IFFF – Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Europäisches WILPF-Treffen.

<http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/european-wilpf-2016.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).

<sup>340</sup> Vgl. IFFF – Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, EWL calls on MEPs to back ratification by the EU and Member States of legal tool to tackle violence against women. <http://www.wilpf.de/themen/menschenrechte/ewl-calls-on-meps-to-back-ratification-by-the-eu-and-member-states-of-legal-tool-to-tackle-violence-against-women.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).

## **Wie wird Europa im Zusammenhang mit frauenpolitischen Themen erwähnt?**

Frauenspezifische Themen auf Europa-Ebene werden hauptsächlich im Kontext der UN-Resolution 1325 angesprochen. Die Betonung liegt hierbei auf der zufriedenstellenden Vorgehensweise der EU in Bezug auf die Einführung und Umsetzung der Maßnahmen im direkten Vergleich zu einzelnen Mitgliedsstaaten, wie zum Beispiel Deutschland. Dennoch wird auch hervorgehoben, dass die Miteinbeziehung von Frauen auf allen Ebenen der Politik nach wie vor nicht vollständig gegeben ist. Kritisiert wird hier vor allem, dass im Bereich der Friedenspolitik meist Männer die führenden Positionen innehaben, diese jedoch kaum auf spezielle Bedürfnisse von Frauen im Krieg und in der Gesellschaft Rücksicht nehmen.

## **Wie kann eine rein weibliche Friedensorganisation – am Beispiel der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“ – auf EU-Ebene agieren?**

Die letzte Forschungsfrage wird wiederum aufgeteilt in drei Detailfragen, da sie sonst nur unzureichend zu beantworten wäre. Die Möglichkeiten der „Internationalen Frauenliga für Frieden“ sowie ihre Vernetzungsaktivitäten werden in den ersten beiden Detailfragen beschrieben, wohingegen die dritte Detailfrage die Grenzen und Probleme aufzeigt, die sich bei der Friedensarbeit ergeben.

- *Wird deutlich, welche Handlungsmöglichkeiten sich für die Friedensaktivistinnen auf Europa-Ebene bieten?*

Die wichtigsten Aktionen, die die Anliegen der Aktivistinnen vertreten, waren die vier UN-Weltfrauenkonferenzen. Hier wurden wegweisende Strategien beschlossen, die, wie beispielsweise die UN-Resolution 1325, maßgebliche weiterführende Maßnahmen initiierten.

Groß angelegte Aktionen, wie beispielsweise der Peace-Train nach Peking im Jahr 1995, lenken die Aufmerksamkeit auf die Arbeit der Friedensaktivistinnen und ihr Engagement im Bereich der Friedens- und Frauenpolitik.

Durch den Beraterstatus, den die „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“ unter anderem bei den Vereinten Nationen besitzt, wird der Organisation entsprechend Beachtung geschenkt. Es werden Forderungen, Vorschläge, aber auch Kritik an die Poli-

tikerinnen und Politiker der Europäischen Union gerichtet, die jedoch nicht zwingend angenommen werden müssen. Durch eine starke Vernetzung untereinander hofft die Frauenfriedensbewegung, sich mehr Gehör verschaffen und eine noch wichtigere Position in der europäischen Friedenspolitik einnehmen zu können.

- *Welche innereuropäischen Vernetzungsaktivitäten werden unternommen und mit welchem Ziel?*

Essentiell für die Arbeit der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“ ist die Zusammenarbeit mit ihren verschiedenen inner- aber auch außereuropäischen Sektionen. Das äußert sich in Form von Workshops, gemeinsamen Treffen und Friedenskonferenzen an speziellen historischen Erinnerungsorten, wie zum Beispiel in Sarajevo im Jahr 2014 anlässlich 100 Jahre Ausbruch des Ersten Weltkrieges, oder gemeinsamen Unternehmungen, wie die Reise im Peace-Train zur vierten Weltfrauenkonferenz von Helsinki nach Peking 1995. Diese Reise führte die Teilnehmerinnen durch einige von Kriegen betroffene inner- und außereuropäische Hauptstädte. Diese und ähnliche Aktivitäten zielen darauf ab, die Organisation zu stärken und einzelne regionale und nationale Sektionen durch rege Kommunikation zu unterstützen sowie Frauen aus allen Teilen Europas und der Welt eine Stimme zu verschaffen.

- *Welchen Problemen sehen sich die Aktivistinnen ausgesetzt?*

Das größte Problem ist ohne Zweifel die nur schleichende Anerkennung bzw. Umsetzung der UN-Resolution 1325, die den Frauen mehr Mitspracherecht und bessere Chancen in friedenspolitisch relevanten Positionen garantieren würde. Dadurch, dass die Regierungen einzelner Länder, wie beispielsweise Deutschland, die Einführung Nationaler Aktionspläne zur Umsetzung von UN 1325 lange Zeit ablehnten, bleibt Frauen der Zugang zu friedenspolitischen Berufsfeldern erschwert. Auf Grund der Tatsache, dass Politik, wie eingangs erwähnt, nach wie vor oftmals als männlich dominierte Sphäre definiert wird, finden Frauen zum Teil nur schwer Zugang zu den entscheidenden Positionen.

## 7. Zusammenfassung

Wie bereits die Anstrengungen der späteren Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner am Ende des 19. Jahrhunderts zeigten, traten Friedensaktivistinnen von Anfang an für Frieden auf Basis von internationalen Verhandlungen, den Abbau von Feindbildern sowie eine enge Zusammenarbeit zwischen den Nationen ein.<sup>341</sup> Durch diese Bemühungen leisteten sie einen essentiellen Beitrag zur europäischen Einheit. Es wird davon ausgegangen, dass Frieden nur durch Zusammenhalt, Zusammenarbeit und Kommunikation untereinander gewährleistet werden kann. Die Tätigkeiten der Friedensaktivistinnen waren seit jeher auf Internationalität ausgerichtet, und die Vernetzung untereinander war und ist ein zentrales Mittel, um gemeinsam eine breitere Öffentlichkeit erreichen zu können. Wie bereits die Erfolge des „Ersten Internationalen Frauenfriedenskongresses“ 1915 zeigten, wurden die Forderungen der Friedensfrauen angenommen und ihre Beschlüsse und Resolutionen wurden Teil der Politik der Völkerverständigung.

Auf Grund der Tatsache, dass Frauen jedoch auch noch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in den meisten relevanten, öffentlichkeitswirksamen politischen Positionen nicht entsprechend repräsentiert waren, versuchten die Frauen der Friedensliga, sich durch den Zusammenschluss zu einer großen Gruppe mit gemeinsamen Zielen Gehör zu verschaffen. Die Entwicklungen in der Gleichstellungspolitik verliefen seit den 1950ern in verschiedenen Stufen. Neben Phasen des Stillstandes traten Phasen der regen Tätigkeit und der raschen Fortschritte. Die Bemühungen, eine gerechtere Verteilung der Führungspositionen in Politik und Wirtschaft zu erreichen, fruchteten erst gegen Ende des 20. Jahrhunderts. Auf EU-Ebene wurden zum Teil bereits größere Fortschritte gemacht als in nationalen Regierungen, jedoch gibt es auch hier noch einige Bereiche, die von Männern dominiert werden. Wie der erste Teil der Arbeit zeigt, sind Frauen in fünf von sechs EU-Organen stark unterrepräsentiert. Die Aktivistinnen der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“ fordern, diese Benachteiligung von Frauen zum Wohle aller zu bekämpfen, denn die unterschiedlichen Interessen und Ansichten von Frauen und Männern könnten zu einer breiteren Problemlösungskompetenz beitragen. Dazu sind die von der Europäischen Union eingeführten Maßnahmen, unter anderem vor allem der Beginn der gleichstellungspolitischen Bemühungen – der Lohnleichheitsgrundsatz – und das Kon-

---

<sup>341</sup> Vgl. Michaela Karl, „Die Waffen nieder!“ – Bertha von Suttner und die Friedensbewegung am Vorabend des Ersten Weltkrieges. In: Die Waffen nieder! Dokumentation zur Vortragsreihe „Friedensaktivistinnen des 20. Jahrhunderts“ (Studienreihe Zivilgesellschaftliche Bewegungen – Institutionalisierte Politik 29/2014), 1.

zept des Gender-Mainstreaming, bereits Schritte in die richtige Richtung. Allerdings mangelt es in den meisten Fällen nach wie vor noch an der Umsetzung dieser Strategien. Die Mitgliedsländer bekommen keine verbindlichen Vorschriften, wie die Gleichstellungsrichtlinien umzusetzen wären. Dadurch sind die Länder teilweise auf unterschiedlichen Entwicklungsniveaus im Bereich der Geschlechtergleichberechtigung. Die „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“ sieht jedoch einen direkten Zusammenhang zwischen einer geschlechtergerechten Gesellschaft und einer friedlicheren Politik. Eine Grundvoraussetzung für die friedliche Beilegung von Konflikten und die Prävention zukünftiger Kriege ist demnach die gleichberechtigte Partizipation von Frauen an Entscheidungsprozessen. Einen wichtigen Schritt in diese Richtung markiert die Verabschiedung der UN-Resolution 1325, die den Anteil und den Einfluss, den Frauen an und auf die Friedenssicherung haben und haben sollen, als essentiell einstuft. Für ein friedliches, vereintes Europa ist es demnach unerlässlich, dass Frauen an den maßgeblichen Entscheidungsprozessen gleichberechtigt teilhaben können und ihre Kompetenzen anerkannt werden.

Im Prozess der europäischen Integration waren lange Zeit lediglich Männer sichtbar an der Spitze tätig, so entstand auch der Ausspruch von den „Vätern Europas“. Die Frauen jedoch, die eher abseits der Öffentlichkeit und dadurch weitaus weniger beachtet ihren maßgeblichen Anteil an der friedlichen Einigung Europas leisteten, wie die Aktivistinnen der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“, werden nicht dementsprechend gewürdigt.

## 8. Quellen- und Literaturverzeichnis

### 8.1 Quellenverzeichnis

- Generaldirektion Justiz und Verbraucher der Europäischen Kommission, Die Mitwirkung von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen. [http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/gender-decision-making/database/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/gender-decision-making/database/index_de.htm) (letzter Zugriff am 1.7.2016).
- Europäische Kommission (Hg.), Strategien für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010-2015 (Luxemburg 2011).
- Europäischer Gerichtshof, Vorstellung der Mitglieder. [http://curia.europa.eu/jcms/jcms/Jo2\\_7026/](http://curia.europa.eu/jcms/jcms/Jo2_7026/) (letzter Zugriff am 8.8.2016).
- Europäischer Rechnungshof, Mitglieder. <http://www.eca.europa.eu/de/Pages/OrganizationChartList.aspx> (letzter Zugriff am 2.8.2016).
- Generaldirektion Justiz und Verbraucher der Europäischen Kommission, Die Mitwirkung von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen. [http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/gender-decision-making/database/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/gender-decision-making/database/index_de.htm) (letzter Zugriff am 1.7.2016).
- Generaldirektion Justiz und Verbraucher der Europäischen Kommission, Instrumente für die Gleichstellung der Geschlechter. [http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/tools/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/tools/index_de.htm) (letzter Zugriff am 1.7.2016).
- Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und die Vereinten Nationen, <http://www.unric.org/de/aufbau-der-uno/85> (letzter Zugriff am 18.6.2016).
- Women's Lobby, 25 years of European Women's Lobby. <http://www.womenlobby.org/25-years-of-European-Women-s-Lobby?lang=en> (letzter Zugriff am 14.7.2016).

- Women's International League for Peace and Freedom, Anna-Lisa *Eneroth* (Hg.), Promoting Peace and Human Security in the European Union. A Guide to European Security Policy (Stockholm 2008).
- Irmgard *Heilberger*, Barbara *Lochbihler* (Hg.), Frau Macht Veränderung. 15 Jahre Pekingener Weltfrauenkonferenz – 15 Jahre Frauenfriedenszug: Bilanz und Perspektiven (Brüssel/Berlin 2010).
  - Sevdije *Ahmeti*, Jenseits von Ethnien. Frauenbewegungen in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens. In: Irmgard *Heilberger*, Barbara *Lochbihler* (Hg.), Frau Macht Veränderung. 15 Jahre Pekingener Weltfrauenkonferenz – 15 Jahre Frauenfriedenszug: Bilanz und Perspektiven (Brüssel/Berlin 2010), 77-84.
  - Krishna *Ahoojapatel*, Gläserne Barrieren. Der Kampf um Gleichberechtigung. In: Irmgard *Heilberger*, Barbara *Lochbihler* (Hg.), Frau Macht Veränderung. 15 Jahre Pekingener Weltfrauenkonferenz – 15 Jahre Frauenfriedenszug: Bilanz und Perspektiven (Brüssel/Berlin 2010), 115-122.
  - Sam *Cook*, Frauen, Frieden, Sicherheit. Die Resolution 1325 und ihre Umsetzung. In: Irmgard *Heilberger*, Barbara *Lochbihler* (Hg.), Frau Macht Veränderung. 15 Jahre Pekingener Weltfrauenkonferenz – 15 Jahre Frauenfriedenszug: Bilanz und Perspektiven (Brüssel/Berlin 2010), 15-24.
  - Irmgard *Heilberger*, Von Helsinki nach Peking. Der Friedenszug zur Weltfrauenkonferenz. In: Irmgard *Heilberger*, Barbara *Lochbihler* (Hg.), Frau Macht Veränderung. 15 Jahre Pekingener Weltfrauenkonferenz – 15 Jahre Frauenfriedenszug: Bilanz und Perspektiven (Brüssel/Berlin 2010), 45-54.
  - Felicity *Hill*, Werkzeuge des Völkermords. Der Kampf für nukleare Abrüstung. In: Irmgard *Heilberger*, Barbara *Lochbihler* (Hg.), Frau Macht Veränderung. 15 Jahre Pekingener Weltfrauenkonferenz – 15 Jahre Frauenfriedenszug: Bilanz und Perspektiven (Brüssel/Berlin 2010), 27-36.

- Jean *Lambert*, Pflegehelferin statt Krankenschwester. Migrantinnen in der EU. In: Irmgard *Heilberger*, Barbara *Lochbihler* (Hg.), Frau Macht Veränderung. 15 Jahre Pekingener Weltfrauenkonferenz – 15 Jahre Frauenfriedenszug: Bilanz und Perspektiven (Brüssel/Berlin 2010), 135-145.
  - Barbara *Lochbihler*, Ein Blick zurück nach vorn. 15 Jahre nach der Pekingener Weltfrauenkonferenz. In: Irmgard *Heilberger*, Barbara *Lochbihler* (Hg.), Frau Macht Veränderung. 15 Jahre Pekingener Weltfrauenkonferenz – 15 Jahre Frauenfriedenszug: Bilanz und Perspektiven (Brüssel/Berlin 2010), 7-12.
  - Pinar *Selek*, Gegen die Wand der Männlichkeit. Feministische Bewegung in der Türkei. In: Irmgard *Heilberger*, Barbara *Lochbihler* (Hg.), Frau Macht Veränderung. 15 Jahre Pekingener Weltfrauenkonferenz – 15 Jahre Frauenfriedenszug: Bilanz und Perspektiven (Brüssel/Berlin 2010), 67-75.
  - Eva-Britt *Svensson*, Gesucht: Frau in Führungsposition, Bereich Sicherheit. Rüstung und Geschlechtergerechtigkeit. In: Irmgard *Heilberger*, Barbara *Lochbihler* (Hg.), Frau Macht Veränderung. 15 Jahre Pekingener Weltfrauenkonferenz – 15 Jahre Frauenfriedenszug: Bilanz und Perspektiven (Brüssel/Berlin 2010), 57-64.
  - Barbara *Unmüßig*, Armut bleibt weiblich. Geschlechter(un)gerechtigkeit und Armut. In: Irmgard *Heilberger*, Barbara *Lochbihler* (Hg.), Frau Macht Veränderung. 15 Jahre Pekingener Weltfrauenkonferenz – 15 Jahre Frauenfriedenszug: Bilanz und Perspektiven (Brüssel/Berlin 2010), 125-132.
- Irmgard *Hofer*, Heidi *Meinzolt*, „Frauen Europas, wo bleibt Eure Stimme?“ In: Die Waffen nieder! Dokumentation zur Vortragsreihe „Friedensaktivistinnen des 20. Jahrhunderts“ (Studienreihe Zivilgesellschaftliche Bewegungen – Institutionalisierte Politik 29/2014), 6-9.
  - Michaela *Karl*, „Die Waffen nieder!“ – Bertha von Suttner und die Friedensbewegung am Vorabend des Ersten Weltkrieges. In: Die Waffen nieder! Dokumentati-



on zur Vortragsreihe „Friedensaktivistinnen des 20. Jahrhunderts“ (Studienreihe Zivilgesellschaftliche Bewegungen – Institutionalisierte Politik 29/2014), 1-2.

- Julia Killet, Die Waffen nieder! Dokumentation zur Vortragsreihe April bis November 2014. In: Die Waffen nieder! Dokumentation zur Vortragsreihe „Friedensaktivistinnen des 20. Jahrhunderts“ (Studienreihe Zivilgesellschaftliche Bewegungen – Institutionalisierte Politik 29/2014), 1.
- Europäisches WILPF-Treffen  
<http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/european-wilpf-2016.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- Wirtschaft ist die Fratze des Krieges  
<http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/rede-von-irmgard-hofer-in-garmisch-zum-g7-gehalten-am-6.6.2015.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- Verabschiedung des WILPF 2015 Manifest: 100 Jahre Friedensarbeit  
<http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/wilpf-2015-manifesto.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- „Frauen sichern den Frieden“  
<http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/frauen-sichern-frieden.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- Wie können die UNWSR 1325 und ihre Nachfolgeresolutionen im Bereich der Prävention gestärkt werden?  
<http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/staerkung-praevention.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- Ansatzpunkte WILPF/IFFF zum Entwurf der Bundesregierung zum NAP1325  
<http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/wilpf-ansatzpunkte-zum-nap.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- Bündnis 1325 zum NAP-Entwurf der Bundesregierung  
<http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/buendnis-1325-zum-nap-entwurf-der-bundesregierung.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- Presseerklärung: Regierungsfractionen weisen erneut Nationalen Aktionsplan zur UN-Resolution 1325 zurück.  
<http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/regierungsfractionen-weisen-erneut-nap-zurueck.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).

- Bündnis 1325: Eckpunkte für einen Nationalen Aktionsplan  
<http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/eckpunkte-eines-nationalen-aktionsplans-vom-buendnis-1325.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- Erklärung vom Bündnis 1325 anlässlich des 10 Jahrestages der Resolution 1325  
<http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/erklaerung-vom-buendnis-1325-oktober-2010.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- Pressemitteilung des Frauensicherheitsrates: Deutschland soll sich im UN-Sicherheitsrat für Menschenrechte und UN-Resolution 1325 einsetzen  
<http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/pressemitteilung-des-frauensicherheitsrates.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- 10 POINTS ON 10 YEARS UNSCR 1325 IN EUROPE  
<http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/10-points-on-10-years-unscr-1325-in-europe.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- Resolution "100 Jahre Frauentag - 100 Jahre Kampf um Frieden!"  
<http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/frauenfriedenskonzferenz-resolution-100-jahre-tag-frauentag-100-jahre-kampf-um-frieden.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- IFFF/WILPF Forderung zur Umsetzung der Resolutionen 1325 und 1820 anlässlich der Bundestagswahl  
<http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/umsetzung-resolution-1325-und-1820.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- WILPF/IFFF Forderungskatalog an die Kandidatinnen und Kandidaten für das Parlament der Europäischen Union/EU  
<http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/wilpf-eu-forderungskatalog.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- [TAZ] Die Quotierung der Weltsicherheit  
<http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/quotierung-der-weltsicherheit-taz.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- UN Resolution 1325  
<http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/un-resolution-1325.html> (letzter Zugriff am 4.8.2016).
- Quotierung der Weltsicherheit - Genderperspektiven zur UNO-Reform  
<http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/quotierung-der-weltsicherheit.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).

- Frieden und Gender oder warum ich Mitglied einer Frauenfriedensgruppe bin  
<http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/frieden-und-gender.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- Ent-rüstet euch: 1325 verwirklichen!  
<http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/geburtstag-1325.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- Keine Sicherheit ohne Frieden - Kein Frieden ohne Frauen  
<http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/un-resolution-1325-keine-sicherheit-ohne-frieden-kein-frieden-ohne-frauen.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- „Zivilmacht“ Deutschland noch immer ohne nationalen Aktionsplan 1325  
<http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/ausschnitt-schattenbericht-des-fsr-08.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- WILPF Frauen gegen das TTIP  
<http://www.wilpf.de/themen/menschenrechte/wilpf-gegen-ttip.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- The effects of the financial and economic crisis on women in Europe  
<http://www.wilpf.de/themen/menschenrechte/the-effects-of-the-financial-and-economic-crisis-on-women-in-europe.html> (letzter Zugriff am 26.7.2016).
- EWL calls on MEPs to back ratification by the EU and Member States of legal tool to tackle violence against women  
<http://www.wilpf.de/themen/menschenrechte/ewl-calls-on-meps-to-back-ratification-by-the-eu-and-member-states-of-legal-tool-to-tackle-violence-against-women.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- Frauen als Opfer der Austeritätspolitik  
<http://www.wilpf.de/themen/menschenrechte/erklaerung-armut-2012.html> (letzter Zugriff am 27.7.2016).
- Frau Macht Veränderung  
<http://www.wilpf.de/themen/menschenrechte/frau-macht-veraenderung-.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- 60 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR)  
<http://www.wilpf.de/themen/menschenrechte/60-jahre-allgemeine-erklaerung-der-menschenrechte-aemr-.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).

## 8.2 Literaturverzeichnis

- Gabriele *Abels*, Das „Geschlechterdemokratiedefizit“ der EU. Politische Repräsentation und Geschlecht im politischen Mehrebenensystem. In: Eva *Kreisky*, Sabine *Lang*, Birgit *Sauer* (Hg.), EU. Geschlecht. Staat (Wien 2001), 185-202.
- Hilde *Albertini-Roth*, Europa – Eine Chance für die Frauen. 20 Jahre Fraueninformation der Europäischen Kommission (Köln 1998).
- Ulrike *Allroggen*, Tanja *Berger*, Birgit *Erbe* (Hg.), Was bringt Europa den Frauen? Feministische Beiträge zu Chancen und Defiziten der Europäischen Union (Hamburg 2002).
- Christine *Baur*, Eva *Fleischer*, Paul *Schober*, Gender Mainstreaming in der Arbeitswelt. Grundlagenwissen für Projekte, Unternehmen und Politik (Innsbruck 2005).
- Christine *Baur*, Rechtliche Grundlagen und Begriffe. In: Christine *Baur*, Eva *Fleischer*, Paul *Schober*, Gender Mainstreaming in der Arbeitswelt. Grundlagenwissen für Projekte, Unternehmen und Politik (Innsbruck 2005), 47-75.
- Elke *Biester*, Barbara *Holland-Cunz*, Mechthild M. *Jansen*, Eva *Maleck-Lewy*, Anja *Ruf*, Birgit *Sauer* (Hg.), Das unsichtbare Geschlecht der Europa. Der europäische Einigungsprozeß aus feministischer Sicht (Reihe „Politik der Geschlechterverhältnisse“ Bd. 2, Frankfurt am Main/New York 1994).
- Regina *Braker*, Bertha von Suttner's Spiritual Daughters. The Feminist Pacifism of Anita Augspurg, Lida Gustava Heymann, and Helene Stöcker at the International Congress of Women at The Hague, 1915. In: Women's Studies International Forum, Vol. 18, No. 2/1995, 103-111.
- Gisela *Brinker-Gabler* (Hg.), Frauen gegen den Krieg (Frankfurt am Main 1980).
- Gerhard *Brunn*, Die Europäische Einigung von 1945 bis heute (Stuttgart <sup>3</sup>2009).
- Gina *Burger*, Frauen als Akteure in Friedensprozessen. 10 Jahre UN-Resolution 1325. Ein Bericht vom 25. Forum Globale Fragen im Auswärtigen Amt. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik (Vol.3, Issue 3/2010), 403-407.
- Jennifer A. *Davy*, Pacifist Thought and Gender Ideology in the Political Biographies of Women Peace Activists in Germany, 1899-1970: Introduction. In: Journal of Women's History Vol. 13, Nr. 3/2001, 34-45.

- Jennifer A. *Davy*, Karen *Hagemann*, Ute *Kätzel* (Hg.), Frieden – Gewalt – Geschlecht. Friedens- und Konfliktforschung als Geschlechterforschung (Frieden und Krieg. Beiträge zur Historischen Friedensforschung Bd. 5, Essen 2005).
- Helmut *Donat*, Karl *Holl* (Hg.), Die Friedensbewegung. Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz (Hermes Handlexikon, Düsseldorf 1983).
- Angelica *Dullinger* (Hg.), „Wir sind der Gipfel“. Peace-Train zur 4. Weltkonferenz. Lebensläufe von Frauen – Perspektiven für Frieden (Leipzig 1997).
- Franziska *Dunkel*, Corinna *Schneider* (Hg.), Frauen und Frieden? Zuschreibungen – Kämpfe – Verhinderungen (Berlin/Toronto 2015).
- Franziska *Dunkel*, Die Waffen nieder? Frauen und Frieden – Zuschreibungen, Klischees und Klärungen. In: Franziska *Dunkel*, Corinna *Schneider* (Hg.), Frauen und Frieden? Zuschreibungen – Kämpfe – Verhinderungen (Berlin/Toronto 2015), 23-37.
- Birgit *Erbe*, Anpassung oder Emanzipation der Frauen? Die Gleichstellungspolitik der Europäischen Union. In: Ulrike *Allroggen*, Tanja *Berger*, Birgit *Erbe* (Hg.), Was bringt Europa den Frauen? Feministische Beiträge zu Chancen und Defiziten der Europäischen Union (Hamburg 2002), 11-30.
- Hans Georg *Fischer*, Die verstärkte Zusammenarbeit nach dem Amsterdamer Vertrag – Option für eine differenzierte Integration in der Europäischen Union. In: Wilfried *Loth* (Hg.), Das europäische Projekt zu Beginn des 21. Jahrhunderts (Grundlagen für Europa Bd. 8, Opladen 2001), 203-224.
- Eva *Fleischer*, Zentrale Begriffe und ihre theoretische Verortung. In: Christine *Baur*, Eva *Fleischer*, Paul *Schober*, Gender Mainstreaming in der Arbeitswelt. Grundlagenwissen für Projekte, Unternehmen und Politik (Innsbruck 2005), 25-46.
- Nora *Fuhrmann*, Geschlechterpolitik im Prozess der europäischen Integration (Forschungen zur Europäischen Integration Bd. 11, Wiesbaden 2005).
- Florian T. *Furtak*, Internationale Organisationen. Staatliche und nichtstaatliche Organisationen in der Weltpolitik (Wiesbaden 2015).
- Amira *Gelblum*, Feminism and Pacifism: The case of Anita Augspurg and Lida Gustava Heymann. In: Shulamit *Volkov*, Frank *Stern* (Hg.), Neuere Frauengeschichte (Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte Bd. 21, Gerlingen 1992), 207-226.

- Barbara *Günther*, Cornelia *Wenzel*, Ungehobene Schätze – Die Frauenfriedensbewegung im Archiv. In: Franziska *Dunkel*, Corinna *Schneider* (Hg.), Frauen und Frieden? Zuschreibungen – Kämpfe – Verhinderungen (Berlin/Toronto 2015), 145-154.
- Ute *Haller-Bock*, Gestalten statt verwalten: die frauenpolitische Arbeit der Kommission. In: Melanie *Pieperschneider* (Hg.), Frauenpolitik in der europäischen Union (Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V. Bd. 37, Baden-Baden 1996), 11-18.
- Nicola *Hille*, Frauen Europas, wann erschallt Euer Ruf? Entwicklungslinien der deutschen Frauen-friedensbewegung bis 1933. In: Franziska *Dunkel*, Corinna *Schneider* (Hg.), Frauen und Frieden? Zuschreibungen – Kämpfe – Verhinderungen (Berlin/Toronto 2015), 39-51.
- Beate *Hoecker*, Frauen und das institutionelle Europa. Politische Partizipation und Repräsentation im Geschlechtervergleich (Wiesbaden 2013).
- Barbara *Holland-Cunz*, Anja *Ruf*, Birgit *Sauer*, Das unsichtbare Geschlecht der Europa. Einleitung. In: Elke *Biester*, Barbara *Holland-Cunz*, Mechthild M. *Jansen*, Eva *Maleck-Lewy*, Anja *Ruf*, Birgit *Sauer* (Hg.), Das unsichtbare Geschlecht der Europa. Der europäische Einigungsprozeß aus feministischer Sicht (Reihe „Politik der Geschlechterverhältnisse“ Bd. 2, Frankfurt am Main/New York 1994), 7-19.
- Yvonne Rebecca *Ingler-Detken*, Doing Gender auf der politischen Bühne Europas. Politikerinnen und ihre Überwindung der „Fremdheit in der Politik“ (Wiesbaden 2008).
- Johanna *Kantola*, „Women’s Political Representation in the European Union“. In: The Journal of Legislative Studies 15/4, 2009, 379-400.
- Brigitte *Kiechle*, Ein Europa der Vaterländer und des Kapitals ist kein Frauenhaus. In: Winfried *Wolf*, Jutta *Klaß* (Hg.), Festung Europa. Von den Freiheiten des Kapitals im EU-Supermarkt und weltweit (Köln 1994), 129-163.
- Uta *Klein*, Geschlechterverhältnisse, Geschlechterpolitik und Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union. Akteure – Themen – Ergebnisse (Wiesbaden 2013).
- Eva *Kreisky*, Sabine *Lang*, Birgit *Sauer* (Hg.), EU. Geschlecht. Staat (Wien 2001).
- Markus *Krienke*, Matthias *Belafi* (Hg.), Identitäten in Europa – Europäische Identität (Wiesbaden 2007).

- Annette *Kuhn*, Feminismus, Frauengeschichte und historische Friedensforschung. In: Bernhard *Moltmann* (Hg.), Perspektiven der Friedensforschung (Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V. Bd. XV, Baden-Baden 1988), 175-188.
- Birgit *Locher*, „Identitätsexperiment“ Europa. Nationalstaat, Geschlecht und supranationale Integration. In: Eva *Kreisky*, Sabine *Lang*, Birgit *Sauer* (Hg.), EU. Geschlecht. Staat (Wien 2001), 265-284..
- Wilfried *Loth* (Hg.), Das europäische Projekt zu Beginn des 21. Jahrhunderts (Grundlagen für Europa Bd. 8, Opladen 2001).
- Wilfried *Loth*, Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte (Frankfurt am Main 2014).
- Otto M. *Maschke* (Hg.), Europa auf Friedenssuche. Vom Europarat zur Osterweiterung der Union (Wien 2004).
- Otto M. *Maschke*, Die Europäische Union als Friedensprojekt – von Anfang an. In: Otto M. *Maschke* (Hg.), Europa auf Friedenssuche. Vom Europarat zur Osterweiterung der Union (Wien 2004), 19-30.
- Philipp *Mayring*, Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken (Weinheim/Basel <sup>12</sup>2015).
- Bernhard *Moltmann* (Hg.), Perspektiven der Friedensforschung (Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V. Bd. XV, Baden-Baden 1988).
- Corinna *Oesch*, Yella Hertzka (1873-1948). Vernetzungen und Handlungsräume in der österreichischen und internationalen Frauenbewegung (Innsbruck 2014).
- Melanie *Pieperschneider* (Hg.), Frauenpolitik in der europäischen Union (Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V. Bd. 37, Baden-Baden 1996).
- Melanie *Pieperschneider*, Vorwort. In: Melanie *Pieperschneider* (Hg.), Frauenpolitik in der europäischen Union (Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V. Bd. 37, Baden-Baden 1996), 7-10.
- Kirsten *Rölke*, Mitmischen, mitgestalten, vernetzen: Frauen bewegen Politik in der EU. In: Kirsten *Rölke*, Christiane *Wilke*, Mechthild *Kopel* (Hg.), Bringt Europa Frauen nach vorn? Chancen und Risiken für Gleichstellungspolitik nach der EU-Erweiterung (Hamburg 2005), 144-155.

- Regine *Roemheld* (Hg.), *Wie geht es Ihnen, Madame Europe? Gendering in Politik und Verfassung in der Europäischen Union* (Frauen. Gesellschaft. Kritik Bd. 39, Herbolzheim 2002).
- Regine *Roemheld*, Einleitung. In: Regine *Roemheld* (Hg.), *Wie geht es Ihnen, Madame Europe? Gendering in Politik und Verfassung in der Europäischen Union* (Frauen. Gesellschaft. Kritik Bd. 39, Herbolzheim 2002), 3-6.
- Margrit *Schreier*, Varianten qualitativer Inhaltsanalyse: Ein Wegweiser im Dickicht der Begrifflichkeiten; *Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research*, 15(1): <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/2043/3635> (letzter Zugriff am 2.6.2016).
- Hiltrud *Schroeder*, „Übermächtig war das Gefühl, daß wir vereint sein müssen“. Anita Augspurg (1857-1943) und Lida Gustava Heymann (1868-1943). In: Joey *Horsley*, Luise F. *Pusch* (Hg.), *Berühmte Frauenpaare* (Frankfurt am Main 2004), 94-134.
- Brigitte *Schuchard*, *Frauen. Freiheit. Frieden. 100 Jahre Women's International League for Peace and Freedom WILPF/Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit IFFF. Jubiläumsschrift unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte der deutschen Sektion* (Berlin 2015).
- Kristina *Schulz*, Sozialistische Frauenorganisationen, bürgerliche Frauenbewegung und der Erste Weltkrieg. Nationale und internationale Perspektiven. In: *Historische Zeitschrift* Bd. 298/2014, 653-685.
- Susanne *Schunter-Kleemann*, Das Demokratiedefizit der Europäischen Union und die Frauenpolitik. In: Elke *Biester*, Barbara *Holland-Cunz*, Mechthild M. *Jansen*, Eva *Maleck-Lewy*, Anja *Ruf*, Birgit *Sauer* (Hg.), *Das unsichtbare Geschlecht der Europa. Der europäische Einigungsprozeß aus feministischer Sicht* (Reihe „Politik der Geschlechterverhältnisse“ Bd. 2, Frankfurt am Main/New York 1994), 20-38.
- Johannes *Schwerdtfeger*, Frieden – Annäherung an Begriffsbildung und Theoriestatus. In: Bernhard *Moltmann* (Hg), *Perspektiven der Friedensforschung* (Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V. Bd. XV, Baden-Baden 1988), 41-55.
- Eva *Senghaas-Knobloch*, Zu einer unterbelichteten Problemstellung in der Friedens- und Konfliktforschung: Bewusstwerdung der Frauen und Politik gegen Gewalt. In: Bernhard *Moltmann* (Hg), *Perspektiven der Friedensforschung* (Schrift-



tenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V. Bd. XV, Baden-Baden 1988), 111-136..

- Daniel *Stockemer*, Women's Representation in Europe – A Comparison Between the National Parliaments and the European Parliament. In: *Comparative European Politics* 6/2008, 463-485.
- Monika *Stocker-Meier*, Die Friedensbewegung und die Frauen. In: *Neue Wege* 6/76/1982, 187-197.
- Barbara *Unmüßig*, Vorwort. In: Jennifer A. *Davy*, Karen *Hagemann*, Ute *Kätzel* (Hg.), *Frieden – Gewalt – Geschlecht. Friedens- und Konfliktforschung als Geschlechterforschung* (Frieden und Krieg. Beiträge zur Historischen Friedensforschung Bd. 5, Essen 2005), 11-14.
- Johannes *Varwick*, Probleme der Sicherheitsarchitektur Europas. In: Wilfried *Loth* (Hg.), *Das europäische Projekt zu Beginn des 21. Jahrhunderts* (Grundlagen für Europa Bd. 8, Opladen 2001), 247-266.
- Shulamit *Volkov*, Frank *Stern* (Hg.), *Neuere Frauengeschichte* (Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte Bd. 21, Gerlingen 1992).
- Marianne *Weg*, Gender Mainstreaming als Politikmethode für Geschlechterdemokratie. In: Regine *Roemheld* (Hg.), *Wie geht es Ihnen, Madame Europe? Gendering in Politik und Verfassung in der Europäischen Union* (Frauen. Gesellschaft. Kritik Bd. 39, Herbolzheim 2002), 63-90.
- Karl von *Wogau* (Hg.), *Auf dem Weg zur Europäischen Verteidigung. Gemeinsam sind wir sicher* (Freiburg 2003).
- Karl von *Wogau*, Verteidigung als Aufgabe europäischer Politik. In: Karl von *Wogau* (Hg.), *Auf dem Weg zur Europäischen Verteidigung. Gemeinsam sind wir sicher* (Freiburg 2003), 12-30.
- Anni *Weiler*, Frauenlohnpolitik in Europa. In: Elke *Biester*, Barbara *Holland-Cunz*, Mechthild M. *Jansen*, Eva *Maleck-Lewy*, Anja *Ruf*, Birgit *Sauer* (Hg.), *Das unsichtbare Geschlecht der Europa. Der europäische Einigungsprozeß aus feministischer Sicht* (Reihe „Politik der Geschlechterverhältnisse“ Bd. 2, Frankfurt am Main/New York 1994), 39-61.
- Lothar *Wieland*, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF). In: Helmut *Donat*, Karl *Holl* (Hg.), *Die Friedensbewegung. Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz* (Hermes Handlexikon, Düsseldorf 1983), 194-197.

- Stefanie *Wöhl*, *Mainstreaming Gender? Widersprüche europäischer und national-staatlicher Geschlechterpolitik* (Königstein/Taunus 2007).
- Wichard *Woyke*, *Die Agenda der Europäischen Union zu Beginn des 21. Jahrhunderts*. In: Wilfried *Loth* (Hg.), *Das europäische Projekt zu Beginn des 21. Jahrhunderts* (Grundlagen für Europa Bd. 8, Opladen 2001), 9-24.

## 9. Kurzzusammenfassung

### Die Rolle von Frauen für die Europäische Einheit seit dem Zweiten Weltkrieg am Beispiel von Friedensaktivistinnen

Diese Masterarbeit widmet sich der Frage, welcher Fokus auf die Gleichstellung von Frauen auf EU-Ebene gelegt wird, welche dementsprechenden Ziele gesetzt und welche Maßnahmen für ihre Erreichung eingeführt wurden. Anhand der Entwicklungen in der europäischen Frauen- und Gleichstellungspolitik seit dem Zweiten Weltkrieg wird gezeigt, welche Rolle frauen- und geschlechtsspezifische Themen in der Europapolitik und für die Europäische Einheit innehatten und -haben. Die Erläuterung zentraler Aspekte der Gleichstellungspolitik, wie beispielsweise das Gender Mainstreaming-Konzept oder die UN-Resolution 1325, die eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen Politikfeldern fordert, bilden den Mittelpunkt dieser Arbeit. Durch die Verknüpfung von europäischer Frauenpolitik mit dem Schwerpunkt Frieden wird das Zusammenspiel von friedens- und frauenpolitischen Forderungen zur Umsetzung der Gleichberechtigungsmaßnahmen deutlich. Angesichts eines repräsentativen Beispiels – der global vernetzten Frauenfriedensorganisation „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“ (IFFF) – wird mittels qualitativer Inhaltsanalyse untersucht, welche europarelevanten Schwerpunkte innerhalb der Frauenfriedensarbeit gesetzt werden. Anhand von sieben induktiv abgeleiteten Kategorien aus den Texten der offiziellen IFFF-Homepage wird gezeigt, welche Themen die Frauenfriedensorganisation als zentral erachtet und wie sie die nach wie vor stattfindende Benachteiligung von Frauen in vielen Bereichen der europäischen Politik einschätzen und zu ändern versucht.

### **Abstract**

### The female role in the European unity since World War II at the example of female peace activists

This thesis concentrates on the equality of women and men in the European Union, on the strategies which are set to reach complete equality and how the governments of the European member states are trying to put these measures to practice. On the basis of the development of the European feminist and equality politics since World War II this thesis focuses on the role gender-specific themes play in the European unity. Some of the most important aspects of equality politics, e.g. the concept of Gender Mainstreaming or the

UN Resolution 1325, show which strategies are used to reach full equality. The combination of European policy of women's issues and policy of peace makes clear how these two fields both indicate gender equality as essential for peace.

The focus lies on the "Women's International League for Peace and Freedom" (WILPF), a Non-Governmental Women's Organization, which fights for peace and equal rights since 1915. This thesis uses qualitative analysis on the contents of the WILPF websites to show which themes regarding to policy of peace and equality politics are published. By focusing on seven categories this written study shows which topics are most important and how the Women's League considers and fights the still existing discrimination against women in peace and European politics.

## 10. Anhang

### 10.1 Beschlüsse des „Ersten Internationalen Frauenfriedenskongress“<sup>342</sup>

#### I. Die Frauen und der Krieg

##### 1. Protest

Wir Frauen protestieren [...] gegen den Wahnsinn und die Greuel des Krieges, der nutzlose Menschenopfer fordert und vielhundertjährige Kulturarbeit der Menschheit zerstört.

##### 2. Leiden der Frauen im Krieg

Wir protestieren gegen die Auffassung, dass Frauen unter einer modernen Kriegsführung geschützt werden könnten.

[...] gegen das furchtbare Unrecht, dem Frauen in Kriegszeiten ausgesetzt sind, und besonders gegen die entsetzlichen Vergewaltigungen von Frauen, welche Begleiterscheinungen jedes Krieges sind.

#### II. Zum künftigen Frieden

##### 3. Friedensschluss

Dieser Internationale Kongress von Frauen der verschiedenen Nationen, Klassen, Parteien und Glaubensrichtungen ist einig im Ausdruck warmen Mitgefühls mit den Leiden aller, die unter der Last des Krieges für ihr Vaterland arbeiten und kämpfen, gleichviel welcher Nation sie angehören.

Da alle Völker [...] glauben, keinen Angriffskrieg zu führen, sondern für ihre bedrohte nationale Existenz zu kämpfen, können keine unversöhnbaren Gegensätze zwischen ihnen bestehen. Ihre gemeinschaftlichen Ideale bieten eine Grundlage, auf der ein gerechter und ehrenhafter Friede aufgebaut werden kann. Der Kongress fordert die Regierungen der Welt auf, das Blutvergiessen zu beenden und Friedensverhandlungen zu beginnen. [...]

---

<sup>342</sup> Schuchard, Frauen. Freiheit. Frieden, 32f.

#### 4. Ständige Vermittlung

Dieser internationale Frauenkongress fordert von den neutralen Ländern, sofort Schritte zu unternehmen, um eine Konferenz einzuberufen, die unverzüglich ständige Vermittlungsbereitschaft anbieten soll. [...]

### **III. Grundsätze für einen dauernden Frieden**

#### 5. Anerkennung der Volksrechte

Dieser internationale Frauenkongress erklärt in Anerkennung des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung, dass kein Gebiet ohne Einwilligung seiner männlichen und weiblichen Bevölkerung übertragen werden soll, d.h. dass kein Eroberungsrecht anerkannt werde und dass keinem Volk Autonomie und ein demokratisches Parlament verweigert werde.

#### 6. und 7. Schiedsgerichtliche Austragung und Vergleich

In der Überzeugung, dass Krieg die Verneinung von Fortschritt und Zivilisation bedeutet, fordert dieser internationale Frauenkongress, dass die Regierungen übereinkommen, alle künftigen internationalen Streitigkeiten einem Schiedsgericht zu unterwerfen.

Er fordert von den Regierungen aller Nationen ein Übereinkommen, nach welchem sie sozialen, moralischen oder wirtschaftlichen Druck gegen ein Land verhängen, das zu den Waffen greift.

#### 8. Demokratische Kontrolle auswärtiger Politik

Da Krieg gewöhnlich nicht durch die Volksmassen verursacht wird, [...] sondern durch einzelne Interessengruppen, fordert dieser Frauenkongress, dass die auswärtige Politik unter demokratische Kontrolle gestellt werde. Er erklärt, dass er als demokratisch nur ein System anerkennt, welches die gleiche Vertretung von Frauen und Männern umfasst.

## 9. Die Gleichberechtigung der Frau

Da der zusammenwirkende Einfluss der Frauen aller Länder einer der stärksten Faktoren zur Vermeidung des Krieges ist und da Frauen nur dann volle Verantwortung und wirksamen Einfluss ausüben können, wenn sie die gleichen politischen Rechte wie die Männer haben, fordert dieser Internationale Frauenkongress die politische Gleichberechtigung der Frauen.

## **IV. Internationales Zusammenwirken**

### 10. Dritte Haager Konferenz

Dieser internationale Frauenkongress dringt darauf, dass die dritte Haager Konferenz unverzüglich nach dem Kriege einberufen werde.

### 11. Internationale Organisation

Dieser Internationale Frauenkongress fordert, dass die Organisation einer Vereinigung der Nationen auf der Grundlage aufbauenden Friedens gestaltet werde und Folgendes umfasse:

- a) Das Haager Schiedsgericht werde durch einen dauernden internationalen Schiedsgerichtshof erweitert, der alle Fragen oder Differenzen juristischer Art [...] erledigen soll.
- b) Zur Fortentwicklung des aufbauenden Werkes der Haager Konferenz soll eine ständige internationale Konferenz organisiert werden, mit regelmäßigen Sitzungen, an denen auch Frauen teilnehmen sollen [...] zum praktischen Ausbau internationaler Zusammenarbeit zwischen den Staaten. Diese Konferenz soll derartig organisiert sein, dass sie Grundsätze der Gerechtigkeit, Billigkeit und guten Willens aufzustellen und durchzusetzen im Stande ist, durch welche die Kämpfe unterdrückter Gemeinwesen voll anerkannt und die Interessen und Rechte nicht nur der Großmächte und der Mittelstaaten, sondern auch der schwächeren Länder und der Naturvölker durch eine aufgeklärte öffentliche Meinung allmählich geregelt werden können.

Diese internationale Konferenz soll einen ständigen Vermittlungs- und Untersuchungsrat einsetzen, der die aus wirtschaftlichem Wettbewerb, Ausdehnung des Handels, Überbevölkerung und Veränderung sozialer und politischer Lage entstehenden internationalen Streitigkeiten schlichten soll.

#### 12. Allgemeine Abrüstung

Da dieser Internationale Frauenkongress allgemeine Abrüstung empfiehlt und sich bewusst ist, dass diese nur durch ein internationales Übereinkommen erreicht werden kann, fordert er als einen Schritt zu diesem Ziel, dass alle Länder, auf Grund internationalen Abkommens die Fabrikation von Waffen und Munition verstaatlichen und deren internationalen Handel unter Aufsicht stellen. Der Kongress sieht in der Ausschaltung der Privatinteressen an der Waffenfabrikation ein wichtiges Mittel zur Abschaffung der Kriege.

#### 13. Handel und Kapitalanlagen

a) Dieser Internationale Frauenkongress fordert Handelsfreiheit und dass für die Schifffahrt aller Nationen die Meere frei und die Handelsstraßen unter gleichen Bedingungen offen sein sollten.

b) Da die Kapitalanlage aus einem Lande in den Unternehmungen anderer Länder und die daraus entspringenden Ansprüche eine reiche Quelle internationaler Verwicklungen sind, dringt dieser Internationale Frauenkongress auf die weitestgehende Annahme des Grundsatzes, dass solche Anlagen auf Gefahr des Investierenden gemacht werden, ohne Anspruch auf offiziellen Schutz seiner Regierung.

#### 14. Auswärtige Politik der Völker

a) Dieser Internationale Frauenkongress fordert, dass alle Geheimverträge für nichtig erklärt werden [...]

b) Dieser Internationale Frauenkongress empfiehlt die Schaffung nationaler Kommissionen und die Einberufung internationaler Konferenzen zu wissenschaftlichen Studien und zur Ausarbeitung von Grundsätzen und Bedingungen für einen dauernden Frieden, zur Entwicklung einer internationalen Föderation. [...]



#### 15. Die Frauen in nationaler und internationaler Politik

Dieser Internationale Frauenkongress erklärt es für unumgänglich, sowohl national wie international den Grundsatz in die Praxis umzusetzen, dass die Frauen alle bürgerlichen und politischen Rechte und Verantwortungen unter gleichen Bedingungen tragen sollten wie die Männer.

### **V. Die Erziehung der Kinder**

16. Dieser Internationale Frauenkongress betont die Notwendigkeit, die Erziehung der Kinder so zu leiten, dass ihr Denken und Wünschen auf das Ideal aufbauenden Friedens gerichtet wird.

### **VI. Die Frauen und der Friedensschluss**

17. Dieser Internationale Frauenkongress fordert, dass im Interesse dauernden Friedens und der Zivilisation die Konferenz zur Feststellung der Friedensbedingungen nach dem Kriege eine Resolution annehmen soll, welche die Notwendigkeit der politischen Gleichberechtigung der Frauen für alle Länder betont.
18. Dieser Internationale Frauenkongress fordert, dass Vertreter des Volkes an der Konferenz teilnehmen sollen, in welcher die Friedensbedingungen nach dem Krieg festgesetzt werden, und fordert, dass auch Frauen unter diesen Vertretern teilnehmen.

### **VII. Durchführung der Beschlüsse**

#### 19. Die Frauen beim Friedensschluss

Dieser Internationale Frauenkongress beschließt die Abhaltung eines internationalen Frauenkongresses am selben Ort und zur selben Zeit, wenn die Konferenz der Mächte zur Feststellung der Friedensbedingungen tagt, um dieser praktische Vorschläge zu unterbreiten.

## 20. Deputationen zu den Regierungen

Um die Regierungen der Welt zu veranlassen, dem Blutvergießen ein Ende zu machen und einen gerechten und dauernden Frieden zu schließen, entsendet dieser Internationale Frauenkongress Deputationen, welche die in den Resolutionen niedergelegte Botschaft den Oberhäuptern der kriegsführenden und neutralen Staaten Europas und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten Nordamerikas überbringen sollen.

Diese Deputationen sollen vom internationalen Komitee dieses Kongresses aus Frauen sowohl der neutralen wie der kriegsführenden Länder zusammengestellt werden. Sie sollen über das Resultat ihrer Sendung dem Internationalen Frauenkomitee für dauernden Frieden Bericht erstatten.

### **10.2 UN-Resolution 1325<sup>343</sup>**

Resolution 1325 (2000) verabschiedet auf der 4213. Sitzung des Sicherheitsrats am 31. Oktober 2000

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf seine Resolutionen 1261 (1999) vom 25. August 1999, 1265 (1999) vom 17. September 1999, 1296 (2000) vom 19. April 2000 und 1314 (2000) vom 11. August 2000 sowie auf die einschlägigen Erklärungen seines Präsidenten, sowie unter Hinweis auf die Presseerklärung seines Präsidenten vom 8. März 2000 anlässlich des Tages der Vereinten Nationen für die Rechte der Frau und den Weltfrieden (Internationaler Tag der Frau) (SC/6816),

*sowie unter Hinweis* auf die Verpflichtungen aus der Erklärung von Beijing und der Aktionsplattform (A/52/231) sowie aus dem Ergebnisdokument der dreiundzwanzigsten Sondersitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen "Frauen 2000: Gleichstellung, Entwicklung und Frieden für das 21. Jahrhundert" (A/S-23/10/Rev.1), insbesondere betreffend Frauen und bewaffnete Konflikte,

---

<sup>343</sup> IFFF – Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, UN Resolution 1325. <http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/un-resolution-1325.html> (letzter Zugriff am 4.8.2016).

*eingedenk* der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und der Hauptverantwortung des Sicherheitsrats nach der Charta für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit,

*mit dem Ausdruck* seiner Besorgnis darüber, dass Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Kinder, die weitaus größte Mehrheit der von bewaffneten Konflikten betroffenen Personen stellen, namentlich auch als Flüchtlinge und Binnenvertriebene, und dass sie in zunehmendem Maße von Kombattanten und bewaffneten Elementen gezielt angegriffen werden, sowie in der Erkenntnis, dass dies Folgen für einen dauerhaften Frieden und eine dauerhafte Aussöhnung nach sich zieht,

*erneut erklärend*, welche wichtige Rolle Frauen bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten und bei der Friedenskonsolidierung zukommt, und betonend, wie wichtig es ist, dass sie an allen Anstrengungen zur Wahrung und Förderung von Frieden und Sicherheit gleichberechtigt und in vollem Umfang teilhaben und dass ihre Mitwirkung an den Entscheidungen im Hinblick auf die Verhütung und Beilegung von Konflikten ausgebaut werden muss,

*sowie erneut erklärend*, dass die Bestimmungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechtsinstrumente, die die Rechte von Frauen und Mädchen während und nach Konflikten schützen, vollinhaltlich verwirklicht werden müssen,

*betonend*, dass alle Parteien sicherstellen müssen, dass Minenräumprogramme und Aufklärungsprogramme über die Minengefahr den besonderen Bedürfnissen von Frauen und Mädchen Rechnung tragen,

*in Anerkennung* der dringenden Notwendigkeit, in alle Bereiche von Friedenssicherungseinsätzen eine Geschlechterperspektive zu integrieren, und in diesem Zusammenhang Kenntnis nehmend von der Windhuk-Erklärung und dem Aktionsplan von Namibia zur Integration einer Geschlechterperspektive in mehrdimensionale Friedensunterstützungsmissionen (S/2000/693),

*sowie in Anerkennung* der Bedeutung der in der Presseerklärung seines Präsidenten vom 8. März 2000 abgegebenen Empfehlung, das gesamte Friedenssicherungspersonal im Hinblick auf den Schutz, die besonderen Bedürfnisse und die Menschenrechte von Frauen und Kindern in Konfliktsituationen speziell auszubilden,

*aner kennend*, dass ein Verständnis der Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Frauen und Mädchen, wirksame institutionelle Vorkehrungen zur Gewährleistung ihres Schutzes und ihre volle Mitwirkung am Friedensprozess in erheblichem Maße zur Wahrung und Förderung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beitragen können,

*in Anbetracht der Notwendigkeit*, das Datenmaterial zu den Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Frauen und Mädchen zu konsolidieren,

1. *fordert* die Mitgliedstaaten *nachdrücklich auf*, dafür zu sorgen, dass Frauen in den nationalen, regionalen und internationalen Institutionen und Mechanismen zur Verhütung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten auf allen Entscheidungsebenen stärker vertreten sind;

2. *legt* dem Generalsekretär *nahe*, seinen strategischen Aktionsplan (A/49/587) umzusetzen, in dem eine stärkere Mitwirkung von Frauen in Entscheidungsfunktionen bei Konfliktbeilegungs- und Friedensprozessen gefordert wird;

3. *fordert* den Generalsekretär *nachdrücklich auf*, mehr Frauen zu Sonderbeauftragten und Sonderbotschafterinnen zu ernennen, die in seinem Namen Gute Dienste leisten, und *fordert* die Mitgliedstaaten in diesem Zusammenhang *auf*, dem Generalsekretär Kandidatinnen zur Aufnahme in eine regelmäßig aktualisierte zentrale Liste vorzuschlagen;

4. *fordert* den Generalsekretär *ferner nachdrücklich auf*, die Ausweitung der Rolle und des Beitrags von Frauen bei den Feldmissionen der Vereinten Nationen anzustreben, insbesondere bei den Militärbeobachtern, der Zivilpolizei, bei Menschenrechts- und humanitärem Personal;

5. *bekundet* seine Bereitschaft, in die Friedenssicherungseinsätze eine Geschlechterperspektive zu integrieren, und *fordert* den Generalsekretär *nachdrücklich auf*, sicherzustellen, dass bei Bedarf auch für Geschlechterfragen zuständige Elemente in Feldmissionen aufgenommen werden;

6. *ersucht* den Generalsekretär, den Mitgliedstaaten Leitlinien für die Ausund Fortbildung sowie Material über den Schutz, die Rechte und die besonderen Bedürfnisse von Frauen sowie über die Wichtigkeit der Beteiligung von Frauen an allen Friedenssicherungs- und Friedenskonsolidierungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen, *bittet* die Mitgliedstaaten, diese Elemente sowie Aufklärungsmaßnahmen über HIV/Aids in ihre einzelstaatlichen

Ausbildungsprogramme zur Vorbereitung von Militärpersonal und Zivilpolizisten auf ihren Einsatz aufzunehmen, und *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, sicherzustellen, dass das Zivilpersonal bei Friedenssicherungseinsätzen eine ähnliche Ausbildung erhält;

7. *fordert* die Mitgliedstaaten *nachdrücklich auf*, ihre freiwillige finanzielle, technische und logistische Unterstützung von Trainingsmaßnahmen zur Sensibilisierung in Geschlechterfragen zu verstärken, namentlich Maßnahmen der einschlägigen Fonds und Programme, unter anderem des Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau, des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen, des Amtes des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen und anderer zuständiger Organe;

8. *fordert* alle beteiligten Akteure *auf*, bei der Aushandlung und Umsetzung von Friedensübereinkünften eine Geschlechterperspektive zu berücksichtigen, die unter anderem auf Folgendes abstellt:

a) die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen während der Rückführung und Neuansiedlung sowie bei der Normalisierung, der Wiedereingliederung und dem Wiederaufbau nach Konflikten;

b) Maßnahmen zur Unterstützung lokaler Friedensinitiativen von Frauen und autochthoner Konfliktbeilegungsprozesse sowie zur Beteiligung von Frauen an allen Mechanismen zur Umsetzung der Friedensübereinkünfte;

c) Maßnahmen zur Gewährleistung des Schutzes und der Achtung der Menschenrechte von Frauen und Mädchen, insbesondere im Zusammenhang mit der Verfassung, dem Wahlsystem, der Polizei und der rechtsprechenden Gewalt;

9. *fordert* alle Parteien bewaffneter Konflikte *auf*, das auf die Rechte und den Schutz von Frauen und Mädchen, insbesondere als Zivilpersonen, anwendbare Völkerrecht vollinhaltlich zu achten, insbesondere die auf sie anwendbaren Verpflichtungen aus den Genfer Abkommen von 1949 und den dazugehörigen Zusatzprotokollen von 1977, dem Abkommen vom 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und dem dazugehörigen Protokoll von 1967, dem Übereinkommen von 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau und dem dazugehörigen Fakultativprotokoll von 1999 sowie dem Übereinkommen von 1989 über die Rechte des Kindes und den beiden dazugehörigen Fakultativprotokollen vom 25. Mai 2000, und die einschlägigen Bestimmungen des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs zu berücksichtigen;

10. *fordert* alle Parteien bewaffneter Konflikte *auf*, spezielle Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Mädchen vor geschlechtsspezifischer Gewalt zu ergreifen, insbesondere vor Vergewaltigung und anderen Formen des sexuellen Missbrauchs und allen anderen Formen der Gewalt in Situationen bewaffneter Konflikte;

11. *hebt hervor*, dass alle Staaten dafür verantwortlich sind, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen und die Verantwortlichen für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, namentlich auch im Zusammenhang mit sexueller und sonstiger Gewalt gegen Frauen und Mädchen, strafrechtlich zu verfolgen, und *betont* in diesem Zusammenhang, dass diese Verbrechen soweit möglich von Amnestieregelungen ausgenommen werden müssen;

12. *fordert* alle Parteien bewaffneter Konflikte *auf*, den zivilen und humanitären Charakter von Flüchtlingslagern und -siedlungen zu achten und namentlich auch bei ihrer Errichtung die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen zu berücksichtigen, und *verweist* auf seine Resolutionen 1208 (1998) vom 19. November 1998 und 1296 (2000) vom 19. April 2000;

13. *legt* allen an der Abrüstungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsplanung Beteiligten *nahe*, die unterschiedlichen Bedürfnisse weiblicher und männlicher ehemaliger Kombattanten sowie die Bedürfnisse der von ihnen abhängigen Personen zu berücksichtigen;

14. *bekräftigt* seine Bereitschaft, bei allen Maßnahmen, die nach Artikel 41 der Charta der Vereinten Nationen ergriffen werden, zu erwägen, welche Auswirkungen sie auf die Zivilbevölkerung haben können, und dabei die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen zu berücksichtigen, damit angemessene humanitäre Ausnahmeregelungen geprüft werden können;

15. *bekundet* seine Bereitschaft, dafür zu sorgen, dass bei Missionen des Sicherheitsrats die Geschlechterperspektive sowie die Rechte von Frauen berücksichtigt werden, namentlich auch durch Konsultationen mit Frauengruppen auf lokaler wie internationaler Ebene;

16. *bittet* den Generalsekretär, die Durchführung einer Studie über die Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Frauen und Mädchen, die Rolle der Frauen bei der Friedenskonsolidierung und die Geschlechterdimensionen von Friedensprozessen und der Konfliktbeilegung zu veranlassen, und *bittet ihn ferner*, dem Sicherheitsrat einen Bericht über

die Ergebnisse dieser Studie vorzulegen und diesen auch allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zugänglich zu machen;

17. *ersucht* den Generalsekretär, in seine Berichterstattung an den Sicherheitsrat gegebenenfalls auch Informationen über Fortschritte bei der Integration einer Geschlechterperspektive in alle Friedenssicherungsmissionen sowie über alle anderen Frauen und Mädchen betreffenden Gesichtspunkte aufzunehmen;

18. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.